D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 7
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

19. Februar 1982
Preis 1,80 DM

Das Neue und das Alte an den Reaganomics
Auch frühere Wirtschaftsrezepte haben nicht gehalten, was sie versprachen. Doch die Konsequenzen des Mißerfolgs sind diesmal andere . S. 11



Die Friedensbewegung in der DDR faßt Mut
5000 Jugendliche treffen sich in Dresden zu einem „Friedensforum"; und der „Berliner Appell" fordert den Abzug aller Besatzertruppen .... S. 3

Parlamentarische Wahlen und Wahlbeteiligung
Welche Taktik soll gegenüber dem Parlament verfolgt werden, worauf kommt es in der Wahlbewegung an? Eine Stellungnahme des KBW ... S. 4

Grönland in der EG – wie ein dritter Daumen
1972 haben 70% der Grönländer gegen die EG gestimmt. Ob die Zahlungen der EG bei der jetzigen Volksabstimmung eine Zustimmung bringen? . S. 9

SPD-Parteitag:

Für welches Moratorium?

Von Günther Kruse

Willy Brandt und Peter Glotz verbreiteten Zuversicht nach der SPD-Vorstandssitzung am Dienstag: die Linie des vom Vorstand abgesegneten Leitantrags zur Friedens- und Sicherheitspolitik werde sich auf dem Parteitag, der vom 19.–23. April in München stattfinden wird, durchsetzen. Das bedeutet: Bestätigung der Beschlüsse der Parteitage von Hamburg und Berlin zu den Grundsätzen der Friedens- und Sicherheitspolitik, damit auch eine Bestätigung des Doppelbeschlusses, denn das war der Gegenstand des Berliner Parteitages. Das bedeutet ein Begrüßen der Genfer Verhandlungen und die Festlegung, daß im Herbst 1983 auf einem weiteren Parteitag über die Stationierung erneut verhandelt wird. „Es darf keine Stationierung auf deutschem Boden geben, bevor die SPD ihre Meinung (über die dann vorliegenden Ergebnisse (der Genfer Verhandlungen) festgelegt hat."

Ob die Zuversicht von Glotz allerdings berechtigt ist, erscheint recht fraglich. Zumindest ein Moratorium, darauf legen sich immer mehr Parteibezirke fest, und damit auch die Mehrheit der von ihnen für den Bundesparteitag gewählten Delegierten, hat große Chancen, eine Mehrheit zu bekommen. Schon fast die Hälfte der 22 Bezirke der SPD hat so entschieden, zuletzt der Bezirk Ostwestfalen-Lippe, der dritte von den vier nordrhein-westfälischen SPD-Bezirken, die bislang immer als besonders kanzlertreu gegolten hatten. Nur der – allerdings weitaus mitgliederstärkste – Bezirk West-

stattfinden wird, durchsetzen. Das bedeutet: Bestätigung der Beschlüsse der Parteitage von Hamburg und Berlin zu den Grundsätzen der Friedens- und Sicherheitspolitik, damit auch eine Bestätigung des Doppelbeschlusses, denn das war der Gegenstand des Berliner Parteitages. Das bedeutet ein Begrüßen der Genfer Verhandlungen und die Festlegung, daß im Herbst 1983 auf einem weiteren Parteitag über die Stationierung erneut verhandelt wird. „Es darf keine Stationierung auf deutschem Boden geben, bevor die SPD ihre Meinung über die dann vorliegenden Ergebnisse (der Genfer Verhandlungen) festgelegt hat."

Ob die Zuversicht von Glotz allerdings berechtigt ist, erscheint recht fraglich. Zumindest ein Moratorium, darauf legen sich immer mehr Parteibezirke fest, und damit auch die Mehrheit der von ihnen für den Bundesparteitag gewählten Delegierten, hat große Chancen, eine Mehrheit zu bekommen. Schon fast die Hälfte der 22 Bezirke der SPD hat so entschieden, zuletzt der Bezirk Ostwestfalen-Lippe, der dritte von den vier nordrhein-westfälischen SPD-Bezirken, die bislang immer als besonders kanzlertreu gegolten hatten. Nur der – allerdings weitaus mitgliederstärkste – Bezirk West-liches Westfalen hat zugunsten der Vorlage des Parteivorstandes entschieden. Oskar Lafontaine will Gesinnungsgenossen um sich scharen und einen Antrag für ein Moratorium (beiderseitiger Verzicht auf die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen) während der Genfer Verhandlungen absprechen, der dem Parteitag vorgelegt werden soll. Danach soll die Sowjetunion zusätzlich als „Akt des guten Willens" die Zahl der Sprengköpfe im Mittelstreckenbereich auf das Niveau von 1978 senken, denn damals hätten Schmidt und Breschnew übereinstimmend ein Gleichgewicht festgestellt. Die USA sollten dafür sowohl die Nachrüstung aussetzen, als auch zunächst auf die Stationierung der Marschflugkörper auf See verzichten.

Das wird aller Voraussicht nach nicht die weitestgehende Initiative auf dem SPD-Parteitag sein. Aus der bayrischen SPD kommt ein Antrag, nach dem der NATO-Doppelbeschluß sofort aufgekündigt werden soll: „Wir fordern die Sozialdemokratische Bundesregierung, die SPD-Bundestagsfraktion und den Parteivorstand auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit der Rüstungsbeschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 widerrufen wird und die US-amerikanischen Pershing-2-Raketen und Cruise Missiles nicht in der Bundesrepublik aufgestellt werden." So heißt es in diesem Antrag, der von bisher mindestens 12 Ortsvereinen unterstützt wird.

In diese Lage paßt der sowjetische Vorschlag für die Verhandlungen in Genf und absichtsvoll wurde er entgegen der vereinbarten Vertraulichkeit sofort an die Öffentlichkeit gegeben: Erneut der Moratoriumsvorschlag. Als „Akt des guten Willens" will die SU beim Zustandekommen eines Moratoriums SS-20-Raketen abziehen – wieviele, ist nicht gesagt, das eben soll man ihrem „guten Willen" überlassen.

Mit ihren Vorschlägen für die Reduzierung, mit denen sie auch Argumente der SPD-Spitze, man müsse erst die Verhandlungsposition der Sowjetunion kennen, bevor man auf Moratorium oder ähnliches eingehen könne, kontert, versucht die Sowjetunion ähnlich zu täuschen. Scheinbar ausgewogen sind die Vorschläge: derzeit hätten beide Seiten (und damit sind Großbritannien und Frankreich inbegriffen) etwa 1000 Trägersysteme für Mittelstreckenraketen. Bis 1985 sollten sie auf 600 und bis 1990 auf 300 reduziert werden. Man sieht leicht, daß sich die USA auf derlei Rechnung nicht einlassen werden und nicht können, aus verschiedenen Gründen: Praktisch würde es bedeuten, daß sie ihre eigenen Atomwaffen vollständig aus Europa abziehen müssen, da Frankreich und Großbritannien, die ja an den Verhandlungen nicht beteiligt sind, alleine schon etwa 300 Systeme haben, wohingegen die SU ihre Raketen oder Flugzeuge allenfalls hinter den Ural verlegen müßte, von wo die SS 20 immer noch europäisches Gebiet erreichen kann. Dazu sind bei der Ausgangsberechnung sowjetische Flugzeuge mittlerer Reichweite, anders als bei der USA, teilweise nicht berücksichtigt.

Die Zielrichtung des Vorschlags ist

man ihrem „guten Willen" überlassen.

Mit ihren Vorschlägen für die Reduzierung, mit denen sie auch Argumente der SPD-Spitze, man müsse erst die Verhandlungsposition der Sowjetunion kennen, bevor man auf Moratorium oder ähnliches eingehen könne, kontert, versucht die Sowjetunion ähnlich zu täuschen. Scheinbar ausgewogen sind die Vorschläge: derzeit hätten beide Seiten (und damit sind Großbritannien und Frankreich inbegriffen) etwa 1000 Trägersysteme für Mittelstreckenraketen. Bis 1985 sollten sie auf 600 und bis 1990 auf 300 reduziert werden. Man sieht leicht, daß sich die USA auf derlei Rechnung nicht einlassen werden und nicht können, aus verschiedenen Gründen: Praktisch würde es bedeuten, daß sie ihre eigenen Atomwaffen vollständig aus Europa abziehen müssen, da Frankreich und Großbritannien, die ja an den Verhandlungen nicht beteiligt sind, alleine schon etwa 300 Systeme haben, wohingegen die SU ihre Raketen oder Flugzeuge allenfalls hinter den Ural verlegen müßte, von wo die SS 20 immer noch europäisches Gebiet erreichen kann. Dazu sind bei der Ausgangsberechnung sowjetische Flugzeuge mittlerer Reichweite, anders als bei der USA, teilweise nicht berücksichtigt.

Die Zielrichtung des Vorschlags ist eher darauf gerichtet, eine ideologische Wirkung zu erzielen, auch und gerade nachdem die Sowjetunion nach der Installierung der Militärherrschaft in Polen gerade innerhalb der Friedensbewegung nicht nur Westdeutschlands einiges Ansehen eingebüßt hat. Immerhin hängt der Sowjetunion ganz zu Unrecht der Ruf an, sie habe sich schon immer für weitgehende Friedensangebote eingesetzt – häufig genug kann man wie vor ihrem Einmarsch in Afghanistan, vor dem Überfall auf das Demokratische Kampuchea durch den Vasallen Vietnam derartiges ideologisches Trommelfeuer ausmachen. Sicherlich sollte man ein Moratorium unterstützen – dabei aber nicht vergessen, daß die Sowjetunion eh schon fast alle SS-20-Raketen, die vorgesehen waren, stationiert hat.

Für den SPD-Parteitag ist der Ausgang noch nicht klar. Ein Moratorium, allerdings nur für Atomraketen kurzer Reichweite, ist vorgesehen, ein solches für Mittelstreckenraketen für ein späteres Stadium der Verhandlungen angedeutet. Vielleicht wird hier noch etwas gefeilt, ohne präzise Festlegungen zu treffen, um einen eindeutigen Beschluß gegen den Kanzler zu verhindern, dessen Rücktrittsdrohung für den Fall einer Ablehnung des Nachrüstungsbeschlusses ja noch im Raume steht. Kaum wahrscheinlich, daß die Mehrheit der Delegierten einen zu schroffen Kurs riskieren wird, zumal ja auch die Abstimmungen in den Bezirken oft genug, wie in Ostwestfalen-Lippe mit 139 zu 124 Stimmen, äußerst knapp war.



Ehemalige Mitglieder der Nationalgarde Somozas bereiten sich zusammen mit Exilkubanern – die teils schon bei der Invasion in der Schweinebucht 1961 Erfahrungen gesammelt haben – in zahlreichen Trainingslagern in Florida darauf vor, „ihre Länder von der Tyrannei des Kommunismus zu befreien".

Rückschlag für die Einheit Zimbabwes

Nkomo wird nach den Waffenfunden bei der ZAPU aus der Regierung entlassen

thf.Salisbury. Die Verbindung von Zanu und Zapu, die zusammen als Patriotische Front die erste Regierung des unabhängigen Zimbabwe gebildet ha-



Ehemalige Mitglieder der Nationalgarde Somozas bereiten sich zusammen mit Exilkubanern – die teils schon bei der Invasion in der Schweinebucht 1961 Erfahrungen gesammelt haben – in zahlreichen Trainingslagern in Florida darauf vor, „ihre Länder von der Tyrannei des Kommunismus zu befreien".

Rückschlag für die Einheit Zimbabwes

Nkomo wird nach den Waffenfunden bei der ZAPU aus der Regierung entlassen

thf.Salisbury. Die Verbindung von Zanu und Zapu, die zusammen als Patriotische Front die erste Regierung des unabhängigen Zimbabwe gebildet ha-ben, steht offenbar vor dem Zerbrechen. Zwar verfügt die Zanu über eine ausreichende parlamentarische Mehrheit, um auch alleine die Regierung zu bilden, doch die Bemühungen um die Einheit des Landes erleiden damit einen Rückschlag.

Anlaß der schweren Krise ist, daß in den letzten zwei Wochen auf verschiedenen der Zapu oder ihren Gesellschaften gehörenden Farmen 32 Waffenverstecke, zum Teil für schwere Waffen, aufgedeckt wurden. Außerdem sind bei den Durchsuchungen, die nach den ersten Waffenfunden auf allen irgendwie mit der Zapu verbundenen Farmen und in allen Unternehmen stattgefunden haben, 43 Armeefahrzeuge und Medikamente, genug für 3 Krankenhäuser, entdeckt worden. Die Farmen hatten zum Teil als Sammelpunkte für Zipra-Guerillas (die Zipra war der bewaffnete Arm der Zapu) gedient.

Die Reaktion der Zanu kam hart und unverzüglich. Robert Mugabe erklärte auf einer Kundgebung, nur drei Wochen, nachdem er bei ähnlicher Gelegenheit Gespräche über die Einheit der beiden Parteien mit Nkomo angekündigt hatte: „Der einzige Weg, mit einer Schlange fertig zu werden, ist zuschlagen und ihren Kopf zerstören." Nkomo sei als Partner in der Regierung wie eine Kobra im Hause. Ausführlich ging er in dieser Rede auch auf die Geschichte Nkomos ein. Nkomo sei lange Zeit ihr Führer gewesen, aber was hätte er außer Versuchen, das Land an seine Unterdrücker zu verkaufen, noch getan? Sowohl 1976 als auch 1979 bei den Lancaster-Verhandlungen habe er den Ausverkauf versucht. Er versuche, die Regierung zu stürzen, weil er enttäuscht sei, daß die Zanu

1979 bei den Lancaster-Verhandlungen habe er den Ausverkauf versucht. Er versuche, die Regierung zu stürzen, weil er enttäuscht sei, daß die Zanu nicht mit der Zapu zusammen für die Wahlen 1980 kandidiert hat, was ihn zum Premierminister gemacht hätte. Die Zapu habe inzwischen 25 Farmen und 30 Geschäftsunternehmen aufgekauft. Die auf verschiedenen Farmen versteckten Waffen hätten ausgereicht, um 20000 Mann zu bewaffnen. Die Zapu habe das Heimatdorf des Finanzministers Nkala (Zanu-Mitglied und Ndebele, die Völkerschaft, auf die sich der Einfluß der Zapu weitgehend gestützt hat) zerstört und niedergebrannt.

Nkomo reagierte auf die ersten Presseschlagzeilen mit einem fast resignativen Statement. Er wisse von nichts, dunkel sei, wer der Zapu wolle und die Waffen versteckt habe. Es breche ihm das Herz, wenn er lese, wie leicht Mugabe die entstandene Zusammenarbeit aufzugeben bereit sei. In einer späteren Stellungnahme des Zentralkomitees der Zapu wird ebenfalls jedes Wissen um die Waffen entschieden bestritten. Die Medikamente seien noch aus dem Krieg und inzwischen nicht mehr zu gebrauchen, die Fahrzeuge seien der Regierung bekannt, sie seien der Zapu als Eigentum zuerkannt worden. Schon vorher hatte Nkomo behauptet, die Zapu habe sie ordentlich und mit Wissen der zuständigen Stellen aus Angola eingeführt. Letzteres wurde vom Minister für Staatsangelegenheiten ausdrücklich zurückgewiesen. Er behauptete außerdem, die Farmen seien nach strategischen Gesichtspunkten aufgekauft und mit Waffenverstecken

(Fortsetzung Seite 2, unten)

Sanierung notwendig

geh. Die Sache war an sich schon schlimm genug: Die Neue Heimat macht in diesem Jahr 600 Millionen Mark Verlust. Das ist die Hälfte ihres Gesellschaftskapitals. Ihre Tochter, die Neue Heimat Städtebau, im Gegensatz zur Mutter nicht „gemeinnützig", braucht einen Kapitalzuschuß von 200 Millionen Mark, um zu überleben, was aber auch noch nicht sicher ist. Diesen Zuschuß müssen die BfG, der DGB und die Einzelgewerkschaften aus den nicht eben überfließenden Gewerkschaftskassen zahlen. Das Geld wäre eigentlich für andere Aufgaben nötiger. Der DGB und die IG Metall haben in solchen Transaktionen mittlerweile Übung, schon mit den verlustreichen gut-Flugreisen sind ihnen die Millionen davongeflogen.

Dann platzt die Spiegel-Bombe. Gut abgestimmt, zum Beschäftigungsprogramm und zum Tarifkampf. „King" Albert Vietor, Chef der beiden Neue-Heimat-Gesellschaften, hat jahrelang über Strohmänner mit sich selbst Geschäfte gemacht und sich so ein Zubrot in Millionenhöhe zugeschanzt. Dabei halfen ihm seine Mitdirektoren.

Damit nicht genug, wurde auch bekannt, daß diese wichtigsten Gewerkschaftschefs, angefangen von Vetter und Loderer bis hin zum Verteidigungsminister Apel, sich steuermindernde Sanierungsprojekte von eben dem Neue Heimat-Vorstand zuschanzen ließen. Zu befürchten ist, daß die Enthüllungen damit noch nicht zu Ende sind.

Vetter und Loderer haben erklärt, an ihren Sanierungen sei nichts Unrechtes, und die Geldanlage im sozialen Wohnungsbau lasse man nicht kriminalisieren. Als wenn es darum

ger. Der DGB und die IG Metall haben in solchen Transaktionen mittlerweile Übung, schon mit den verlustreichen gut-Flugreisen sind ihnen die Millionen davongeflogen.

Dann platzt die Spiegel-Bombe. Gut abgestimmt, zum Beschäftigungsprogramm und zum Tarifkampf. „King" Albert Vietor, Chef der beiden Neue-Heimat-Gesellschaften, hat jahrelang über Strohmänner mit sich selbst Geschäfte gemacht und sich so ein Zubrot in Millionenhöhe zugeschanzt. Dabei halfen ihm seine Mitdirektoren.

Damit nicht genug, wurde auch bekannt, daß diese wichtigsten Gewerkschaftschefs, angefangen von Vetter und Loderer bis hin zum Verteidigungsminister Apel, sich steuermindernde Sanierungsprojekte von eben dem Neue Heimat-Vorstand zuschanzen ließen. Zu befürchten ist, daß die Enthüllungen damit noch nicht zu Ende sind.

Vetter und Loderer haben erklärt, an ihren Sanierungen sei nichts Unrechtes, und die Geldanlage im sozialen Wohnungsbau lasse man nicht kriminalisieren. Als wenn es darum –

In unserer nächsten Ausgabe

bringen wir unter anderem vier Sonderseiten zur *Wohnungsfrage*. Es geht dabei vor allem um die Frage, wie es zur „neuen Wohnungsnot" gekommen ist, um die Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus und um die Altbausanierung. Weiter berichten wir u.a. über neue Vorstellungen für die *Berufsausbildung*, über die Entwicklung der *Türkei* unter der Militärdiktatur, über die Ursachen der inneren Gegensätze in *Syrien*. Aus Anlaß des *Psychiatrie*-Kongresses in Westberlin ab 14.2. bringen wir einen Beitrag zur Auseinandersetzung um gemeindenahe Psychiatrie und Versorgung.

nur – ginge. Das Selbstverständnis der Gewerkschaften ist hier gefragt: Sollen sich die Gewerkschaften „normal" – wie ganz gewöhnliche Kapitalisten – und Gewerkschaftsführer „normal" – wie ganz gewöhnliche Abschreibungskünstler – aufführen. Was soll man lange räsonieren? Die Abwahl Loderers und die Nicht-Wahl Pfeiffers auf dem nächsten Bundeskongreß verlangen?

Die Weißwäscher des Kapitalismus vom Spiegel bis zum Handelsblatt rufen: Mangelnde Aufsicht durch den Aufsichtsrat. Nur möglich bei den Gewerkschaften. Schon möglich, bei Flick wird die Bereicherung besser geregelt sein.

Die Ziele der gewerkschaftlichen Unternehmen müssen neu bestimmt werden. Und ohne bessere Kontrolle durch die Gewerkschaftsmitglieder als auch die Beschäftigten und Nutzer, z.B. Mieter und Versicherte, wird auch das nichts nutzen. *(siehe S. 12)*

Nicht noch mehr Vietnams!

cof. Was der US-Außenminister Haig seit Monaten von den berufsmäßig mit Destabilisierungs-Plänen befaßten Stellen verlangt, ist endlich raus: das konkrete Projekt zur Einkreisung der sandinistischen Revolution in Nicaragua mit dem Ziel, ihr die größtmöglichen Schwierigkeiten zu bereiten. Das Kalkül der amerikanischen Domino-Theorie: Ein zweites Kuba können wir nicht dulden, und wenn die Sandinisten die Macht verlören, löste sich das Problem El Salvador von selbst.

Neu an den Enthüllungen der Washington Post über den Plan Reagans und des Nationalen Sicherheitsrats sind dabei höchstens so detaillierte Vorschläge wie der des CIA, 19 Mio. $ zum Aufbau einer breiten politischen Opposition und von Aktionsgruppen für paramilitärische Operationen und koordinierte Spionagetätigkeit in Nicaragua auszuspucken. Bei den übrigen Schritten scheint es sich dagegen nur um die Koordination dessen zu handeln, was sowieso schon läuft oder längst vorbereitet wird, wie die Unterstützung der Ex-Somozisten im honduranischen Grenzgebiet (Außenminister D'Escoto spricht von einer Armee von 6000 Mann in 20 Ausbildungslagern unter Beteiligung von Honduras, Guatemala und Argentinien), zusätzliche Militärhilfe für El Salvador und Honduras aus dem Sonderfonds des US-Präsidenten, der Ausbau der CIA-Stationen in ganz Mittelamerika, die Errichtung eines US-Kommandos für die Karibik in Key West am 1. Dezember, die Verschärfung wirtschaftlicher Sanktionen gegen Kuba sowie der Plan einer See- und Luftblockade gegen Kuba und Nicaragua, um die Ölimporte beider Länder zu behindern, dazu die endlich in Aussicht gestellte Wirtschaftshilfe von 250 bis 300 Mio. $ für die Länder im karibischen Becken – die Bezeichnung Mini-Marshall-Plan ist allerdings verpönt.

Die Regierung folgt damit den Überlegungen, die von dem privaten Berater des State Department Cleto di Giovanni überliefert sind: ,,Man braucht die Besonderheiten der Gesellschaften und Regierungen dieser Region gar nicht zu analysieren, man sieht sich einfach der wachsenden marxistischen Infiltration durch Nicaragua und der revolutionären salvadorianischen Bewegung gegenüber. Man muß daher eine offensive Strategie ausarbeiten, um die sandinistische Regierung zu stürzen und die aufständischen Kräfte in El Salvador zu schlagen."

Wollen tun sie schon lange – die Frage ist, ob sie können. In El Salvador macht ihnen nicht nur der täglich wachsende Widerstand der FMLN zu schaffen, sondern mehr und mehr der Ruf daheim: ,,Keine weiteren Vietnams!" Und der ist nicht nur in den Straßen vor den Botschaften oder der UNO zu hören, sondern hat inzwischen schon 100 Kongreß-Abgeordnete erfaßt, darunter auch einige von Reagans Republikanern.

Nur unter diesem Druck sind die mahnenden Reaktionen gegenüber den schwer bewaffnet gefilmten ,,Beratern" zu verstehen, auf die der Botschafter in San Salvador gedrängt hat. Wenn die Hardliner in Washington die Weltöffentlichkeit mittels Wiederholung und Dementi daran zu gewöhnen suchen, daß ,,eine direkte Intervention von US-Truppen nicht ausgeschlossen" sei, so werden sie sich einen solchen Schritt immer noch mehr als zweimal überlegen. Vor einer Spaltung der Nation warnen selbst regierungsfreundliche Medien.

Die Drohungen gegenüber Nicaragua muß man deshalb um so ernster nehmen. Nach den Worten des besagten Beraters mit dem italienischen Namen setzt man hier auf die Schwächung der Sandinisten und hofft, sie durch ,,eine koordinierte, begrenzte und punktuelle Aktion" vertreiben zu können. Die bürgerliche Opposition, die den wirtschaftlichen Aufbau mit Entkapitalisierung, Investitionsstopp, Kapitalflucht und Devisenschmuggel ohnehin die ganze Zeit – trotz der scharfen Strafen, die ihr dafür drohen – zu hintertreiben versucht, könnte für Unterstützung aus nordamerikanischen Ressourcen genauso empfänglich sein wie die Kirchenfürsten, die sich gegen die Bewegung der Basisgemeinden und die Beteiligung der vier Priester an der Regierung wehren.

Trotzdem – die Erfahrung mit dem US-Günstling Somoza sitzt tief, und eine erneute Unterwerfung entspricht nicht dem Interesse der nationalen Bourgeoisie. Sie will z.B. Somoza-Anhänger von den geforderten freien Wahlen ausgeschlossen wissen. Bleibt den USA noch, mit ,,nicht-amerikanischen" Söldnern einen Umsturz zu erzwingen.

Minister Baum treibt die Kernenergie voran

Der Bundesinnenminister erlaubt erste Teilerrichtungsgenehmigung für drei weitere Kernkraftwerke / 500 Mio. DM für Schnellen Brüter

aml. Der Bundesinnenminister hat in der vergangenen Woche erklärt, daß er keine Bedenken gegen die Erteilung der ersten Teilerrichtungsgenehmigung für die neuzuerrichtenden Kernkraftwerke Isar II (Ohu), Biblis C und Lingen II habe. Damit hat er für die Landesbehörden den Weg freigegeben, diese Genehmigung zu erteilen.

Der Bau dieser Kernkraftwerke bedeutet, daß zusätzlich etwa 4000 Megawatt an elektrischer Leistung aus Kernenergie gewonnen werden sollen. Zusätzlich werden etwa einhundert Tonnen abgebrannter Brennelemente jährlich anfallen. Da für diese abgebrannten Brennelemente weder in Westdeutschland noch im Ausland (etwa in La Hague) Zwischenlager, Endlager oder Wiederaufarbeitungskapazität vorhanden sind – zumindest nicht Mitte der achtziger Jahre, wenn die Kraftwerke in Betrieb genommen werden sollen – sollen diese Kraftwerke sogenannte Kompaktlager erhalten.

Mit seiner Entscheidung gab der Bundesinnenminister grünes Licht für den Bau von Kernkraftwerken über die anfänglichen Pläne der 70er Jahre hinaus. Bei allen Kraftwerken handelt es sich um Druckwasserreaktoren vom Typ Biblis. Die Regierungen und die Bauherren werden das zu nutzen versuchen, um die Genehmigungsverfahren rasch durchzuziehen. Mit diesen Kraftwerken würde das Kernenergieprogramm in die Phase treten, wo die Kapitalisten denken, daß es sich erst richtig rentieren soll. Alle drei Kraftwerke würden einen Teil von größeren geplanten oder schon gebauten Kernkraftwerksanlagenkomplexen bilden.

Isar II wird neben den in Betrieb befindlichen Siedewasserreaktor Ohu gestellt, Biblis C ist der dritte Kraftwerksblock bei Biblis und Lingen II ist eines von ehemals 4 geplanten Kernkraftwerken im Emsland.

Sollte das Kraftwerk in Lingen gebaut werden, so werden sich alle Probleme der Stromerzeugung aus Kernenergie in Lingen zusammenfinden: Lingen I, ein Siedewasserreaktor, ist seit 2 Jahren stillgelegt, weil sich nach Angaben des Betreibers die Beseitigung von Fehlern und Unfallgefahren im Kraftwerk nicht lohnte. Heute weiß keiner mit dem Schrott der Ruine etwas anzufangen. Für die Kühlung des Kraftwerkes Lingen II soll das Wasser der Ems benutzt werden. Da die Ems im Sommer häufig Niedrigwasser führt, ist ein Speicherbecken bei Geeste geplant. Für dieses Speicherbecken ist das Planungsfeststellungsverfahren noch nicht eingeleitet. Die Bürgerinitiativen befürchten schlimme Auswirkungen auf den Wasserhaushalt der Region.

Um Lingen herum sind die Bürgerinitiativen in der BEGA (Bürgerinitiativen Emsland gegen Atomanlagen) zusammengeschlossen. Die größte von ihnen arbeitet in Aschendorf mit mehr als 1000 Mitgliedern. Sie hat sich gegründet gegen den ursprünglichen Plan, dort ein Endlager in einem Salzstock anzulegen. Die Meppener Initiative ist die zweitgrößte, die in Lingen ist allerdings am kleinsten. Die Bürgerinitiativen in der Region müssen sich mit einer fest im Sattel sitzenden CDU herumschlagen (70% Stimmanteil bei den Wahlen) und einem ÖTV-Vorsitzenden, der im Aufsichtsrat der Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerke – dem Betreiber des Kraftwerks – sitzt und bisher ein Zusammengehen der ÖTV mit den Bürgerinitiativen verhindern konnte.

Obwohl bis jetzt die Einsprüche gegen das Kraftwerk, die im Laufe des atomrechtlichen und des wasserrechtlichen Verfahrens abgegeben wurden, nicht zurückgewiesen sind, rechnet man in den Bürgerinitiativen damit, daß nach der Erklärung des Bundesinnenministers der niedersächsische Sozialminister die erste Teilerrichtungsgenehmigung bis Mitte dieses Jahres erteilt. Juristisch denkt man daran, an der Tatsache anzusetzen, daß der Geester Speichersee und das Kernkraftwerk eine Einheit bilden, aber für den Speichersee das Planfeststellungsverfahren noch nicht einmal eröffnet ist. Was praktische politische Schritte angeht, so sind Propagandaaktionen im Gespräch, ein Konzept, wie der Bau verhindert werden kann, gibt es offensichtlich nicht.

Was den Bau von Biblis C angeht, so hat die Regionalkonferenz der Bürgerinitiativen des Rhein-Main-Neckar-Raumes beschlossen, bei Erteilung der Genehmigung sich auf den Zufahrtsstraßen zum Bauplatz oder auf dem Bauplatz selbst zu versammeln und zu versuchen, ihn zu besetzen.

Insgesamt scheint die Bundesregierung zu versuchen, an drei vermeintlich schwächeren Stellen eine neue Phase des Baus von Kernkraftwerken einzuleiten. Dies steht in Zusammenhang mit der Taktik, in Gorleben ein Zwischenlager (Schacht Konrad) zu errichten – also die Abfälle erst einmal zu verbuddeln – und in einem zweiten Schritt den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage in Hessen durchzusetzen. Es ist keineswegs so, daß sinkende Stromverbrauchsprognosen und wirtschaftliche Schwierigkeiten die Kraftwerksbaupläne hemmen würden. Im Gegenteil. Die bisher schon investierten zig Milliarden Mark sollen sich jetzt profitlich betätigen. Insbesondere mit den Druckwasserreaktoren stehen Kraftwerkstypen bereit, deren Bau jetzt serienmäßig betrieben werden soll. Aber auch der Schnelle Brüter wird weitergebaut, wie die Bundesregierung am Mittwoch beschlossen hat. Strahlenrisiko, Unfallrisiko, ungelöstes Abfallproblem, Umweltschäden durch Abwärme – das zählt nicht. Das vorgeschossene Kapital muß sich jetzt und schnell verwerten. Vielleicht ist dann auch noch der Strom für die Kapitalisten um 20% billiger. Das ist heute nicht nur die Auffassung der Kapitalisten, sondern auch die aller Bundes- oder Landesregierungen, ob von CDU, SPD oder FDP getragen.



Der Rhein und seine Nebenflüsse

mee von 6000 Mann in 20 Ausbildungslagern unter Beteiligung von Honduras, Guatemala und Argentinien), zusätzliche Militärhilfe für El Salvador und Honduras aus dem Sonderfonds des US-Präsidenten, der Ausbau der CIA-Stationen in ganz Mittelamerika, die Errichtung eines US-Kommandos für die Karibik in Key West am 1. Dezember, die Verschärfung wirtschaftlicher Sanktionen gegen Kuba sowie der Plan einer See- und Luftblockade gegen Kuba und Nicaragua, um die Ölimporte beider Länder zu behindern, dazu die endlich in Aussicht gestellte Wirtschaftshilfe von 250 bis 300 Mio. $ für die Länder im karibischen Becken – die Bezeichnung Mini-Marshall-Plan ist allerdings verpönt.

Die Regierung folgt damit den Überlegungen, die von dem privaten Berater des State Department Cleto di Giovanni überliefert sind: ,,Man braucht die Besonderheiten der Gesellschaften und Regierungen dieser Region gar nicht zu analysieren, man sieht sich einfach der wachsenden marxistischen Infiltration durch Nicaragua und der revolutionären salvadorianischen Bewegung gegenüber. Man muß daher eine offensive

rungsfreundliche Medien.

Die Drohungen gegenüber Nicaragua muß man deshalb um so ernster nehmen. Nach den Worten des besagten Beraters mit dem italienischen Namen setzt man hier auf die Schwächung der Sandinisten und hofft, sie durch ,,eine koordinierte, begrenzte und punktuelle Aktion" vertreiben zu können. Die bürgerliche Opposition, die den wirtschaftlichen Aufbau mit Entkapitalisierung, Investitionsstopp, Kapitalflucht und Devisenschmuggel ohnehin die ganze Zeit – trotz der scharfen Strafen, die ihr dafür drohen – zu hintertreiben versucht, könnte für Unterstützung aus nordamerikanischen Ressourcen genauso empfänglich sein wie die Kirchenfürsten, die sich gegen die Bewegung der Basisgemeinden und die Beteiligung der vier Priester an der Regierung wehren.

Trotzdem – die Erfahrung mit dem US-Günstling Somoza sitzt tief, und eine erneute Unterwerfung entspricht nicht dem Interesse der nationalen Bourgeoisie. Sie will z.B. Somoza-Anhänger von den geforderten freien Wahlen ausgeschlossen wissen. Bleibt den USA noch, mit ,,nicht-amerikanischen" Söldnern einen Umsturz zu erzwingen.

Bauherren werden das zu nutzen versuchen, um die Genehmigungsverfahren rasch durchzuziehen. Mit diesen Kraftwerken würde das Kernenergieprogramm in die Phase treten, wo die Kapitalisten denken, daß es sich erst richtig rentieren soll. Alle drei Kraftwerke würden einen Teil von größeren geplanten oder schon gebauten Kernkraftwerksanlagenkomplexen bilden.

Isar II wird neben den in Betrieb befindlichen Siedewasserreaktor Ohu gestellt, Biblis C ist der dritte Kraftwerksblock bei Biblis und Lingen II ist eines von ehemals 4 geplanten Kernkraftwerken im Emsland.

Sollte das Kraftwerk in Lingen gebaut werden, so werden sich alle Probleme der Stromerzeugung aus Kernenergie in Lingen zusammenfinden: Lingen I, ein Siedewasserreaktor, ist seit 2 Jahren stillgelegt, weil sich nach Angaben des Betreibers die Beseitigung von Fehlern und Unfallgefahren im Kraftwerk nicht lohnte. Heute weiß keiner mit dem Schrott der Ruine etwas anzufangen. Für die Kühlung des Kraftwerkes Lingen II soll das Wasser der Ems benutzt werden. Da die Ems im Sommer häufig Niedrigwasser führt, ist ein Speicherbecken bei Geeste geplant. Für dieses Speicherbecken ist das Planungsfeststellungsverfahren noch nicht eingeleitet. Die Bürgerinitiativen befürchten schlimme Auswir-

nehmigung bis Mitte dieses Jahres erteilt. Juristisch denkt man daran, an der Tatsache anzusetzen, daß der Geester Speichersee und das Kernkraftwerk eine Einheit bilden, aber für den Speichersee das Planfeststellungsverfahren noch nicht einmal eröffnet ist. Was praktische politische Schritte angeht, so sind Propagandaaktionen im Gespräch, ein Konzept, wie der Bau verhindert werden kann, gibt es offensichtlich nicht.

gierung am Mittwoch beschlossen hat. Strahlenrisiko, Unfallrisiko, ungelöstes Abfallproblem, Umweltschäden durch Abwärme – das zählt nicht. Das vorgeschossene Kapital muß sich jetzt und schnell verwerten. Vielleicht ist dann auch noch der Strom für die Kapitalisten um 20% billiger. Das ist heute nicht nur die Auffassung der Kapitalisten, sondern auch die aller Bundes- oder Landesregierungen, ob von CDU, SPD oder FDP getragen.



Der Rhein und seine Nebenflüsse

(Fortsetzung von Seite 1)

Zimbabwe ...

versehen worden. Das Auffinden von Sam-7-Raketen kommentierte er damit, daß Zimbabwe bis zum Finden dieser noch keine Raketen besessen habe.

In den Kommentaren der Medien ist Nkomo das ,,Nichtwissen" von Anfang an nicht abgenommen worden. Enttäuschung gibt es darüber, daß trotz offensichtlicher Widersprüche innerhalb der Zapu sich die ganze Führung auf diese Linie des Nichtwissens eingelassen hat.

Dienstag abend wurde die Ungesetzlichkeit von 11 der Zapu gehörenden Gesellschaften erklärt. Drei weitere werden noch untersucht. In 5 der 11 Gesellschaften ist Nkomo Direktor. Gegen diese Verfügung des Präsidenten, die praktisch Enteignung bedeutet, gibt es keine legale Einspruchsmöglichkeit. Das zugrundeliegende Gesetz stammt noch vom rhodesischen Staat. Für Mittwoch abend wird eine Entscheidung über die drei Zapu-Minister und die stellvertretenden Minister der Zapu erwartet; alles andere als eine Entlassung wäre eine Überraschung, und das letzte Wort über ihre Zukunft wird mit der Entlassung wahrscheinlich auch noch nicht gesprochen sein.

Zimbabwe war am 18. April 1980 unabhängig geworden. Zanu-Präsident Mugabe wurde Premierminister, nachdem die Zanu in den Wahlen 57 der 80 afrikanischen Parlamentssitze gewonnen hatte. Die Zapu erreichte 20 Sitze.

Produktion neuer C-Kampfstoffe in USA

kvz. Am 8. Februar kündigte Reagan in einem Brief an den Kongreß formell die Absicht an, neue chemische Kampfstoffe herstellen zu lassen. Der Schritt war schon länger erwartet worden und der Kongreß hatte in einer knappen Abstimmung im letzten Jahr schon die hierfür notwendigen Gelder bereitgestellt. Reagan erneuerte in seinem Brief die von Nixon mit dem Produktionsstopp für C-Waffen im Jahre 1969 gegebene Garantie, die USA würden nie als erstes Land zur chemischen Kriegsführung schreiten. Als Begründung mußte einmal mehr die Ausrüstung der Sowjetunion mit solchen Waffen herhalten. *Vorläufig*, so wird von amerikanischer Seite versichert, sei keine Stationierung auf europäischem Gebiet vorgesehen. Tatsächlich lagern aber schon chemische Kampfstoffe z.B. in der BRD. Da die neu zu produzierende Zwei-Komponenten-Waffe alte Kampfstoffe ersetzen soll, ist die Versicherung allerhöchstens als augenblicklicher Beschwichtigungsversuch zu verstehen.

Einigung von Grünen und AL in Hamburg

cld.Hamburg. Zwischen den Grünen und der AL in Hamburg scheint jetzt eine Einigung über eine gemeinsame Kandidatur zu den Bürgerschafts- und Bezirksparlamentswahlen möglich. Die Grünen haben auf einer Mitgliederversammlung schon im letzten Jahr der AL ein gemeinsames Bündnis mit paritätischer Besetzung aller Positionen und einer gewissen Autonomie beider Gruppen vorgeschlagen. Die AL hat jetzt mit Mehrheit grundsätzlich einem solchen Zusammengehen zugestimmt. Es gibt allerdings immer noch eine starke Opposition in der AL, die a) gegen eine gewisse Autonomie innerhalb des Bündnisses ist und b) Bedenken gegen das Zusammengehen mit den Grünen hat, weil sie sich zu stark von der Bewegung trennen (siehe dazu ausführlich die letzten Nummern des ,,Arbeiterkampf"). – Vor allem ist durch die Tatsache, daß beide Gruppen gegenwärtig noch nicht über programmatische Vorstellungen zu den Bürgerschaftswahlen verfügen, noch vieles offen. Die Grünen wollen Ende Februar ihr Programm zu den Bürgerschaftswahlen verabschieden, allerdings ohne es vorher öffentlich zur Debatte gestellt zu haben. – Wann die AL zur Verabschiedung eines Programms kommt, ist noch relativ offen. Die Arbeitsgruppen zu den einzelnen Themen stehen noch ziemlich am Anfang, da sie viel zu spät eingerichtet wurden. Deswegen ist es gegenwärtig auch nicht einzuschätzen, inwieweit die gemeinsame Kandidatur eine Stärkung der selbständigen Bewegung der Arbeiterklasse und des Volkes sein wird.

Grüne und Demokratische Sozialisten

kvz. Aus den Kreisen der Grünen sind inzwischen differenzierte Reaktionen auf den Austritt von Manfred Coppik aus der SPD und die Vereinigungsbemühungen von ,,Demokratischen Sozialisten" zu hören. Die Landesmitgliederversammlung der Hamburger Grünen hat am 30.1.1982 eine Erklärung beschlossen (veröffentlicht in Moderne Zeiten 2/1982), worin der Austritt Coppiks begrüßt wird. Unter anderem heißt es: ,,Die Landesmitgliederversammlung der Hamburger Grünen begrüßt die Erklärung von Manfred Coppik, daß sich seine Initiative zu einem Zusammenschluß der ,Demokratischen Sozialisten' in der BRD nicht gegen die Grünen richten, sondern daß dieser Zusammenschluß in Kooperation mit den Grünen entstehen soll. Wir hoffen, daß diese Ansicht auch von allen anderen Kräften geteilt wird, die am Projekt ,Demokratische Sozialisten' teilnehmen wollen. Wir sind zu solcher Kooperation jedenfalls bereit, was nicht nur einschließt, gemeinsame Wahlbündnisse anzustreben, sondern auch, die Perspektive eines späteren organisatorischen Zusammengehens von Grünen und ,Demokratischen Sozialisten' zu prüfen und offenzuhalten." – Die Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) Hessen haben sich mittlerweile auf der Landeskonferenz am 13.2. aufgelöst, um sich ,,in örtlichen Arbeitskreisen Demokratischer Sozialisten neu zu konstituieren". In ihrer Presseerklärung dazu heißt es: ,,Wir sehen in dieser Initiative den notwendigen Schritt zum Aufbau einer linken Alternative und gleichzeitig die Voraussetzung für die Vereinheitlichung der demokratischen Sozialisten in der BRD."

mine · Termine · Te

Februar

24. **Neu Delhi.** Treffen der Entwicklungsländer, bis 26.2.
26. **Osnabrück.** Bundesjugendkonferenz der NGG, bis 28.2.
    Bad Godesberg. Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD, bis 28.2.
27. **Offenbach.** Internationale Lederwarenmesse, bis 2.3.
    Frankfurt. Internationale Frankfurter Messe, bis 3.3.
    Köln. Demonstration gegen die Unterdrückung im Iran anläßlich des 3. Jahrestages des Sturzes des Schah-Regimes

März

5. **o.O.** Arbeitstagung des Öko-Institutes zu Industriegesellschaft, Beschäftigungspolitik und Umwelt, bis 6.3.
6. **Düsseldorf.** 7. Bundeskongreß der SDAJ, bis 7.3.
7. **Schleswig-Holstein.** Kommunalwahlen
   Guatemala. Allgemeine Wahlen
8. Internationaler Frauentag

Eine Mitarbeit an diesem Terminkalender durch Zusendung von entsprechenden Terminen ist erwünscht.

mine · Termine · Te

Die Friedensbewegung in der DDR faßt Mut

Zwei Ereignisse der letzten Woche haben mit Recht für Aufsehen gesorgt: In Ost-Berlin ist auf Initiative des Jugendpfarrers Rainer Eppelmann ein „Berliner Appell" veröffentlicht worden, unter dem in der ganzen DDR Unterschriften gesammelt werden sollen (Text unten). Und in Dresden sind, über kirchliche Kanäle, aber auch über illegal verbreitete Handzettel mobilisiert, 5000 Jugendliche zu einem „Friedensforum" zusammengekommen, und haben dort ihre Forderungen und ihre Kritiken an der offiziellen „Friedenspolitik" der DDR vorgetragen. Diese Aktion hielt sich insoweit auch nicht an die von der Kirchenleitung der DDR noch auf ihrer Landessynode in Herrenhut am 30./31. Januar getroffene Feststellung: „Demonstrative Aktionen helfen in unserer Situation nicht weiter." Es war dann auch die Kirchenleitung in Sachsen, die – nach Absprache mit den örtlichen Staatsorganen – die Jugendlichen „von der Straße holte". Im Gegensatz zur Stellung der Kirchenleitung steht auch der Vorschlag des „Berliner Appells", „jede spontane Bekundung des Friedenswillens in der DDR zu billigen und zu fördern". Pfarrer Eppelmann wurde, ebenso wie andere Erstunterzeichner des Appells, für zwei Tage festgenommen, sein Haus von der Stasi auf den Kopf gestellt. Mit gutem Grund: bezieht sich der „Berliner Appell" auch auf den „Krefelder Appell" in der BRD, so doch ganz und gar nicht im Sinne von dessen Erfindern. Und in seinen Forderungen – Friedensvertrag für beide deutsche Staaten und Abzug aller Besatzungstruppen – geht er weit über die bisher von der westdeutschen Friedensbewegung gesteckten Ziele hinaus. Um so mehr Grund für alle Friedensinitiativen hierzulande, den „Berliner Appell" und seine mutigen Initiatoren zu unterstützen.

Friedensmanifestation in Dresden

Dresden, 14.2. „Manche werden enttäuscht sein, daß wir nicht draußen sind, wo uns alle sehen können." Viel Beifall bekam der sächsische Bischof Johannes Hempel, als er mit diesen Worten die Stimmung der in der Dresdener Kreuzkirche zum „Forum ‚Frieden' mit der Jugend" versammelten knapp 6000 Jugendlichen auszudrücken suchte. (...)

„Buschfunk" ist ein freies Radio, es arbeitet in der DDR und seine technischen Mittel sind die der Mund-zu-Mund-Propagada. „Buschfunk" hatte seit Wochen eingeladen, sich am Abend des 13. Februar in Dresden an den Trümmern der Frauenkirche zu versammeln. Am 13.2.1945 war Dresden durch die alliierte Bomberflotte zerstört worden.

Schon den ganzen Samstag Nachmittag über war die Dresdener Innenstadt vom Bild der Jugendgruppen bestimmt. Einige trugen ein Stirnband mit der Aufschrift: „Frieden schaffen ohne Waffen", auffallend viele hatten das Emblem „Schwerter zu Pflugscharen" an die Jacke genäht. Wußten sie nicht, daß in Schulen das Tragen dieses Emblems mit Sanktionen bedroht worden war, daß auch auf offener Straße Jugendliche gezwungen worden waren, das Symbol zu entfernen? Doch, gerade deshalb trugen es so viele.

In dem großen Raum der Dresdener Kreuzkirche, dessen schmucklos rohe Betonquader mit seinen breiten runden Bogen von den Fenstern nur unterbrochen werden, verbreitete sich die Stimmung einer Trutzburg. Bei der „Vesper" war die Kirche schon voll gewesen, bis auf die vierte Empore selbst in den Gängen dicht gedrängt standen sie zu Beginn des „Friedensforums". Kriegsspielzeug, „sozialer Friedensdienst" als Wehrersatzdienst, Wehrkundeunterricht, vormilitärische Ausbildung – es sind vor allem die Themen ihres Alltags, denen sich die nichtstaatlichen Friedensinitiativen der DDR widmen. Als der Landesjugendpfarrer Brettschneider diese Fragen aufzählte und betonte, es gebe da „Differenzen" mit den Vertretern des Staates, wurde er von minutenlangem Beifall unterbrochen. In der DDR-Nachrichtensendung „Aktuelle Kamera" sehe man immer wohlwollende Filme von der westdeutschen Friedensbewegung, rief Brettschneider, „warum muß das bei uns so schwierig sein?"

Der sächsische Bischof Hempel versuchte zu beschwichtigen. Nach einer „Anwärmphase der Aggressivität" habe er in Gesprächen mit Jugendlichen deren Anliegen verstehen gelernt, erklärte er. Legitime „Alarmsignale" seien ihre Anliegen, eine Politik für den Frieden aber sei eine sehr schwierige Angelegenheit. Beifall erhielt seine Feststellung, daß „unsere Regierung" wie die der UdSSR sich „mit Leidenschaft" für die Erhaltung des Friedens einsetze. Zu den „staatlichen Nein's" riet er, „ernst aber locker" zu reagieren im Vertrauen auf die biblische Verkündung.

Eine „Verhöhnung" etwa der Reservisten, die keine Übungen mehr an der Waffe machen wollen, nannte einer der Frager diese Auskunft. „Wie sollen wir unseren Friedenswillen bekunden, wenn alle nichtstaatlichen Initiativen zum mindesten behindert werden?" Was sagt die Kirche den Totalverweigerern, die auch nicht als „Bausoldaten" Dienst tun wollen? Was ist mit dem „Berliner Appell"? Was ist mit den Schikanen gegen das Tragen der kirchlichen Friedenssymbole? Die Fragen waren hart und klar, die da gestellt wurden, und die Vertreter der Kirche erklärten, daß sie auf viele der Fragen keine Antwort geben könnten, und daß sie oft im Einzelfall nur mit den Betroffenen das Risiko ihres Handelns besprechen könnten.

Für 21.45 Uhr hatte die Kirche ein „Ökumenisches Nachtgebet" angesetzt, der Bischof mahnte, nicht zu demonstrieren, sondern sich auf die innere Stärke im stillen Gebet zu konzentrieren. „Nicht nur mehr Ruhe, auch mehr Sicherheit" gebe es *in* dem Kirchengebäude, schallte ein Zwischenruf von der Empore. Die Staats-„Sicherheit" war um die Dresdener Frauenkirche deutlich präsent. Dennoch zogen kurz vor 10 mehr als tausend der Jugendlichen dorthin und sammelten sich um die in den Trümmern angezündeten Kerzen.

Tageszeitung, 15. Februar 1982

Friedensmanifestation in Dresden

Dresden, 14.2. „Manche werden enttäuscht sein, daß wir nicht draußen sind, wo uns alle sehen können." Viel Beifall bekam der sächsische Bischof Johannes Hempel, als er mit diesen Worten die Stimmung der in der Dresdener Kreuzkirche zum „Forum ‚Frieden' mit der Jugend" versammelten knapp 6000 Jugendlichen auszudrücken suchte. (...)

„Buschfunk" ist ein freies Radio, es arbeitet in der DDR und seine technischen Mittel sind die der Mund-zu-Mund-Propagada. „Buschfunk" hatte seit Wochen eingeladen, sich am Abend des 13. Februar in Dresden an den Trümmern der Frauenkirche zu versammeln. Am 13.2.1945 war Dresden durch die alliierte Bomberflotte zerstört worden.

Schon den ganzen Samstag Nachmittag über war die Dresdener Innenstadt vom Bild der Jugendgruppen bestimmt. Einige trugen ein Stirnband mit der Aufschrift: „Frieden schaffen ohne Waffen", auffallend viele hatten das Emblem „Schwerter zu Pflugscharen" an die Jacke genäht. Wußten sie nicht, daß in Schulen das Tragen dieses Emblems mit Sanktionen bedroht worden war, daß auch auf offener Straße Jugendliche gezwungen worden waren, das Symbol zu entfernen? Doch, gerade deshalb trugen es so viele.

In dem großen Raum der Dresdener Kreuzkirche, dessen schmucklos rohe Betonquader mit seinen breiten runden Bogen von den Fenstern nur unterbrochen werden, verbreitete sich die Stimmung einer Trutzburg. Bei der „Vesper" war die Kirche schon voll gewesen, bis auf die vierte Empore selbst in den Gängen dicht gedrängt standen sie zu Beginn des „Friedensforums". Kriegsspielzeug, „sozialer Friedensdienst" als Wehrersatzdienst, Wehrkundeunterricht, vormilitärische Ausbildung – es sind vor allem die Themen ihres Alltags, denen sich die nichtstaatlichen Friedensinitiativen der DDR widmen. Als der Landesjugendpfarrer Brettschneider diese Fragen aufzählte und betonte, es gebe da „Differenzen" mit den Vertretern des Staates, wurde er von minutenlangem Beifall unterbrochen. In der DDR-Nachrichtensendung „Aktuelle Kamera" sehe man immer wohlwollende Filme von der westdeutschen Friedensbewegung, rief Brettschneider, „warum muß das bei uns so schwierig sein?"

Der sächsische Bischof Hempel versuchte zu beschwichtigen. Nach einer „Anwärmphase der Aggressivität" habe er in Gesprächen mit Jugendlichen deren Anliegen verstehen gelernt, erklärte er. Legitime „Alarmsignale" seien ihre Anliegen, eine Politik für

che deutlich präsent. Dennoch zogen kurz vor 10 mehr als tausend der Jugendlichen dorthin und sammelten sich um die in den Trümmern angezündeten Kerzen.

Tageszeitung, 15. Februar 1982



Dies Emblem erregt bei den DDR-Behörden Furcht und Zorn: „Schwerter zu Pflugscharen", nach einem Bibelspruch. Der Witz ist, daß es sich um die Abbildung einer berühmten sowjetischen Skulptur handelt. Jugendliche, die solche Aufnäher offen tragen, sind andauernden Schikanen ausgesetzt.


Dies Emblem erregt bei den DDR-Behörden Furcht und Zorn: „Schwerter zu Pflugscharen", nach einem Bibelspruch. Der Witz ist, daß es sich um die Abbildung einer berühmten sowjetischen Skulptur handelt. Jugendliche, die solche Aufnäher offen tragen, sind andauernden Schikanen ausgesetzt.

Kriegspornographie oder marxistisch-leninistische Ästhetik?

Kriegspornographie oder marxistisch-leninistische Ästhetik?

„Der Soldat wird in gewissem Sinne auch ästhetisch erregt, wenn ihm ... die Waffe gehorcht ..." (S. 64) *„Der Anblick einer startbereiten Rakete bewirkt beim Soldaten ästhetische Gefühle und ein Anwachsen moralischer Kräfte. Die Begeisterung für die modernste Kampftechnik verschmilzt mit dem Stolz darauf, daß sich diese mächtige Waffe in den Händen von Soldaten befindet, die aktiv für den Kommunismus kämpfen."* (S. 66)

Die Freude, die militärische Tätigkeit erweckt, ist deshalb mit der Freude, die uns Kunstwerke bereiten können, in vieler Hinsicht verwandt." (S. 68) *„Um eines hohen Zieles willen ist auch der Heldentod schön; denn er bejaht und rühmt das Leben angesichts des Todes. Dank der moralischen Schönheit einer Handlung unter tragischen Umständen entfaltet sich jene kraftvolle emotionale Erregung und Anspannung, die man gewöhnlich als ‚Gefechtsrausch' bezeichnet."* (S. 70)

„Nach den ‚Gesetzen der Schönheit' arbeiten auch die sowjetischen Armeeangehörigen." (S. 60)

Aus dem wehrkundlichen Erziehungsmaterial für Politoffiziere, darin zitiert aus: Marxistisch-leninistische Ästhetik, Berlin, Militärverlag der DDR, 1979.

Realer Militarismus

Die Militarisierung beginnt im Kindergarten. In den Rahmenplänen der Betreuerinnen spielt die politische und vormilitärische Erziehung eine bedeutende Rolle: Ethos des Soldaten, Liebe zur sozialistischen Heimat, Siegesgewißheit sind die Leitziele.

Bei Schuleintritt wird das Kind Pionier, mit jährlichen Pioniermanövern etc. Die Wehrerziehung bildet einen festen Bestandteil aller Unterrichtfächer, z.B. das Einüben von Marschliedern im Musikunterricht. „In der Mittel- und Oberstufe ist vom Musiklehrer besonders darauf zu achten, daß die Schüler lernen, Marschlieder selbständig in der richtigen Tonart anzustimmen, daß beim Marschieren nach Gesang bewußt laut, deutlich und kämpferisch gesungen, aber nicht geschrien wird." (Orientierungshilfen für den Unterricht)

Ab der 8. Klasse Hans-Beimler-Wettkämpfe mit Schießübungen (zuerst Luft-, dann Kleinkalibergewehr). In der 9. und 10. Klasse dann Wehrkunde als Pflichtfach: vier Stunden pro Woche Theorie, am Ende des Schuljahres ein zweiwöchiges Wehrmanöver für die Jungen; die Mädchen werden mit Zivilverteidigung beschäftigt.

Für Lehrlinge ist der Eintritt in die „Gesellschaft für Sport und Technik" (GST) mehr oder weniger Bedingung für einen erfolgreichen Lehrabschluß.

Der Zugang zur Universität ist an einen abgeleisteten Militärdienst gebunden. Wer was werden will, läßt sich schon auf dem Gymnasium in einem Offiziersbewerberkollektiv für den dreijährigen „Soldat auf Zeit" vorbereiten.

Später folgen dann Reservistenausbildungen alle 3 bis 4 Jahre, von 6 Wochen bis 6 Monaten Dauer. Auch Studentinnen und FDJlerinnen werden zu Reserveübungen eingezogen.

Seit dem 1. Dezember 1981 ist für jeden DDR-Bürger die Teilnahme an der Zivilverteidigung Pflicht: für Frauen bis 50 Jahre, für Männer bis 65 Jahre.

Den Wehrdienst verweigern in der DDR jährlich einige hundert. Totalverweigerung führt zu harten Gefängnisstrafen (in der Regel 2 Jahre). Ansonsten ist Dienst als „Bausoldat" zu leisten, was tatsächlich Einsatz bei militärische Großbauten wie aber auch in Armeekrankenhäusern und in Offizierskasinos bedeuten kann. Die Forderung nach einem „Sozialen Friedensdienst" hat der Beauftragte für Kirchenfragen, Gysi, gegenüber der Kirchenleitung, die diesen Wunsch im Namen von einigen hundert Jugendlichen vorgetragen hatte, kategorisch abgelehnt.



„Berliner Appell – Frieden schaffen ohne Waffen"

Der „Berliner Appell" folgt in seiner Argumentation dem Brief, den der Ost-Berliner Jugendpfarrer Reiner Eppelmann im Juli 1981 an Honecker geschrieben und, nachdem er keine Antwort erhielt, veröffentlicht hatte. Er enthält ebenso Argumentationen aus dem von Ost- und Westdeutschen unterzeichneten offenen Brief Robert Havemanns an Breschnew vom Oktober 1981 (vgl. KVZ 42/81).

1

Es kann in Europa nur noch einen Krieg geben, den Atomkrieg. Die in Ost und West angehäuften Waffen werden uns nicht schützen, sondern vernichten. Wir werden alle längst gestorben sein, wenn die Soldaten in den Panzern und Raketenbasen und die Generäle und Politiker in den Schutzbunkern, auf deren Schutz wir vertrauten, noch leben und fortfahren zu vernichten, was noch übrig geblieben ist.

2

Darum: Wenn wir leben wollen, fort mit den Waffen! Und als erstes: Fort mit den Atomwaffen. Ganz Europa muß zur atomwaffenfreien Zone werden. Wir schlagen vor: Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten über die Entfernung aller Atomwaffen aus Deutschland.

3

Das geteilte Deutschland ist zur Aufmarschbasis der beiden großen Atommächte geworden. Wir schlagen vor, diese lebensgefährliche Konfrontation zu beenden. Die Siegermächte des II. Weltkrieges müssen endlich die Friedensverträge mit den beiden deutschen Staaten schließen, wie es im Potsdamer Abkommen von 1945 beschlossen worden ist. Dannach sollten die ehemaligen Alliierten ihre Besatzungstruppen aus Deutschland abziehen und Garantien über die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der beiden deutschen Staaten vereinbaren.

4

Wir schlagen vor, in einer Atmosphäre der Toleranz und der Anerkennung des Rechts auf freie Meinungsäußerung die große Aussprache über die Fragen des Friedens zu führen, und jede spontane Bekundung des Friedenswillens in der Öffentlichkeit zu billigen und zu fördern. Wir wenden uns an die Öffentlichkeit und an unsere Regierung, über die folgenden Fragen zu beraten und zu entscheiden:

a) Sollten wir nicht auf die Produktion, den Verkauf und die Einfuhr von sogenanntem Kriegsspielzeug verzichten?

b) Sollten wir nicht anstelle des Wehrkundeunterrichts an unseren Schulen einen Unterricht über Fragen des Friedens einführen?

c) Sollten wir nicht anstelle des jetzigen Wehrersatzdienstes für Kriegsdienstverweigerer einen sozialen Friedensdienst zulassen?

d) Sollten wir nicht auf alle Demonstrationen militärischer Machtmittel in der Öffentlichkeit verzichten und unsere staatlichen Feiern statt dessen dazu benutzen, den Friedenswillen des Volkes kundzutun?

e) Sollten wir nicht auf die Übungen zur sogenannten Zivilverteidigung verzichten? Da es im Atomkrieg keine Möglichkeit einer sinnvollen Zivilverteidigung gibt, wird durch diese Übungungen nur der Atomkrieg verharmlost. Ist es nicht womöglich eine Art psychologischer Kriegsvorbereitung?

5

Frieden schaffen ohne Waffen – das bedeutet nicht nur: Sicherheit zu schaffen für unser eigenes Überleben. Es bedeutet auch das Ende der sinnlosen Verschwendung von Arbeitskraft und Reichtum unseres Volkes für die Produktion von Kriegswerkzeug und die Ausrüstung riesiger Armeen junger Menschen, die dadurch der produktiven Arbeit entzogen werden. Sollten wir nicht lieber den Hungernden in aller Welt helfen, statt fortzufahren, unseren Tod vorzubereiten?

> Selig sind die Sanftmütigen,
> Denn sie werden das Erdreich besitzen.
> (Jesus von Nazareth in der Bergpredigt)

Das Gleichgewicht des Schreckens hat den Atomkrieg bisher nur dadurch verhindert, daß es ihn immer wieder auf morgen vertagt hat. Vor diesem herannahenden Morgen des Schreckens fürchten sich die Völker. Sie suchen nach neuen Wegen, dem Frieden eine bessere Grundlage zu geben. Auch der „Berliner Appell" ist ein Ausdruck dieses Suchens. Denkt über ihn nach, macht unseren Politikern Vorschläge und diskutiert überall die Frage: Was führt zum Frieden, was zum Krieg?

Bekräftigt Eure Zustimmung zum „Berliner Appell" durch Eure Unterschrift.

Berlin, den 25. Januar 1982

Namen der Erstunterzeichner (DDR-Bürger aus verschiedenen Städten): Reiner Eppelmann, Pfarrer der Samaritergemeinde Friedrichshain und Kreisjugendpfarrer; Manfred Altmann, Handwerker; Axel Bayer, Arbeiter; Evelyn Bayer, Arbeiterin; Eva-Maria Eppelmann, Hausfrau; Volker Elste, Diakon-Schüler; Stefan Preyer, Mechaniker; Lorenz Göring, Diakon-Schüler; Katja Havemann, Hausfrau; Robert Havemann, Wissenschaftler; Eberhard Henke, Manager; Ralf Hirsch, Schlosser; Michael Heinisch, Diakon-Schüler; Christfried Heinke, Diakon-Schüler; Gerd Jäger, Diakon; Daniela Karschewsky, Angestellte; Rosemarie Keßler, Arbeiterin; Günter Keßler, Arbeiter; Olaf Kraensel, Angestellter; Detlef Kucharzewski, Arbeiter; Regine Maywald, Angestellte; Johannes Maywald, Angestellter; Lothar Miederohe, Arbeiter; Rudi Pahnke, Gemeindepfarrer und Kreisjugendpfarrer; Jürgen Pagel, Diakon-Schüler; Lutz Rathenow, Schriftsteller; Thomas Schulz, Arbeiter; Ralph Syrowatka, Diakon; Friedhart Steinert, Arbeiter; Bernd Schulz, Arbeiter; Winfried Weu, Mechaniker; Andrea Weu, Krankenschwester; Günter Weu, Kreiskatechet; Bernd Weu, Ingenieur; Hans-Jochen Tschiche, Pfarrer und Leiter der Evangelischen Akademie Magdeburg.

Quelle: „Frankfurter Rundschau", 13.2.1982

Das geteilte Deutschland ist zur Aufmarschbasis der beiden großen Atommächte geworden. Wir schlagen vor, diese lebensgefährliche Konfrontation zu beenden. Die Sie-

deutschen unterzeichneten offenen Brief Robert Havemanns an Breschnew vom Oktober 1981 (vgl. KVZ 42/81).

1

Es kann in Europa nur noch einen Krieg geben, den Atomkrieg. Die in Ost und West angehäuften Waffen werden uns nicht schützen, sondern vernichten. Wir werden alle längst gestorben sein, wenn die Soldaten in den Panzern und Raketenbasen und die Generäle und Politiker in den Schutzbunkern, auf deren Schutz wir vertrauten, noch leben und fortfahren zu vernichten, was noch übrig geblieben ist.

2

Darum: Wenn wir leben wollen, fort mit den Waffen! Und als erstes: Fort mit den Atomwaffen. Ganz Europa muß zur atomwaffenfreien Zone werden. Wir schlagen vor: Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten über die Entfernung aller Atomwaffen aus Deutschland.

vollen Zivilverteidigung gibt, wird durch diese Übungungen nur der Atomkrieg verharmlost. Ist es nicht womöglich eine Art psychologischer Kriegsvorbereitung?

5

Frieden schaffen ohne Waffen – das bedeutet nicht nur: Sicherheit zu schaffen für unser eigenes Überleben. Es bedeutet auch das Ende der sinnlosen Verschwendung von Arbeitskraft und Reichtum unseres Volkes für die Produktion von Kriegswerkzeug und die Ausrüstung riesiger Armeen junger Menschen, die dadurch der produktiven Arbeit entzogen werden. Sollten wir nicht lieber den Hungernden in aller Welt helfen, statt fortzufahren, unseren Tod vorzubereiten?

Selig sind die Sanftmütigen, Denn sie werden das Erdreich besitzen. (Jesus von Nazareth in der Bergpredigt)

Das Gleichgewicht des Schreckens hat den Atomkrieg bisher nur dadurch verhindert, daß es ihn immer wieder auf morgen vertagt hat. Vor diesem herannahenden Morgen des Schreckens fürchten sich die Völker. Sie suchen nach neuen Wegen, dem Frieden eine bessere Grundlage zu geben. Auch der „Berliner Appell" ist ein Ausdruck dieses Suchens.

Parlamentarische Wahlen und Wahlbeteiligung

Beschluß der Bundesleitung des KBW

Am 13./13. Februar hat die Bundesleitung des KBW einen Bericht zu wirtschaftlichen Fragen des KBW beraten und den im folgenden abgedruckten Beschluß zum Resolutionsentwurf „Parlamentarische Wahlen und Wahlbeteiligung" gefaßt.
Der Entwurf für diese Resolution ist im September 1981 entstanden und dem damaligen Zentralen Komitee in Vorbereitung der Delegiertenkonferenz vorgelegt worden. Er wurde als Entwurf vor der Delegiertenkonferenz auch veröffentlicht (siehe Sondernummer Kommunismus und Klassenkampf Oktober 1981). Da er weder im Zentralen Komitee noch auf der Delegiertenkonferenz besprochen werden konnte, wurde er von den Delegierten an die Bundesleitung überwiesen.

Die Bundesleitung verabschiedet die Resolution zu parlamentarischen Wahlen und zur Wahlbeteiligung als provisorische Arbeitsgrundlage, obwohl sie sich bewußt ist, daß sich die Situation seit ihrer Vorlage im September 1981 weiterentwickelt hat und unsere Taktik ebenfalls weiterentwickelt werden muß.

Die Bundesleitung des KBW hält den folgenden Gesichtspunkt bei der Entwicklung einer Taktik gegenüber dem Parlament für grundlegend: die *Selbständigkeit* der gesellschaftlichen Bewegungen zu stärken und von dieser Bewegung *abhängige* Hebel im Kampf um parlamentarische Mehrheiten und Regierungsbildung zu schaffen. Von diesem Gesichtspunkt geht die Resolution aus.

Die Bundesleitung hält u.a. folgende Aspekte für wichtig, um unter diesem Gesichtspunkt gegenwärtig Fortschritte zu erzielen. In der Gewerkschaftsbewegung gilt es, um Formen der *politischen* Selbständigkeit der gesellschaftlichen Bewegungen zu stärken, alle Ansätze insbesondere örtlicher und regionaler Zusammenfassung und Organisierung der Einzelgewerkschaften zu unterstützen, da die Gewerkschaftsbewegung, auf die Betriebe und Branchen beschränkt, keine ausreichende politische Schlagkraft entwickeln kann und die an den Rand gedrängten Teile der Lohnabhängigen und ihre Interessen in den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen nicht einbeziehen kann. Gleichzeitig wüchse die Gefahr, als bloße Interessenvertretung des beschäftigten Teils der lohnabhängigen Bevölkerung zu wirken. Für die Entwicklung einer fortschrittlichen Entfaltung des Wechselverhältnisses und der gegenseitigen Unterstützung von Gewerkschaftsbewegung und „neuen sozialen Bewegungen" und für die Möglichkeiten der Nutzung des Parlaments durch die Gesamtbewegung gewinnt kurzfristig die Entwicklung der Grünen erhebliche Bedeutung (d.h. insofern sie sich programmatisch und politisch positiv auf Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung beziehen), um die bisherige Struktur der Parlamentsvertretungen aufzubrechen und damit auch die einseitige Ausrichtung der Gewerkschaften auf die SPD als parlamentarischem Arm und ihre politische Abhängigkeit von der SPD aufzubrechen. Eine solche Entwicklung der Grünen liegt im Interesse der Gesamtbewegung und folglich muß versucht werden, aus der Gewerkschaftsbewegung und anderen gesellschaftlichen Bewegungen heraus in dieser Richtung auf die Grünen einzuwirken – das beileibe nicht durch zahlreichen Beitritt zu den Grünen – sondern durch Auseinandersetzung mit den Grünen von den eigenen Positionen aus wie auch durch Aufträge und Anregungen an deren Parlamentsfraktionen.

wicklung einer fortschrittlichen Entfaltung des Wechselverhältnisses und der gegenseitigen Unterstützung von Gewerkschaftsbewegung und „neuen sozialen Bewegungen" und für die Möglichkeiten der Nutzung des Parlaments durch die Gesamtbewegung gewinnt kurzfristig die Entwicklung der Grünen erhebliche Bedeutung (d.h. insofern sie sich programmatisch und politisch positiv auf Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung beziehen), um die bisherige Struktur der Parlamentsvertretungen aufzubrechen und damit auch die einseitige Ausrichtung der Gewerkschaften auf die SPD als parlamentarischem Arm und ihre politische Abhängigkeit von der SPD aufzubrechen. Eine solche Entwicklung der Grünen liegt im Interesse der Gesamtbewegung und folglich muß versucht werden, aus der Gewerkschaftsbewegung und anderen gesellschaftlichen Bewegungen heraus in dieser Richtung auf die Grünen einzuwirken – das beileibe nicht durch zahlreichen Beitritt zu den Grünen – sondern durch Auseinandersetzung mit den Grünen von den eigenen Positionen aus wie auch durch Aufträge und Anregungen an deren Parlamentsfraktionen.

Von ausschlaggebendem Gewicht auf absehbare Zeit wird jedoch, für eine mehrheitsfähige Frontbildung in bezug auf Parlament und Regierung, die Entwicklung der Sozialdemokratie und die Umgruppierung ihrer Kräfte bleiben.

*

1. Mit den Bundestagswahlen 1984 und den vorausgehenden Landtagswahlen, insbesondere den Landtagswahlen in Hamburg und Hessen, werden die Arbeiterbewegung und die Linke vor erhebliche theoretische und praktische Probleme gestellt, von deren Lösung die weitere Entwicklung in beträchtlichem Umfang abhängen wird. Diese Probleme zeigten sich bereits in den Bundestagswahlen 1980, doch wurden sie seinerzeit noch durch die scheinbare Alleinalternative Schmidt oder Strauß überdeckt. Sie sind spätestens seit den Berliner Wahlen, ihren Ergebnissen und der seitherigen Entwicklung in Westberlin jedermann sichtbar. Sie bestehen in folgendem:

Die Linksentwicklung der Arbeiterbewegung und breiter Volksmassen findet in der Sozialdemokratie und einer Koalition von Sozialdemokratie und Liberalen nicht mehr ausreichenden Ausdruck. Eine neue Konstellation von Kräften, die die Linksentwicklung in den parlamentarischen Wahlen fördern und zum Ausdruck bringen könnte, zeichnet sich erst in Ansätzen ab. Der schleichende Übergang zur Reaktion kann so unversehens in eine Regierungsübernahme der gegenwärtigen Hauptkraft der Reaktion, der CDU/CSU, führen. Mit der erneuten Krise der kapitalistischen Wirtschaft, die noch weniger als nach 1974/75 in einen Aufschwung mit annähernder Vollbeschäftigung übergehen wird, mit der Verschärfung der kapitalistischen Strukturkrise und den damit Hand in Hand gehenden regionalen Krisen, mit der Verschärfung der ökologischen und Infrastrukturprobleme, die die kapitalistische Entwicklung aufwirft und angesichts der drohenden Kriegsgefahr, gelingt es der Sozialdemokratie immer weniger, einerseits in der Regierung als Funktionär des geschäftsführenden Ausschusses der Bourgeoisie und andererseits in der Gesellschaft als Verkörperung der mannigfachen Widerstandsbewegungen und Reformbestrebungen zu fungieren. Die Sozialdemokratie wird damit einer Zerreißprobe unterzogen, die große politische Strömungen in den Volksmassen widerspiegelt. Auf der einen Seite suchen Kräfte der demokratischen Bewegung und der Arbeiterbewegung verstärkt nach selbständigen politischen Ausdrucks- und Organisationsformen und treiben damit die Linksentwicklung voran. Auf der anderen Seite beginnen Kräfte, die sich in der Zeit sozialdemokratischen Erfolgskurses – und dieser dauerte mit einigen Brüchen bis gegen Ende der siebziger Jahre an – der Sozialdemokratie aktiv oder passiv angeschlossen haben, Zweifel am sozialdemokratischen Reformkurs zu entwickeln und werden für die konservativ-reaktionäre Parole von der notwendigen Wende empfänglich – dies um so mehr, als die Sozialdemokratie dieser Parole theoretisch

me, die die kapitalistische Entwicklung aufwirft und angesichts der drohenden Kriegsgefahr, gelingt es der Sozialdemokratie immer weniger, einerseits in der Regierung als Funktionär des geschäftsführenden Ausschusses der Bourgeoisie und andererseits in der Gesellschaft als Verkörperung der mannigfachen Widerstandsbewegungen und Reformbestrebungen zu fungieren. Die Sozialdemokratie wird damit einer Zerreißprobe unterzogen, die große politische Strömungen in den Volksmassen widerspiegelt. Auf der einen Seite suchen Kräfte der demokratischen Bewegung und der Arbeiterbewegung verstärkt nach selbständigen politischen Ausdrucks- und Organisationsformen und treiben damit die Linksentwicklung voran. Auf der anderen Seite beginnen Kräfte, die sich in der Zeit sozialdemokratischen Erfolgskurses – und dieser dauerte mit einigen Brüchen bis gegen Ende der siebziger Jahre an – der Sozialdemokratie aktiv oder passiv angeschlossen haben, Zweifel am sozialdemokratischen Reformkurs zu entwickeln und werden für die konservativ-reaktionäre Parole von der notwendigen Wende empfänglich – dies um so mehr, als die Sozialdemokratie dieser Parole theoretisch

und politisch wenig entgegenzusetzen hat und in der Regierung die Wende selber einleitet. Unter diesen Bedingungen verliert die Sozialdemokratie beides – Integrations- und Regierungsfähigkeit. Daher die Schärfe der Auseinandersetzung innerhalb der Sozialdemokratie bei gleichzeitigem Durchwursteln mit der Koalition in der Hoffnung auf bessere Zeiten. Diese zeichnen sich aber nicht ab.

Unter diesen Bedingungen droht selbst bei günstiger Entwicklung, d.h. selbst bei einer im wesentlichen ungebrochenen weiteren Linksentwicklung, eine Situation wie in Westberlin einzutreten: Während die konservativen und reaktionären Kräfte an der Spitze von CDU/CSU zwar keine Mehrheit finden, werden sie doch mit Hilfe von Teilen der FDP in die Regierung gehievt, um die Geschäfte der Bourgeoisie konsequenter, als die Sozialdemokratie dies gegenwärtig kann, allein oder im Bündnis mit den Liberalen zügig voranzutreiben. Eine solche Situation kann aufgrund der parlamentarischen Konstellation natürlich auch ohne Wahlen und vor 1983 herbeigeführt werden. Diese Entwicklung braucht sich zwar nicht lähmend auf die Linke im engeren Sinne und auf den Kern der Arbeiterbewegung auszuwirken, wohl aber kann sie sich auf die breite Basis der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung lähmend auswirken.

Die Gefahr ist groß, daß die Sozialdemokratie unter einstweiliger Fortsetzung der Koalition mit den Liberalen für die Bourgeoisie die ersten Kastanien aus dem Feuer holt, bis der Weg für eine CDU/CSU-Regierung mit oder ohne Liberale geebnet ist, nachdem die Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung in Desorientierung und Desorganisation getrieben worden sind. Dieser Gefahr gilt es zu begegnen. Dabei geht es um mehr als Wahlergebnisse, aber gerade deshalb auch um eine richtige Taktik gegenüber den Wahlen und um Wahlergebnisse, die die Bewegung fördern, statt zu hemmen.

2. Der KBW hat sich seit den Landtagswahlen in Hessen 1974 an den meisten Landtagswahlen und an den beiden Bundestagswahlen 1976 und 1980 mit eigener Kandidatur beteiligt. Bereits bei den Landtagswahlen 1974 zeichnete sich in den Wahlergebnissen deutlich ab, daß unsere Taktik nicht richtig sein konnte, denn es widerspricht allen üblichen Erfahrungen, gleichgültig welcher Parteien, daß wir weniger Stimmen erhielten, als wir Parteizeitungen vertrieben und Leute zu Aktionen mobilisieren konnten. Die fehlerhafte Taktik hing mit Fehlern der strategischen Konzeption zusammen und wurde von uns gerade deshalb da-

„Die Bundesleitung des KBW hält den folgenden Gesichtspunkt bei der Entwicklung einer Taktik gegenüber dem Parlament für grundlegend:

nisse, die die Bewegung fördern, statt zu hemmen.

2. Der KBW hat sich seit den Landtagswahlen in Hessen 1974 an den meisten Landtagswahlen und an den beiden Bundestagswahlen 1976 und 1980 mit eigener Kandidatur beteiligt. Bereits bei den Landtagswahlen 1974 zeichnete sich in den Wahlergebnissen deutlich ab, daß unsere Taktik nicht richtig sein konnte, denn es widerspricht allen üblichen Erfahrungen, gleichgültig welcher Parteien, daß wir weniger Stimmen erhielten, als wir Parteizeitungen vertrieben und Leute zu Aktionen mobilisieren konnten. Die fehlerhafte Taktik hing mit Fehlern der strategischen Konzeption zusammen und wurde von uns gerade deshalb da-

„Die Bundesleitung des KBW hält den folgenden Gesichtspunkt bei der Entwicklung einer Taktik gegenüber dem Parlament für grundlegend: die Selbständigkeit *der gesellschaftlichen Bewegung zu stärken und von dieser Bewegung* abhängige *Hebel zu schaffen."*

Holzschnitt von Gerd Arntz. aus: „werden", Jahrbuch für die Deutschen Gewerkschaften

mals keiner gründlichen Kritik unterzogen. Die Ursachen, warum wir unsere fehlerhafte Taktik bis 1980 mit immer schlechteren Erfahrungen unverändert beibehalten haben, lagen unter anderem in unserer Parteikonzeption und in unserer Einschätzung parlamentarischer Wahlen begründet. Aus unserer Parteikonzeption folgte, daß, wenn der KBW nicht zur Wahl stehe, die Partei der Arbeiterklasse keinen Ausdruck in den Wahlen finden könne, Revolution und Sozialismus im Wahlkampf nicht vertreten seien. Wenn unsere Wahlparole „Jede Stimme für den KBW ist eine Stimme für den Sozialismus" richtig gewesen wäre, dann wäre es im Umkehrschluß um den Sozialismus und erst recht den Kommunismus in der BRD und Westberlin wirklich schlecht bestellt. Wenn jede andere Stimmabgabe den Parteibildungsprozeß der Arbeiterklasse nicht zum Ausdruck bringen konnte, dann wäre es mit diesem Parteibildungsprozeß nicht weit her gewesen. Jedenfalls setzte eine Korrektur unserer Taktik zu den Parlamentswahlen eine Änderung unserer Parteikonzeption voraus, und solange wir diese nicht korrigierten, konnte eine Nichtbeteiligung an den Wahlen nur als Rückzug oder Kapitulation verstanden werden. Gleichzeitig verstanden wir Wahlbeteiligung wie evtl. Ausnutzung des Parlaments ausschließlich als propagandistische Aufgabe. Wahlergebnisse hatten den Sinn, den Einfluß der kommunistischen Propaganda zu messen, um bei schließlich geglückter Wahl das Parlament als Tribüne des Klassenkampfes, d.h. für klassenkämpferische Propaganda, zu nutzen. Diese Auffassung geht jedoch an den Tatsachen insofern vorbei, als das Parlament heute im Gegensatz zu den Zeiten des Wilhelminischen Reiches und des Zarismus die Regierung wählt und die Regierung dem Parlament verantwortlich ist. Also geht es bei parlamentarischen Wahlen immer um die Regierungsfrage und damit verbunden auch um Machtfragen. Dies, und weniger die 5%-Klausel, ist die Ursache dafür, daß politische Organisationen und politische Parteien, von denen sich die Massen im Parlament nichts versprechen als Propaganda, gleich gar nicht ins Parlament gewählt werden. Die 5%-Klausel wirkt dabei nur als zusätzliche Schranke.

Beide Konzeptionen, Parteikonzeption und Konzeption des Parlaments als bloße Tribüne für Propaganda (Schwatzbude), verhinderten, daß wir unsere Erfahrungen mit der Beteiligung an Parlamentswahlen gründlich auswerteten und uns überlegten, wie und auf welche Weise unter den Bedingungen der Linksentwicklung und dem Aufbau selbständiger Organe der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung, Parlamentswahlen und Parlament zur Machtentfaltung der Arbeiterbewegung und der Volksmassen genützt werden könnten. Nur unter diesem Aspekt der demokratischen Machtentfaltung können dann auch die prinzipiellen Schranken parlamentarischer Demokratie bei Fortexistenz der Diktatur der Bourgeoisie wie die bestimmten Schranken aufgrund des gegenwärtigen Entwicklungsstandes der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung einerseits und der Vorherrschaft der parlamentari-

gung an Parlamentswahlen gründlich auswerteten und uns überlegten, wie und auf welche Weise unter den Bedingungen der Linksentwicklung und dem Aufbau selbständiger Organe der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung, Parlamentswahlen und Parlament zur Machtentfaltung der Arbeiterbewegung und der Volksmassen genützt werden könnten. Nur unter diesem Aspekt der demokratischen Machtentfaltung können dann auch die prinzipiellen Schranken parlamentarischer Demokratie bei Fortexistenz der Diktatur der Bourgeoisie wie die bestimmten Schranken aufgrund des gegenwärtigen Entwicklungsstandes der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung einerseits und der Vorherrschaft der parlamentari-

schen Parteien andererseits theoretisch und praktisch ausgemacht werden, um daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Unter diesem Aspekt demokratischer Machtentfaltung und ihrer Schranken sind selbstverständlich die Erfahrungen von Millionenmassen mit der Regierungsbeteiligung der SPD wesentlich höher einzuschätzen als irgendeine Zählkandidatur von Kommunisten. Aber diese Erfahrungen müssen so lange ohne Konsequenz bleiben, wie links von der SPD keine Frontbildung stattfindet, die Parlamentswahlen und Parlament zur Machtentfaltung der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung nutzen können. Schritte der Machtentfaltung der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung können jedoch nicht entwickelt werden, wenn von der Frage der Regierungsbildung prinzipiell oder auch bloß vorübergehend völlig abstrahiert wird. Indem wir uns von unserer fehlerhaften Konzeption der Partei und kommunistischer Wahlbeteiligung lösen, können wir die wirklichen Probleme der gegenwärtigen Situation und der bevorstehenden Wahlen erfassen.

3. Um der Gefahr der politischen Lähmung durch den Zerschleiß der sozialdemokratischen Regierungsfähigkeit bei gleichzeitig drohender Regierungsübernahme der CDU/CSU entgegenzuwirken, müssen wir unsere Aufmerksamkeit wie die Aufmerksamkeit der Arbeiterbewegung auf folgende Punkte lenken, um hier positive Ergebnisse zu erzielen: Das wichtigste ist die Stärkung der politischen Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung, in der sich die Arbeiterklasse aufgrund ihrer elementaren gesellschaftlichen Interessen organisiert und die ihre eigentliche Machtposition in der bürgerlichen Gesellschaft ausmacht. Ebenfalls entscheidend ist die weitere Stärkung der Betriebsrätebewegung, die immer noch neue Bereiche und immer kleinere Betriebe erfaßt, während sich in den bereits existierenden Betriebsräten Umwälzungen und die politische Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung zunehmend Ausdruck verschaffen. Entsprechende Entwicklungen gibt es auch in anderen Teilen der lohnabhängigen Bevölkerung, sofern sie ausreichende objektive Anhaltspunkte zur Organisation bereits vorfinden; so haben sich in den letzten Jahren an den Universitäten Fachschaftsräte herausgebildet, während es der Bourgeoisie nicht gelungen ist, die Allgemeinen Studentenausschüsse zu beseitigen. Ähnliche, allerdings weniger weitgehende Entwicklungen lassen sich unter den Soldaten und den Schülern feststellen. Gewerkschaften und räteartige Vertretungsorgane sind nicht nur die wichtigsten Machtorgane der Arbeiterbewegung und der lohnabhängigen Bevölkerung, sondern auch entscheidende Hebel, um auf Parteien, Parlament und Regierung als Faktoren der parlamentarischen Demokratie politisch Einfluß zu nehmen. Sie sind Ausgangs- und Stützpunkte einer neuen politischen Frontbildung.

Von großer politischer Bedeutung sind auch die Ansätze von Organisationen und Vertretungsorganen, die sich in den Kämpfen der letzten Jahre auf örtlicher Ebene herausgebildet haben und in denen bestimmte Interessen wie

che, allerdings weniger weitgehende Entwicklungen lassen sich unter den Soldaten und den Schülern feststellen. Gewerkschaften und räteartige Vertretungsorgane sind nicht nur die wichtigsten Machtorgane der Arbeiterbewegung und der lohnabhängigen Bevölkerung, sondern auch entscheidende Hebel, um auf Parteien, Parlament und Regierung als Faktoren der parlamentarischen Demokratie politisch Einfluß zu nehmen. Sie sind Ausgangs- und Stützpunkte einer neuen politischen Frontbildung.

Von großer politischer Bedeutung sind auch die Ansätze von Organisationen und Vertretungsorganen, die sich in den Kämpfen der letzten Jahre auf örtlicher Ebene herausgebildet haben und in denen bestimmte Interessen wie

fortschrittliche politische Strömungen unter den Volksmassen sich organisieren, also Bürgerinitiativen, Mieterinitiativen usw.

Die Gewerkschaftsbewegung muß gegenwärtig verschärft die Erfahrung machen, daß sie bei der Verfolgung der Interessen der Arbeiterklasse nicht auf die parlamentarischen Parteien, sondern nur auf sich selber bauen kann und daß sie darauf in ihren ganzen Arbeitsmethoden und in ihrer Politik keineswegs ausreichend eingestellt ist. Die Gewerkschaftsbewegung ist immer noch weitgehend darauf ausgerichtet, über Vorstandserklärungen auf Parteien und Öffentlichkeit einzuwirken, während sich zunehmend zeigt, daß solche Erklärungen keine große Wirkung haben, weil sie nur selten Ausdruck einer politischen Strategie und der Mobilisierung und gründlichen Vereinheitlichung in der Gewerk-

schaftsbewegung selber sind, was erst selbständige Aktion erlauben würde und den Erklärungen von Vorständen das notwendige Gewicht geben könnte. Als Mangel stellt sich in dieser Situation auch heraus, daß die Gewerkschaften einseitig auf Betriebs- und Branchenebene organisiert sind und kaum lokale Organisationsstrukturen herausgebildet haben, die für politische Aktion tauglich sind. Mit der teilweise wachsenden Bedeutung der Ortskartelle zeichnet sich eine erste Reaktion auf diese Schwäche ab.

Die verschiedenen Bürgerinitiativen etc. sind zunächst meist auf relativ enge Interessen gegründet, was sich ebenfalls als Schwäche bemerkbar macht, sobald die Parteien die Umsetzung dieser Interessen blockieren und die allseitigen Fesseln der Staatsmacht bei der Verwirklichung auch jedes einzelnen Interesses spürbar werden.

Wenngleich die Kräfte also durchaus da sind, um angesichts der Krise der SPD und der drohenden „Wende" die Bewegung zu stärken, fehlt es noch an einer politischen Konzeption, um auf die Entwicklung in den Parteien, den Parlamenten und den Regierungen zu antworten.

Tatsächlich handelt es sich bei der Gefahr der Lähmung durch die Entwicklungen auf Parteien-, Parlaments- und Regierungsebene letzten Endes um programmatische und strategisch-konzeptionelle Schwächen der Arbeiterbewegung und der Linken, die unter den Bedingungen der BRD und Westberlins hauptsächlich ausgehend von den Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung behoben werden müssen, um von da aus eine Umgruppierung innerhalb der SPD, eine Neugruppierung der Kräfte links von der SPD und einen Einfluß auf die von der FDP und der CDU/CSU kontrollierten Kräfte zu erzielen. Während die Gewerkschaftsbewegung durchaus bereits die Fragestellungen aufgreift, die Ökologiebewegung und Friedensbewegung aufgeworfen haben, zeigen sich diese Bewegungen und die Linke noch erstaunlich gleichgültig gegenüber den wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Problemen, mit denen sich die Gewerkschaftsbewegung verstärkt herumschlagen muß und bei denen sie immer noch am ehesten in der Sozialdemokratie oder unter der traditionellen Linken Widerhall findet.

Zweifellos ist in den Gewerkschaften bereits eine programmatische und strategisch-konzeptionelle Auseinandersetzung um den Weg der Arbeiterbewegung wie der Gesellschaft insgesamt in Gang gekommen, in der sich die Gewerkschaften mehr als bisher als politisch selbständige Kraft definieren und artikulieren. Diese Debatte wird auf die SPD einwirken und dort die Umgruppierung der Kräfte nach links erleichtern, wie sie auch auf die Arbeiter und Lohnabhängigen unter Kontrolle der CDU und CSU Einfluß ausübt,

lins hauptsächlich ausgehend von den Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung behoben werden müssen, um von da aus eine Umgruppierung innerhalb der SPD, eine Neugruppierung der Kräfte links von der SPD und einen Einfluß auf die von der FDP und der CDU/CSU kontrollierten Kräfte zu erzielen. Während die Gewerkschaftsbewegung durchaus bereits die Fragestellungen aufgreift, die Ökologiebewegung und Friedensbewegung aufgeworfen haben, zeigen sich diese Bewegungen und die Linke noch erstaunlich gleichgültig gegenüber den wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Problemen, mit denen sich die Gewerkschaftsbewegung verstärkt herumschlagen muß und bei denen sie immer noch am ehesten in der Sozialdemokratie oder unter der traditionellen Linken Widerhall findet.
Zweifellos ist in den Gewerkschaften bereits eine programmatische und strategisch-konzeptionelle Auseinandersetzung um den Weg der Arbeiterbewegung wie der Gesellschaft insgesamt in Gang gekommen, in der sich die Gewerkschaften mehr als bisher als politisch selbständige Kraft definieren und artikulieren. Diese Debatte wird auf die SPD einwirken und dort die Umgruppierung der Kräfte nach links erleichtern, wie sie auch auf die Arbeiter und Lohnabhängigen unter Kontrolle der CDU und CSU Einfluß ausübt,
insbesondere wenn sie mit den notwendigen Kampfschritten gegen Kapitalisten und Regierungspolitik verbunden wird.

Demgegenüber ist der Versuch der Linken, auf diese Debatte Einfluß zu nehmen und gleichzeitig eine politische Sammlung links von der SPD einzuleiten, noch äußerst unterentwickelt und konzeptionell keineswegs geklärt.

4. Soll man versuchen, die SPD zu spalten oder nicht? Soll man die Sammlung links von der SPD unter grüner Flagge versuchen, soll man sich vorrangig auf Ökologie- und Friedensbewegung oder überhaupt auf die neuen sozialen Bewegungen stützen, oder soll man ein linkes Programm erarbeiten, das wesentlich an die Interessen der Arbeiterbewegung und der lohnabhängigen Bevölkerung anknüpft und von daher die Forderungen der Frauenbewegung, der Ökologie- und der Friedensbewegung faßt? Diese und zahlreiche Fragen im einzelnen müssen debattiert und geklärt werden, wenn nicht bewußtlos die Weichen für eine spontane Vertiefung der Spaltung gestellt werden sollen.

Zusammen mit anderen linken Kräften und Organisationen sieht der KBW seine Aufgabe darin, die Auseinandersetzung in der Gewerkschaftsbewegung, in der Sozialdemokratie und in der Linken aufeinander zu beziehen und für eine politische Frontbildung einzutreten, bei der die Kräfte links von der SPD sich selbständig auf einem demokratischen und sozialistischen Programm sammeln, um auf die Umgruppierung in der SPD Einfluß zu nehmen und in Verbindung mit einer solchen Umgruppierung insgesamt die Linksentwicklung weiter voranzubringen. Die Stoßrichtung einer solchen Frontbildung muß sich im Inneren gegen Kapital und Reaktion, international gegen die beiden Supermächte und ihre Blöcke wenden.

Von einer Hoffnung auf Spaltung der Sozialdemokratie halten wir nichts, wohl aber halten wir eine Umgruppierung der Kräfteverhältnisse innerhalb der Sozialdemokratie nach links für möglich und absehbar.

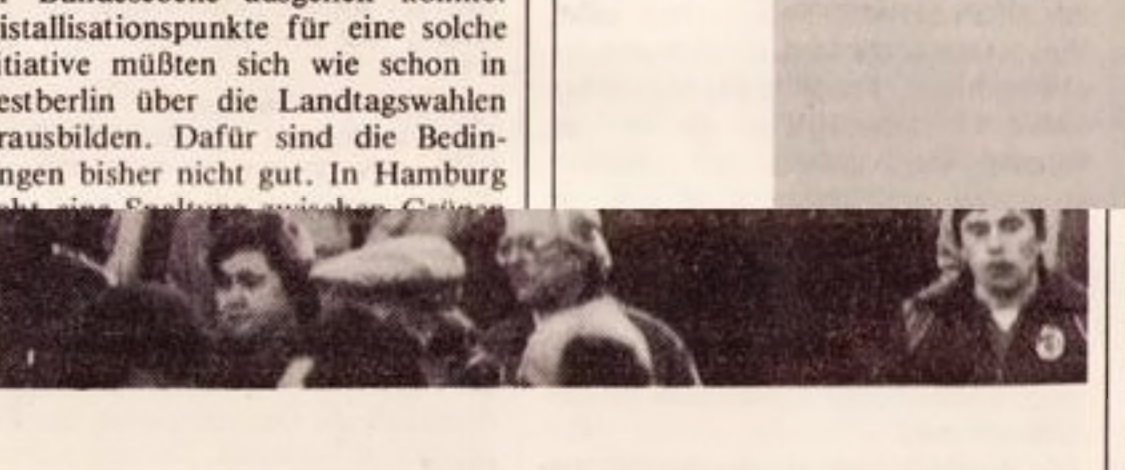
„Das wichtigste ist die Stärkung der politischen Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung, in der sich die Arbeiterklasse aufgrund ihrer elementaren gesellschaftlichen Interessen organisiert und die ihre eigentliche Machtposition in der bürgerlichen Gesellschaft ausmacht."



Eine Parteigründung im klassischen Sinn auf der Linken halten wir für verfehlt, eine Eingliederung der Grünen in eine linke Frontbildung für wünschbar. Das Beste wäre, wenn von den Grünen selber eine Initiative für eine solche Frontbildung ausginge, statt in Partei zu machen.

Zugeständnisse an die internationalen Auffassungen der DKP könnten für eine solche Frontbildung nur schädlich sein.

Um eine solche Frontbildung noch rechtzeitig vor den Bundestagswahlen einzuleiten, ist die Zeit bereits knapp, und es ist auch noch nicht abzusehen, von wem neben den Grünen auf der Linken eine entsprechende Initiative auf Bundesebene ausgehen könnte. Kristallisationspunkte für eine solche Initiative müßten sich wie schon in Westberlin über die Landtagswahlen herausbilden. Dafür sind die Bedingungen bisher nicht gut. In Hamburg



wohl aber halten wir eine Umgruppierung der Kräfteverhältnisse innerhalb der Sozialdemokratie nach links für möglich und absehbar.
Eine Parteigründung im klassischen Sinn auf der Linken halten wir für verfehlt, eine Eingliederung der Grünen in eine linke Frontbildung für wünschbar. Das Beste wäre, wenn von den Grünen selber eine Initiative für eine solche Frontbildung ausginge, statt in Partei zu machen.
Zugeständnisse an die internationalen Auffassungen der DKP könnten für eine solche Frontbildung nur schädlich sein.
Um eine solche Frontbildung noch rechtzeitig vor den Bundestagswahlen einzuleiten, ist die Zeit bereits knapp, und es ist auch noch nicht abzusehen, von wem neben den Grünen auf der Linken eine entsprechende Initiative auf Bundesebene ausgehen könnte. Kristallisationspunkte für eine solche Initiative müßten sich wie schon in Westberlin über die Landtagswahlen herausbilden. Dafür sind die Bedingungen bisher nicht gut. In Hamburg
droht eine Spaltung zwischen Grünen und den Kräften, die eine Alternative Liste anstreben, und in Hessen haben die Grünen bereits per Beschluß angekündigt, auf jeden Fall als Partei zu kandidieren. Von daher sind die Bedingungen bisher schlecht für eine politische Sammlung links von der Sozialdemokratie, die auch relevante Teile der Arbeiterbewegung umfassen könnte.

Dafür, ob es in der Sozialdemokratie selber noch vor den Bundestagswahlen zu einer sichtbaren und wirksamen Umgruppierung nach links kommt, dürften Verlauf und Ergebnis des nächsten Parteitages den Ausschlag geben. Es ist aber unwahrscheinlich, daß es noch rechtzeitig zu einer solchen Umgruppierung kommt, die bereits für die Bundestagswahlen eine neue Kräftekonstellation herbeiführen könnte. Der entscheidende Grund, warum eine solche rechtzeitige Umgruppierung unwahrscheinlich ist, liegt darin, daß sich die Linke in der SPD bisher zwar an den Motiven der Ökologie- und Friedensbewegung orientiert, für die politischen Bedürfnisse der Arbeiterbewegung und deren Fortschritt weder Gespür noch ausreichendes Interesse entwickelt. Die Arbeiterlinke in den Gewerkschaften und die Linke in der SPD entwickeln sich auseinander, so daß das Bündnis von Regierungssozialdemokratie und Gewerkschaften in der SPD immer noch funktioniert. Wo es deshalb wie in Baden-Württemberg oder Frankfurt zu einer solchen Umgruppierung der SPD nach links in gewissem Sinn bereits gekommen ist, hat diese weder zu einer Stärkung der Arbeiterbewegung noch zu einer Schwächung der Reaktion geführt. Eher im Gegenteil.

Die Ansätze politischer Neuorientierung der Gewerkschaftsbewegung werden zunächst weniger in die Sozialdemokratie hineinwirken, zielen auch nicht in erster Linie darauf ab, sondern auf eine Klärung der politischen Stellung der Gewerkschaftsbewegung selber. Dies ist einerseits zweifellos ein Fortschritt, weil es auf Stärkung der politischen Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung zielt, andererseits hemmt es die Ausbildung eines linken Flügels in der Sozialdemokratie, der in der Arbeiterbewegung fußen würde. Es behindert auch die Überwindung des teilweise illusorischen, teilweise pseudolinken Charakters der Politik, den die bisherige SPD-Linke betreibt.

Somit zeichnet sich eine Situation ab, in der die Arbeiterbewegung erstmals in der Nachkriegsgeschichte keinen politischen Ausdruck in den parlamentarischen Wahlen findet, den sie bisher in der Sozialdemokratie gefunden hat, was sich in einem Rückgang

Fortschritt, weil es auf Stärkung der politischen Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung zielt, andererseits hemmt es die Ausbildung eines linken Flügels in der Sozialdemokratie, der in der Arbeiterbewegung fußen würde. Es behindert auch die Überwindung des teilweise illusorischen, teilweise pseudolinken Charakters der Politik, den die bisherige SPD-Linke betreibt.
Somit zeichnet sich eine Situation ab, in der die Arbeiterbewegung erstmals in der Nachkriegsgeschichte keinen politischen Ausdruck in den parlamentarischen Wahlen findet, den sie bisher in der Sozialdemokratie gefunden hat, was sich in einem Rückgang

der Wahlbeteiligung niederschlagen kann, und in der, ohne daß die Linksentwicklung der Arbeiterbewegung und der Volksmassen gebrochen wäre, die Bourgeoisie auf parlamentarischer und Regierungsebene die angestrebte Wende mit einer konservativ-reaktionären Kräftegruppierung vollends vorantreiben kann.

Spätestens dann aber wird die Notwendigkeit einer Überprüfung von Programmatik und strategisch-politischer Konzeption auf seiten der Arbeiterbewegung und der Linken unabdingbar werden. Wir als Kommunisten werden richtig vorgehen, wenn wir unabhängig davon, ob diese Situation eintritt oder nicht, den Schwerpunkt unserer Arbeit bereits jetzt auf die entsprechenden Fragen konzentrieren und dabei in der Entwicklung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung unseren Ausgangspunkt nehmen, um die Verbindung mit den anderen Bewegungen zu suchen und zu festigen und zu einer linken Frontbildung beizutragen. Die revolutionär-kommunistische Linke hat in den letzten Jahren hauptsächlich der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung neue Bildungselemente zugeführt und soweit sie sich in der Bewegung verankert hat, hat sie sich gerade hier verankert, während sich andere Teile der Linken von der Arbeiterbewegung immer mehr gelöst oder sogar ausdrücklich abgewandt haben. Aufgrund unserer Geschichte sind wir eine der wenigen revolutionären und linken Organisationen, die eine solche Verbindung der Gewerkschaftsbewegung mit anderen Bewegungen fördern und zu dieser wesentlichen Aufgabe der nächsten Jahre einen gewissen Beitrag leisten können.

Aus all dem folgt:

In Vorbereitung der Bundestagswahlen konzentrieren wir unsere längerfristige Arbeit auf die Klärung der Hauptfragen der Programmatik und der strategisch-politischen Konzeption einer linken Frontbildung, die von den umfassenden Interessen der Arbeiterbewegung und der Lohnabhängigen ausgeht und die verschiedenen kämpfenden Bewegungen zusammenschließen, die Linksentwicklung der Arbeiterbewegung und der Volksmassen fördern und in Machtpositionen, einschließlich auf parlamentarischer und Regierungsebene zum Ausdruck bringen kann.

Mit diesem Ziel halten wir eine politische Sammlung der Linken für notwendig, die die politische Umgruppie-

dung der Gewerkschaftsbewegung mit anderen Bewegungen fördern und zu dieser wesentlichen Aufgabe der nächsten Jahre einen gewissen Beitrag leisten können.
Aus all dem folgt:
In Vorbereitung der Bundestagswahlen konzentrieren wir unsere längerfristige Arbeit auf die Klärung der Hauptfragen der Programmatik und der strategisch-politischen Konzeption einer linken Frontbildung, die von den umfassenden Interessen der Arbeiterbewegung und der Lohnabhängigen ausgeht und die verschiedenen kämpfenden Bewegungen zusammenschließen, die Linksentwicklung der Arbeiterbewegung und der Volksmassen fördern und in Machtpositionen, einschließlich auf parlamentarischer und Regierungsebene zum Ausdruck bringen kann.
Mit diesem Ziel halten wir eine politische Sammlung der Linken für notwendig, die die politische Umgruppie-

rung innerhalb der Sozialdemokratie erleichtern kann, unter anderem auch deshalb, weil sie der Linken in der SPD neue politische Bündnismöglichkeiten erschließt; eine Sammlung der Linken, die auch auf die programmatische und strategische Auseinandersetzung in der Arbeiterbewegung theoretischen und politischen Einfluß ausübt, indem sie deren Fragestellungen aufnimmt und weitere Gesichtspunkte in diese Debatte hineinträgt, der Arbeiterbewegung Bildungselemente zuführt.

Eine solche Frontbildung, die eine Sammlung der Linken sowie eine Umgruppierung der Sozialdemokratie beinhaltet und eine Wirkung auf Teile der Basis von CDU/CSU und FDP ausübt, muß ihre Stütze vor allem in den gesellschaftlichen Organisationen und Organen der Arbeiterbewegung und der Lohnabhängigen überhaupt finden, wird aber auch neue politische Formen und Bündnisse hervorbringen müssen.

Diese Frontbildung werden wir auch in den kommenden Wahlkämpfen auf Länder- und auf Bundesebene fördern und, soweit bereits in Gang, theoretisch und praktisch unterstützen. Die Wahlentscheidung im einzelnen ist demgegenüber untergeordnet und von den konkreten Bedingungen abhängig, die in der nächsten Zeit zustande kommen.

Auch wenn eine solche Frontbildung in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ihren Hauptträger und ausschlaggebenden Faktor haben wird, so ist die Auseinandersetzung unter der Linken und ihren politischen Organisationen, einschließlich der Jusos, Judos und der Linken in der Sozialdemokratie doch wesentlich, um eine entsprechende Initiative voranzubringen. Wir dürfen uns deshalb, auch wenn wir unsere Arbeit auf die Arbeiterbewegung und Gewerkschaftsbewegung konzentrieren, nicht auf diese Arbeit zurückziehen und beschränken.

In den letzten Jahren haben wir die Auseinandersetzung mit und in der Linken gering geschätzt und die programmatische und strategisch-konzeptionelle Auseinandersetzung in den Gewerkschaften nicht in ihrem ganzen Umfang aufgenommen, sondern uns nur für wenige Aspekte dieser Auseinandersetzung, hauptsächlich Fragen des Lohnkampfes, interessiert. Die gewerkschaftlichen und politischen Entwicklungen in anderen europäischen Ländern haben wir trotz eines relativ aufwendigen Korrespondentennetzes in ihren programmatischen und strategisch-konzeptionellen Aspekten kaum zur Kenntnis genommen. In den letzten Monaten haben wir in dieser Hinsicht innerhalb unserer Organisation einige Korrekturen durchgeführt. Diese Korrekturen im Inneren der Organisation müssen jetzt in der systematischen Beteiligung an der Auseinandersetzung in der Gewerkschaftsbewegung und der Linken münden. Dies der gan-

ist die Auseinandersetzung unter der Linken und ihren politischen Organisationen, einschließlich der Jusos, Judos und der Linken in der Sozialdemokratie doch wesentlich, um eine entsprechende Initiative voranzubringen. Wir dürfen uns deshalb, auch wenn wir unsere Arbeit auf die Arbeiterbewegung und Gewerkschaftsbewegung konzentrieren, nicht auf diese Arbeit zurückziehen und beschränken.
In den letzten Jahren haben wir die Auseinandersetzung mit und in der Linken gering geschätzt und die programmatische und strategisch-konzeptionelle Auseinandersetzung in den Gewerkschaften nicht in ihrem ganzen Umfang aufgenommen, sondern uns nur für wenige Aspekte dieser Auseinandersetzung, hauptsächlich Fragen des Lohnkampfes, interessiert. Die gewerkschaftlichen und politischen Entwicklungen in anderen europäischen Ländern haben wir trotz eines relativ aufwendigen Korrespondentennetzes in ihren programmatischen und strategisch-konzeptionellen Aspekten kaum zur Kenntnis genommen. In den letzten Monaten haben wir in dieser Hinsicht innerhalb unserer Organisation einige Korrekturen durchgeführt. Diese Korrekturen im Inneren der Organisation müssen jetzt in der systematischen Beteiligung an der Auseinandersetzung in der Gewerkschaftsbewegung und der Linken münden. Dies der gan-
zen Organisation und allen ihren Mitgliedern zu erleichtern, wird die Hauptaufgabe des nächsten ZK auch in bezug auf die Vorbereitung der Bundestagswahlen sein.

Das bedeutet keine Abkehr von der Praxis, sondern eine Konzentration auf die wesentlichen Fragen, die der Praxis der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung selber entspringen.

Solche Fragen sind:

Was sind die wichtigsten Widersprüche in der gegenwärtigen Entwicklung der Welt und der kapitalistischen Krise, welche Kräfte setzen sie im Äußeren und im Inneren in Bewegung, was sind die Hauptkräfte der Veränderung und des Fortschritts?

Welche Hauptfronten des Klassenkampfes haben sich herausgebildet? Welche neuen Bündnisse sind möglich, auf welche Organisationen und Organe können sich diese Bündnisse stützen, welche neuen politischen Formen und Frontbildungen zeichnen sich ab und lassen sich bereits bewußt in Angriff nehmen?

Welche Züge der zukünftigen Gesellschaft zeichnen sich bereits in der gegenwärtigen Entwicklung ab, was für Möglichkeiten gibt es, diese Züge zu fördern und gegenläufige Entwicklungen einzuschränken?

Außerhalb wie innerhalb unserer Organisation sind diese Fragen bereits in Debatte. Durch ihre systematische Untersuchung kann ein Aktionsprogramm einer linken Front erarbeitet werden, einschließlich der Schritte demokratischer Machtentfaltung, um es zu verwirklichen.

Niedersachsen vor Landtagswahlen

Grüne rücken Friedens- und Wirtschaftspolitik in den Vordergrund

Am 21. März sind Landtagswahlen in Niedersachsen. Neben den beiden Parlamentsparteien CDU und SPD kandidieren die FDP (die seit den letzten Wahlen nicht mehr im Parlament vertreten ist), die DKP, die NPD, die Grünen und die EAP. In vier Wahlkreisen hat der BWK Kandidaten aufgestellt und ruft im übrigen auf, gegen die CDU zu stimmen. Die SPD hat in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes einen Vorschlag für ein Beschäftigungsprogramm gestellt, zu dessen Finanzierung der Förderzins der niedersächsischen Erdölförderung herangezogen werden soll. Wir veröffentlichen hier ein Interview mit Manfred Gottlich, dem Landesvorsitzenden der Grünen in Niedersachsen.

Warum haben die Grünen keine Versammlung für die Bildung einer alternativen Liste zu den Landtagswahlen durchgeführt?

Gottlich: Der Landesvorstand hat sofort nach Bekanntmachung des Wahltermins die Kreisverbände aufgefordert, sich für die Initiativen erneut zu öffnen. Das geschah, obwohl es nach der Kommunalwahl auf Grund des Hickhacks in einigen Wählergemeinschaften in den betroffenen Kreisverbänden erhebliche Widerstände dagegen gab. Der Landesvorstand hat keine Kompetenz – wegen der Prinzipien Bassisdemokratie und Dezentralität – eine Versammlung von alternativen Listen auf Landesebene durchzuziehen. Außerdem sind wir der Meinung, daß auch linke und marxistische Positionen bei uns ihren Platz finden können, so lange sie sich an das Prinzip *Gewaltfreiheit* halten.

Warum hat keiner außerhalb der Grünen, so weit ich weiß, an der Erarbeitung des Programms mitgearbeitet?

G.: Auf und zu der Landesdelegiertenkonferenz in Braunschweig wurde ausdrücklich zur Mitarbeit am Programm öffentlich aufgerufen. Gebrauch gemacht hat davon der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, vor allem auf dem Ökoseminar am 12./13. Dezember 1981.

Welche Bedeutung hat das Programm für die Grünen und für die demokratische Bewegung deiner Meinung nach?

G.: Das Programm stellt deutlich die Teile Arbeitsplätze, Industrieansiedlung, Frieden heraus. Die Bedeutung für demokratische Bewegungen liegt darin, daß wir vom Landtag aus sehr viel mehr Druck auf die Etablierten in Richtung Basisdemokratie (z.B. in der Wirtschaft: selbstbestimmte Betriebe und Genossenschaften) auszuüben in der Lage sind.

Ist das Programm für die Arbeiterbewegung ein Fortschritt?

G.: Unser Programm kann für die Arbeiterbewegung ein Fortschritt sein, wenn es uns gelingt, wesentliche Ziele der Arbeiterbewegung in die Arbeit der Grünen einzubringen, und zwar so, daß der ökologische Rahmen gleichberechtigt bestehen bleibt. Die gesellschaftlichen Widersprüche machen sich nicht nur am Eigentumsbegriff fest, sondern auch in Fragen der Ökologie. Der reale Sozialismus zeigt deutlich, daß es unzureichend ist, das Eigentum in „staatliches" zu übertragen und weiter betriebswirtschaftlich im hergebrachten Sinne zu kalkulieren.

Wollen die Grünen eigentlich zu einer Frontbildung von Arbeiterbewegung und demokratischer Bewegung bewußt beitragen oder wie sehen sie das?

G.: Wir wollen keine Frontbildung, werden aber da die Arbeiterbewegung unablässig kritisieren, wo sie meint, mit Waffenproduktion, Atomanlagen oder Ruin der Gesundheit Geschäfte machen zu müssen. Da gibt es bei uns nur Unverständnis, wo Betriebsräte mit Unternehmern gemeinsame Sache machen, um obskurer Arbeitsplätze willen.

Meinst du nicht, daß die Grünen zu wenig in den Gewerkschaften arbeiten?

G.: Es bessert sich gerade.

Kandidieren außer in Braunschweig auch unabhängige Kandidaten bei den Grünen mit?

G.: Weiß ich nicht genau, darüber existiert keine Dokumentation.



kvz. Mehr als 2500 Menschen demonstrierten während des SPD-Bezirksparteitags der SPD Ostwestfalen-Lippe in Paderborn zur Paderhalle, wo die Delegierten versammelt waren. Die Demonstration stand unter dem Motto „Gemeinsam gegen die atomare Bedrohung". Auf der Kundgebung sprach neben Gert Bastian auch der Paderborner Bundestagsabgeordnete der SPD, Klaus Thüsing, der gleichzeitig am Parteitag teilnahm. Vor den Demonstanten hatte Thüsing weniger Unterstützung als nachher auf dem Parteitag. Die Delegierten begrüßten ausdrücklich die Demonstration der Friedensinitiativen, auf Antrag der Jusos und gegen den Vorstand. Thüsing selbst wurde erneut in den Vorstand gewählt. Neben der knappen Abstimmung gegen den Doppelbeschluß stand vor allem die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung im Mittelpunkt. Das Beschäftigungsprogramm kritisierten die Delegierten als kurzfristig und forderten stattdessen langfristige strukturelle Verbesserungen. Die Finanzierung solle, entsprechend dem Vorschlag des DGB, vor allem durch eine befristete Ergänzungsabgabe und eine Arbeitsmarktabgabe geschehen. Auch die schrittweise Einführung der 35-Stundenwoche wurde verlangt.

Im Wortlaut

Macht den Krefelder Appell zu einer Volksabstimmung!

Erklärung der Initiatoren des Krefelder Appells

In diesem Jahr werden die Weichen für oder gegen eine Aufstellung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen der USA in Europa, hauptsächlich in unserem Land, endgültig gestellt.

In diesem Jahr muß deshalb der Krefelder Appell zu einer Volksabstimmung

Ein Fortschritt?

gkr. Wir dokumentieren nebenstehend die Erklärung, mit der die Initiatoren auf die Debatte in der Friedensbewegung um den weiteren Weg, um die Möglichkeiten nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen reagierten. Zwei Dinge erscheinen an dieser Erklärung, die sicherlich auch längst nicht von allen Grünen zusammen mit Petra Kelly unterstützt wird, bemerkenswert:

1. Die Stellungnahme zu Polen ist so windelweich, daß sich tatsächlich auch die DKP darunter verkriechen kann.

Veranstaltungen

Frankfurt
Diskussionsforum „Alternative Wirtschaftspolitik und die Notwendigkeit eines sozialistischen Gesamtprogramms" mit Hans-Gerhart Schmierer, ein Vertreter der SOST. Zur Vorbereitung können die entsprechenden Artikel in Kommunismus und Klassenkampf 12/1981 und 1/1982 dienen. Haus der Jugend, Deutschherrenufer
Freitag, 26.2.1982, 19.30 Uhr

Arbeitsgruppen

Bildungswesen
(siehe KVZ 5/1982)
Beginn: Samstag, 27.2.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, gegen 16.00 Uhr

Imperialismus
(siehe KVZ 5/1982. Bei den Hinweisen dort muß es „Arbeitsgruppe Imperialismus" anstatt „Arbeitsgruppe Sozialismus" heißen)
Beginn: Samstag, 27.2.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, gegen 13.00 Uhr

bei uns ihren Platz finden können, so lange sie sich an das Prinzip *Gewaltfreiheit* halten.

Warum hat keiner außerhalb der Grünen, so weit ich weiß, an der Erarbeitung des Programms mitgearbeitet?

und Genossenschaften) auszuüben in der Lage sind.

Ist das Programm für die Arbeiterbewegung ein Fortschritt?

G.: Unser Programm kann für die Arbeiterbewegung ein Fortschritt sein,

G.: Es bessert sich gerade.

Kandidieren außer in Braunschweig auch unabhängige Kandidaten bei den Grünen mit?

G.: Weiß ich nicht genau, darüber existiert keine Dokumentation.

gegen die atomare Bedrohung". Auf der Kundgebung sprach neben Gert Bastian auch der Paderborner Bundestagsabgeordnete der SPD, Klaus Thüsing, der gleichzeitig am Parteitag teilnahm. Vor den Demonstanten hatte Thüsing weniger Unterstützung als nachher auf dem Parteitag. Die Delegierten begrüßten ausdrücklich die Demonstration der Friedensinitiativen, auf Antrag der Jusos und gegen den Vorstand. Thüsing selbst wurde erneut in den Vorstand gewählt. Neben der knappen Abstimmung gegen den Doppelbeschluß stand vor allem die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung im Mittelpunkt. Das Beschäftigungsprogramm kritisierten die Delegierten als kurzfristig und forderten stattdessen langfristige strukturelle Verbesserungen. Die Finanzierung solle, entsprechend dem Vorschlag des DGB, vor allem durch eine befristete Ergänzungsabgabe und eine Arbeitsmarktabgabe geschehen. Auch die schrittweise Einführung der 35-Stundenwoche wurde verlangt.

Im Wortlaut

Macht den Krefelder Appell zu einer Volksabstimmung!

Erklärung der Initiatoren des Krefelder Appells

In diesem Jahr werden die Weichen für oder gegen eine Aufstellung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen der USA in Europa, hauptsächlich in unserem Land, endgültig gestellt.

In diesem Jahr muß deshalb der Krefelder Appell zu einer Volksabstimmung
gegen die Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern auf deutschem Boden werden.

Darum dürfen wir nicht erlauben, daß die Tragödie des polnischen Volkes, für das wir eine aus schwerer Schuld entstandene geschichtliche Verantwortung tragen, dazu mißbraucht wird, die eigentliche Schicksalsfrage der europäischen Völker zu verdecken. Nämlich die Frage, ob wir zulassen oder verhindern, daß mit immer mehr Nuklearwaffen in Europa der Untergang unseres Kontinents in einem nuklearen Krieg wahrscheinlicher wird.

Unsere Verantwortung für die Zukunft des eigenen Volkes und seiner Nachbarn, unsere Verbundenheit mit den osteuropäischen Völkern und die Notwendigkeit eines friedlichen Zusammenlebens aller in einem freien und unabhängigen Europa im Geiste der Schlußakte von Helsinki erfordern unsere Entscheidung gegen jede Mitwirkung an der Fortsetzung des nuklearen Wettrüstens. Denn mehr Rüstung muß die Spaltung Europas in zwei gegeneinanderstehende Militärblöcke vertiefen. Nur durch Rüstungsverzicht und Abrüstung kann diese Blockbildung letztlich überwunden werden.

Polen bedauern und gleichzeitig mehr Rüstung fordern, ist darum blanke Heuchelei. Polen helfen, heißt Bedingungen schaffen, die die NATO und den Warschauer Pakt ebenso unnötig machen wie fremde Truppen in den Ländern Ost- und Westeuropas.

Die Verweigerung neuer Nuklearwaffen auf unserem Boden ist nur ein erster, aber gerade darum unerläßlicher Schritt auf dem langen Weg zu diesem Ziel.

Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Tragen Sie durch die unüberhörbare Bekundung dieses Willens dazu bei, daß dieser Schritt von unserer Regierung in diesem Jahr getan und nicht in blindem Vertrauen auf einen Erfolg der Genfer Verhandlungen noch länger aufgeschoben wird!

Machen Sie den Krefelder Appell mit Ihrer Unterschrift zur Volksabstimmung gegen eine für unsere Sicherheit nicht erforderliche, jedoch mit untragbaren Risiken für die europäischen Völker verknüpfte „Nachrüstung"!

Beteiligen Sie sich an den Ostermärschen 1982, mit denen im ganzen Land gegen Nuklearwaffen auf deutschem Boden protestiert wird!

Beweisen Sie bei allen Veranstaltungen der Friedensbewegung Ihre Entschlossenheit, eine nukleare Aufrüstung unseres Landes nicht zuzulassen!

Köln, Januar 1982

Gert Bastian, Petra K. Kelly, D. Martin Niemöller, Helmut Ridder, Christoph Strässer, Gösta von Uexhüll, Josef Weber

Ein Fortschritt?

gkr. Wir dokumentieren nebenstehend die Erklärung, mit der die Initiatoren auf die Debatte in der Friedensbewegung um den weiteren Weg, um die Möglichkeiten nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen reagierten. Zwei Dinge erscheinen an dieser Erklärung, die sicherlich auch längst nicht von allen Grünen zusammen mit Petra Kelly unterstützt wird, bemerkenswert:

1. Die Stellungnahme zu Polen ist so windelweich, daß sich tatsächlich auch die DKP darunter verkriechen kann.
Was ist denn die in der Erklärung angesprochene „Tragödie des polnischen Volkes"? Ist es etwa, wie die DKP behauptet, die Tragödie, daß „Solidarność" zu weit gegangen ist und ein drohener Bürgerkrieg nur durch das Kriegsrecht zu verhindern war? „Polen bedauern und gleichzeitig mehr Rüstung fordern", gegen wen wendet sich das? Nur gegen die Reaktionäre, gegen Reagan und Co.? Oder nicht auch gegen einen Teil der Friedensbewegung, der den Kampf des polnischen Volkes unterstützt? Was ist die „eigentliche Schicksalsfrage der europäischen Völker"? Egal, ob und von wem unterdrückt, Hauptsache, keine Kernwaffen – diese Strategie ist zynisch, produziert sie doch zur Rechtfertigung der Unterdrückung einen Gegensatz, der so nicht besteht.

2. In einer Situation, in der allenthalben in der Friedensbewegung eine breite Debatte über die Ziele, über eine Strategie, wie sie erreicht werden können, geführt wird, in der Aufrufe, auf denen sich Initiativen gegründet haben, meist nur noch eine geringe Rolle spielen, in der deshalb und aus der allgemeinen politischen Entwicklung heraus der Krefelder Appell überholt ist, soll ihm neues Leben zugeführt werden mit der wohl absichtsvoll verwaschen gehaltenen Forderung, er müsse zu einer Volksabstimmung gemacht werden. Wie denn? Die Gegner der Startbahn West haben in ihrer Sache einen Gesetzentwurf vorgelegt, sie haben es ernsthaft betrieben. Soll das beim Krefelder Appell ähnlich gehen, oder soll es dadurch gehen, daß immer mehr Menschen unterschreiben? Es ist erfreulich, daß auch schon zu den Ostermärschen an der Überwindung ähnlicher Aufrufe gearbeitet wird.

Veranstaltungen

Frankfurt
Diskussionsforum „Alternative Wirtschaftspolitik und die Notwendigkeit eines sozialistischen Gesamtprogramms" mit Hans-Gerhart Schmierer, ein Vertreter der SOST. Zur Vorbereitung können die entsprechenden Artikel in Kommunismus und Klassenkampf 12/1981 und 1/1982 dienen. Haus der Jugend, Deutschherrenufer
Freitag, 26.2.1982, 19.30 Uhr

Feier zum 17. Jahrestag der Palästinensischen Revolution mit Abdallah Frangi, Vertreter der PLO in der BRD, Kulturbeiträgen, Veranstalter: Palästinensischer Arbeiterverein Frankfurt. Haus der Jugend, Deutschherrenufer, Festsaal
Sonntag, 21.2.1982, 15.30 Uhr

Kiel
Diskussionsveranstaltung „Wirtschaftliche und politische Entwicklung – Aufgaben der Arbeiterbewegung". Der Debatte soll der Artikel „Reform und Revolution" von Hans-Gerhart Schmierer in Kommunismus und Klassenkampf 1/1982 zugrunde gelegt werden. „Zum Fürsten", Ecke Kronshagener Weg / Hasseldieksdammer Weg
Freitag, 26.2.1982, 19.30 Uhr

Offenburg
Arbeitskreis Frieden, theoretische Diskussion über die Perspektiven der Friedensbewegung (Blockfreiheit). Volkshochschule
Samstag, 27.2.1982, 14.00 Uhr

Arbeitsgruppen

Bildungswesen
(siehe KVZ 5/1982)
Beginn: Samstag, 27.2.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, gegen 16.00 Uhr

Imperialismus
(siehe KVZ 5/1982. Bei den Hinweisen dort muß es „Arbeitsgruppe Imperialismus" anstatt „Arbeitsgruppe Sozialismus" heißen)
Beginn: Samstag, 27.2.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, gegen 13.00 Uhr

Wohnungspolitik
(siehe letzte KVZ)
Beginn: Samstag, 6.3.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, gegen 16.00 Uhr

Achtung: Zu allen Arbeitsgruppen ist eine Anmeldung spätestens eine Woche vorher notwendig!

Die Arbeitsgruppen finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstraße 147, Telefon: 0611/730231. Weitere Informationen sind dort ebenfalls erhältlich

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Gerd Koenen, cof, chm · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM, Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234
ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Tausende nehmen teil an Trauerfeier für Gewerkschafter

chm. Der in den Gefängnissen des südafrikanischen Kolonialregimes umgekommene Gewerkschaft Neil Aggett ist am Samstg in Johannesburg beigesetzt worden. An den Trauerfeiern nahmen mehrere tausend Arbeiter teil, die auch dann den Sarg bis zum 15 km weit entfernten Friedhof begleiteten. Fahnen des von der südafrikanischen Regierung verbotenen und verfolgten ANC, African National Congress, wurden mitgetragen und revolutionäre Lieder gesungen. An dem Trauerzug beteiligten sich auch viele weiße Südafrikaner. Aggett, der sich seit November im Gefängnis befand, hatte 69 Tage in Einzelhaft verbringen müssen. Die Polizei behauptet, er sei erhängt vorgefunden worden. Der Justizminister hat sich im Parlament rundheraus geweigert, auf die Forderung der Oppositionssprecherin, Helen Suzman, einzugehen, die Ergebnisse der Autopsie bekanntzugeben. Der Tod Aggetts, der zu den weißen Gewerkschaftern gehörte, die die schwarzen Arbeiter in ihrem Kampf gegen das Apartheidsystem unterstützen und deswegen verhaftet worden war, hat die Aufmerksamkeit auf zweierlei gelenkt: auf das in Südafrika seit kurzem eingeführte Instrument des „unbefristeten Polizeigewahrsams", wo Gefangene in totaler Isolation und ohne Rechtsbeistand geschweige denn eine offiziellen Anklageerhebung, beliebig lange gefangengehalten werden können. Sprecher der „Komitees der Eltern der Polizeihäftlinge" haben die Lage ihrer Angehörigen bei den Protestversammlungen geschildert. Zum zweiten hat Aggetts Tod deutlich gemacht, daß die sog. „Sicherheitsgesetze" – ähnlich wie die von der israelischen Regierung gegen die Palästinenser angewendeten, von der britischen Mandatsregierung übernommenen „Emergency Regulations" – auch jederzeit gegen *die* Weißen angewendet werden, die den gerechten Kampf der schwarzen Bevölkerung gegen ihre nationale und soziale Unterdrückung unterstützen. – Vor der Trauerfeier hatten die Gewerkschaften für den Donnerstagnachmittag, den 11.2., zu einem halbstündigen nationalen Generalstreik, dem ersten in der Geschichte des Landes, aufgerufen, der fast vollständig durchgeführt worden ist, obwohl einige weiße Kapitalisten den Arbeitern mit Entlassungen gedroht hatten.

Berichte aus Syrien immer noch widersprüchlich

chm. Die Informationen, die aus Syrien kommen über den Aufstand in den syrischen Städten Hama, Homs, Aleppo und Latakiya sind recht widersprüchlich und lassen einen im Unklaren über den Stand der Dinge, sowohl was das Ausmaß der Erhebung als auch was die Beteiligung der Bevölkerung und die unmittelbaren Ziele des Aufstands betrifft. Fest steht, daß am

testversammlungen geschildert. Zum zweiten hat Aggetts Tod deutlich gemacht, daß die sog. „Sicherheitsgesetze" – ähnlich wie die von der israelischen Regierung gegen die Palästinenser angewendeten, von der britischen Mandatsregierung übernommenen „Emergency Regulations" – auch jederzeit gegen *die* Weißen angewendet werden, die den gerechten Kampf der schwarzen Bevölkerung gegen ihre nationale und soziale Unterdrückung unterstützen. – Vor der Trauerfeier hatten die Gewerkschaften für den Donnerstagnachmittag, den 11.2., zu einem halbstündigen nationalen Generalstreik, dem ersten in der Geschichte des Landes, aufgerufen, der fast vollständig durchgeführt worden ist, obwohl einige weiße Kapitalisten den Arbeitern mit Entlassungen gedroht hatten.

Berichte aus Syrien immer noch widersprüchlich

chm. Die Informationen, die aus Syrien kommen über den Aufstand in den syrischen Städten Hama, Homs, Aleppo und Latakiya sind recht widersprüchlich und lassen einen im Unklaren über den Stand der Dinge, sowohl was das Ausmaß der Erhebung als auch was die Beteiligung der Bevölkerung und die unmittelbaren Ziele des Aufstands betrifft. Fest steht, daß am
2.2. unter Führung der paramilitärischen Verbände der Organisation der Moslembrüder, „Avantgarde der Moslembrüder" genannt, Rundfunkgebäude, Polizei- und Armeeposten und der Sitz der regierenden Baath-Partei gestürmt und eingenommen worden sind. Die ersten Nachrichten darüber verkündete das amerikanische Außenministerium am 10.2., was für sich genommen eine flagrante Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Landes ist. Die Dementis der syrischen Regierung nutzten nicht viel, weil offensichtlich in weiteren drei Städten, also in Homs, Aleppo und Latakiya, ähnliches im Gange war.

Der Versuch, den Aufstand mit brutalem Armeeinsatz zu ersticken, mißlang. Die 47. Panzerdivision, die in Hama stationiert ist, soll sich mehrheitlich dem Aufstand angeschlossen haben. Die Spezialeinheit Nr. 21, von Assads Bruder Rifaat befehligt, konnte nicht wirksam eingesetzt werden, weil sie durch die Sprengung einer der über den Orontesfluß führenden Brücken in zwei Teile gespalten worden ist. Marineeinheiten der Hafenstadt Latakiya sollen auch rebelliert haben, ebenso haben Teile der Luftwaffe, die in Palmyra im Inneren des Landes stationiert sind, den Einsatz gegen die Stadt verweigert.

Heute, eine knappe Woche nach Bekanntwerden der Nachrichten, sieht es so aus, als sei außer in Hama überall sonst Ruhe im Lande durchgesetzt worden. In Hama wird noch gekämpft – von Haus zu Haus.

Prozeß gegen spanische Putschisten im März

kvz. Zum dritten Mal ist der Prozeß gegen die 33 Putschisten vom 23. Februar letzten Jahres verschoben worden. Die Regierung hat fast 1 Jahr gebraucht, um eine Taktik zu finden, die weder die nach wie vor vorhandenen Putschgelüste rechter Militärs anheizt, noch den Wunsch des Volks nach Freiheit, Demokratie und Verfassung, wofür vor Jahresfrist Millionen Spanier auf die Straße gegangen waren, allzusehr verletzt und außerdem keine Flecken auf des Königs Weste hinterläßt. Regierung und Militärs wollen das offensichtlich dadurch sicherstellen, daß der Hauptmann Tejero, der die Cortes stürmte, als Hauptschuldiger präsentiert wird, während die ranghöheren Generäle mit Strafen unter 6 Jahren davonkommen sollen. Das würde dem Putschverantwortlichen von Valencia Milan del Bosch, dem General Armada, der offenbar mit Wissen von Juan Carlos für die Rückführung auf einen „weichen Putsch" sorgte, und dem Hauptmann San Martin die Entlassung aus dem Militärdienst ersparen und vielleicht einer neuen Putschwelle entgegenwirken. Mit der Auswechslung der Spitze des Generalstabs hat die spanische Regierung vor 2 Wochen eine weitere Maßnahme zur Sicherung einer verfassungstreuen Militärspitze ergriffen. Bis zum Abschluß des Prozesses scheint sich zwischen Regierung und Opposition wenig zu bewegen – gemeinsames

kvz. Zum dritten Mal ist der Prozeß gegen die 33 Putschisten vom 23. Februar letzten Jahres verschoben worden. Die Regierung hat fast 1 Jahr gebraucht, um eine Taktik zu finden, die weder die nach wie vor vorhandenen Putschgelüste rechter Militärs anheizt, noch den Wunsch des Volks nach Freiheit, Demokratie und Verfassung, wofür vor Jahresfrist Millionen Spanier auf die Straße gegangen waren, allzusehr verletzt und außerdem keine Flecken auf des Königs Weste hinterläßt. Regierung und Militärs wollen das offensichtlich dadurch sicherstellen, daß der Hauptmann Tejero, der die Cortes stürmte, als Hauptschuldiger präsentiert wird, während die ranghöheren Generäle mit Strafen unter 6 Jahren davonkommen sollen. Das würde dem Putschverantwortlichen von Valencia Milan del Bosch, dem General Armada, der offenbar mit Wissen von Juan Carlos für die Rückführung auf einen „weichen Putsch" sorgte, und dem Hauptmann San Martin die Entlassung aus dem Militärdienst ersparen und vielleicht einer neuen Putschwelle entgegenwirken. Mit der Auswechslung der Spitze des Generalstabs hat die spanische Regierung vor 2 Wochen eine weitere Maßnahme zur Sicherung einer verfassungstreuen Militärspitze ergriffen. Bis zum Abschluß des Prozesses scheint sich zwischen Regierung und Opposition wenig zu bewegen – gemeinsames
Ziel: die freie Abhaltung der – eventuell vorgezogenen – nächsten Wahlen.

„Der Winter gehört euch, das Frühjahr uns"

Der Widerstand in Polen formiert sich / Fortschreitende Militarisierung

Trotz aller Demonstrationen der bewaffneten Macht sind die Aufrufe der „Solidarität"-Führer an die Bevölkerung, am 13. Februar, zwei Monate nach Beginn des Kriegsrechts, durch Anlegen schwarzer Armbinden und auf andere Weise den Widerstand zu unterstützen, offenbar vielerorts befolgt worden. In Poznań wurde eine stille Kundgebung am Mickiewicz-Denkmal sofort nach Beginn von der Miliz überfallen, 194 überwiegend Jugendliche wurden festgenommen und 160 im Schnellverfahren verknackt. (Auf ähnliche Weise sind nach der Demonstration am 30. Januar in Danzig über 200 vor Militärgerichten abgeurteilt worden.) In Swiednik bei Lublin, wo sich ein großes Flugzeugwerk befindet, haben Augenzeugenberichten zufolge 6000 Frauen und Kinder einen stummen Marsch durch die Stadt veranstaltet. In Krakau und Wroclaw habe es ebenfalls Kundgebungen gegeben. Aus Lódz ist nachträglich ein Marsch von Frauen, meist Textilarbeiterinnen, am 1. Februar gegen die Preiserhöhungen bekannt geworden.

Bei alledem muß man die Fortdauer des Kriegsrechts praktisch mit bedenken. Nach wie vor sind die Kommunikationen zwischen den Städten und Regionen Polens weitgehend unterbrochen: Telefon nur nach individueller Anmeldung beim Fernamt; Autoverkehr nur mit Sondergenehmigung; Pakete müssen unter der Aufsicht von Postbeamten am Schalter gepackt werden; etc. Klar ist freilich, daß die Widerstandsmöglichkeiten momentan beschränkt sind. Ein Besuch von westlichen Journalisten – natürlich unter militärischer „Führung" – in Danzig hat ergeben, daß in den Werften und im Hafen gearbeitet wird, soweit sichtbar. Auf der Lenin-Werft hat sich die Belegschaft um 600 verringert. Die Arbeiter gingen der Pressemeute aus dem Weg. Einzelne scheuten sich aber auch nicht, vor gezückten Notizbüchern und Mikrophonen festzustellen, daß die „Solidarität" wieder hermüsse. Ohne Gewerkschaft sind wir Sklaven, sagte einer. „Die große Stärke der Sache der „Solidarität" ... ist vor allem diese ruhige, sichere Art, in der die einfachen Arbeiter von der Tatsache sprechen, daß die Gewerkschaft wieder kommt", schlußfolgerte der Korrespondent Christopher Bobinski (Financial Times, 11.2.). Mehrfach der Kreidespruch an der Wand: „Der Winter gehört euch, das Frühjahr uns."

Vor allem die Jugend bildet in Kategorien des Widerstands, des Untergrundkampfs vergangener Zeiten, hat

kationen zwischen den Städten und Regionen Polens weitgehend unterbrochen: Telefon nur nach individueller Anmeldung beim Fernamt; Autoverkehr nur mit Sondergenehmigung; Pakete müssen unter der Aufsicht von Postbeamten am Schalter gepackt werden; etc. Klar ist freilich, daß die Widerstandsmöglichkeiten momentan beschränkt sind. Ein Besuch von westlichen Journalisten – natürlich unter militärischer „Führung" – in Danzig hat ergeben, daß in den Werften und im Hafen gearbeitet wird, soweit sichtbar. Auf der Lenin-Werft hat sich die Belegschaft um 600 verringert. Die Arbeiter gingen der Pressemeute aus dem Weg. Einzelne scheuten sich aber auch nicht, vor gezückten Notizbüchern und Mikrophonen festzustellen, daß die „Solidarität" wieder hermüsse. Ohne Gewerkschaft sind wir Sklaven, sagte einer. „Die große Stärke der Sache der „Solidarität" ... ist vor allem diese ruhige, sichere Art, in der die einfachen Arbeiter von der Tatsache sprechen, daß die Gewerkschaft wieder kommt", schlußfolgerte der Korrespondent Christopher Bobinski (Financial Times, 11.2.). Mehrfach der Kreidespruch an der Wand: „Der Winter gehört euch, das Frühjahr uns."

Vor allem die Jugend bildet in Kategorien des Widerstands, des Untergrundkampfs vergangener Zeiten, hat
nun auch die „Trybuna Ludu" geklagt. Das könne sich als Zeitbombe erweisen. Mehr als die Hälfte aller Arbeiter in Polen sind unter 35 Jahre alt. Immer klarer wird, daß es keine legale Rückkehr der „Solidarität" geben wird. Nach demselben Gesetz über ein Staatstribunal, das der Aburteilung von einigen Verantwortlichen der Gierek-Ära dienen soll, sollen anscheinend auch die Führer der „Solidarität" des Hochverrats angeklagt werden. Das einzige positive Konzept, das der Militärrat offenbar verfolgt, ist die Militarisierung der ganzen Gesellschaft, die brutale Durchsetzung einer scheinbar überparteilichen Staatsraison. Hinter diesem Konzept sammelt sich ein neu formierter Block von Parteirechten, Altreaktionären und jungen Aufsteigern, vor allem aus dem mittleren Offizierskorps. Die Säuberungen in allen gesellschaftlichen Bereichen haben gerade erst begonnen. Schon jetzt ist bewiesen, daß die Existenz freier Gewerkschaften und überhaupt irgendwelcher Formen freier gesellschaftlicher Betätigung mit dem System des Staatsmonopolismus, das sich als „realer Sozialismus" bezeichnet, unverträglich ist.

Diese Entwicklung stellt die Kirche vor eine harte Bewährungsprobe. Im Klerus tun sich zwei deutlich unterscheidbare Gruppierungen auf. Die eine, um den Sekretär der Bischofskonferenz, Dabrowski, der seit Jahren mit den Kontakten zur Regierung beauftragt ist, will dem Staate geben, was des Staates ist, und die Kirche aus dem gesellschaftlichen Konflikt heraushalten. Die andere Richtung, um den Krakauer Kardinal Macharski, prangert in ziemlich unverhüllter Weise die Verletzung der Menschenrechte an und fordert die Wiederherstellung der „Solidarität". Der Primas Glemp schwankt. Klar ist in jedem Fall, daß die Kirche bei keiner wie immer gearteten Lösung in Polen irgendwelche direkten politischen Funktionen übernehmen wird. Das widerspräche ihren tausendjährigen Traditionen. Aber wie sich gegenüber dem Kriegsrecht verhalten?

Glemp, Macharski und Dabrowski sind alle zusammen nach Rom zitiert worden. Wojtyla hat dort ein päpstliches Machtwort gesprochen. Schon vor der Audienz mit seinen früheren Kollegen hat er in einem Treffen mit „Solidaritäts"-Vertretern im Ausland und westlichen Gewerkschaftsführern (darunter Vetter) kategorisch erklärt, „daß die effektive und vollständige Wiederherstellung der Rechte der Menschen der Arbeit, und vor allem ihres Rechts auf eine Gewerkschaft, die bereits geschaffen und legalisiert worden ist, der einzige Ausweg aus dieser schwierigen Situation ist" (Le Monde, 11. Februar).

Prompt hat die „Trybuna Ludu" jetzt an zwei Tagen hintereinander gegen solche Kräfte in der Kirche gewettert, die eine „abenteuerliche Minderheit" ermutigten. Man könne sich „über verschiedene provokatorische Äußerungen und aufwieglerische Gesten einiger Vertreter des Klerus nur wundern".

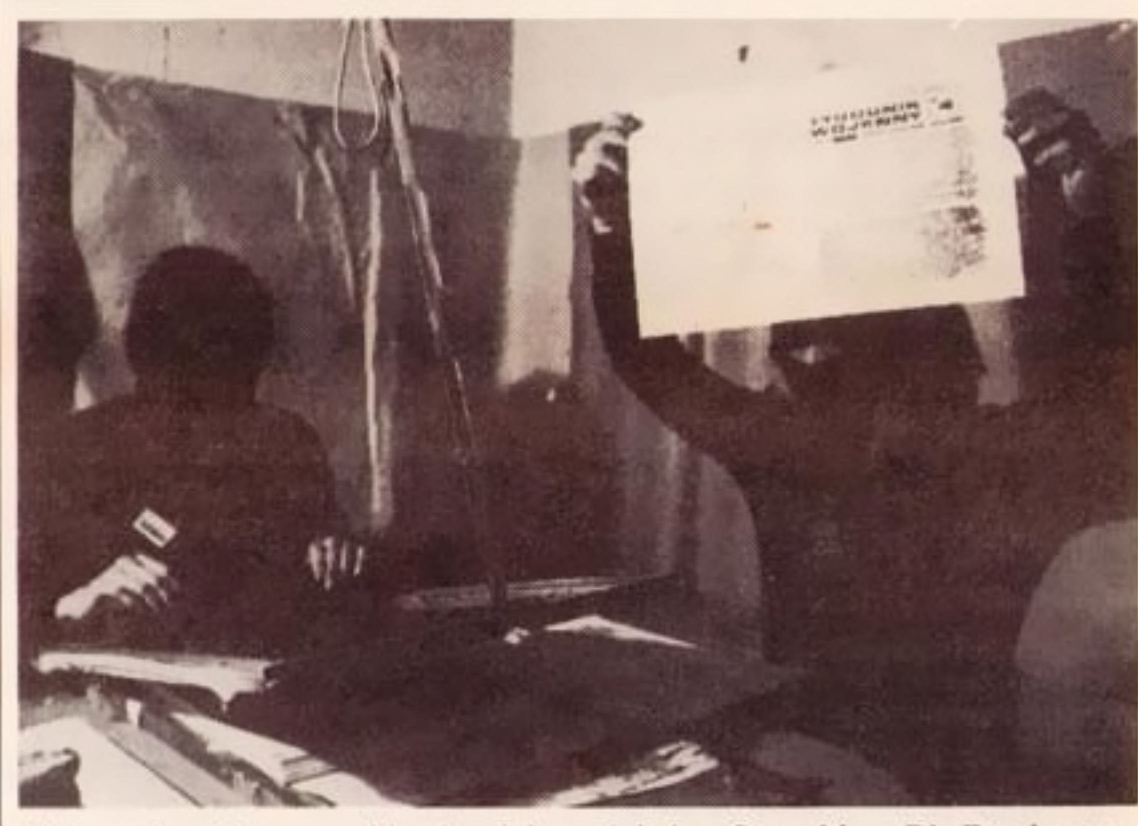


Bild aus einer Untergrunddruckerei der polnischen Opposition. Die Drucker tragen das Emblem des Nowa-Verlags, des größten polnischen Verlags außerhalb von Staat und Kirche, der auch nach dem Sommer 1980 nie legalisiert wurde. Er hatte der polnischen Arbeiter- und Unabhängigkeitsbewegung schon vor 1980

scheidbare Gruppierungen auf. Die eine, um den Sekretär der Bischofskonferenz, Dabrowski, der seit Jahren mit den Kontakten zur Regierung beauftragt ist, will dem Staate geben, was des Staates ist, und die Kirche aus dem gesellschaftlichen Konflikt heraushalten. Die andere Richtung, um den Kra-

jetzt an zwei Tagen hintereinander gegen solche Kräfte in der Kirche gewettert, die eine „abenteuerliche Minderheit" ermutigten. Man könne sich „über verschiedene provokatorische Äußerungen und aufwieglerische Gesten einiger Vertreter des Klerus nur wundern".

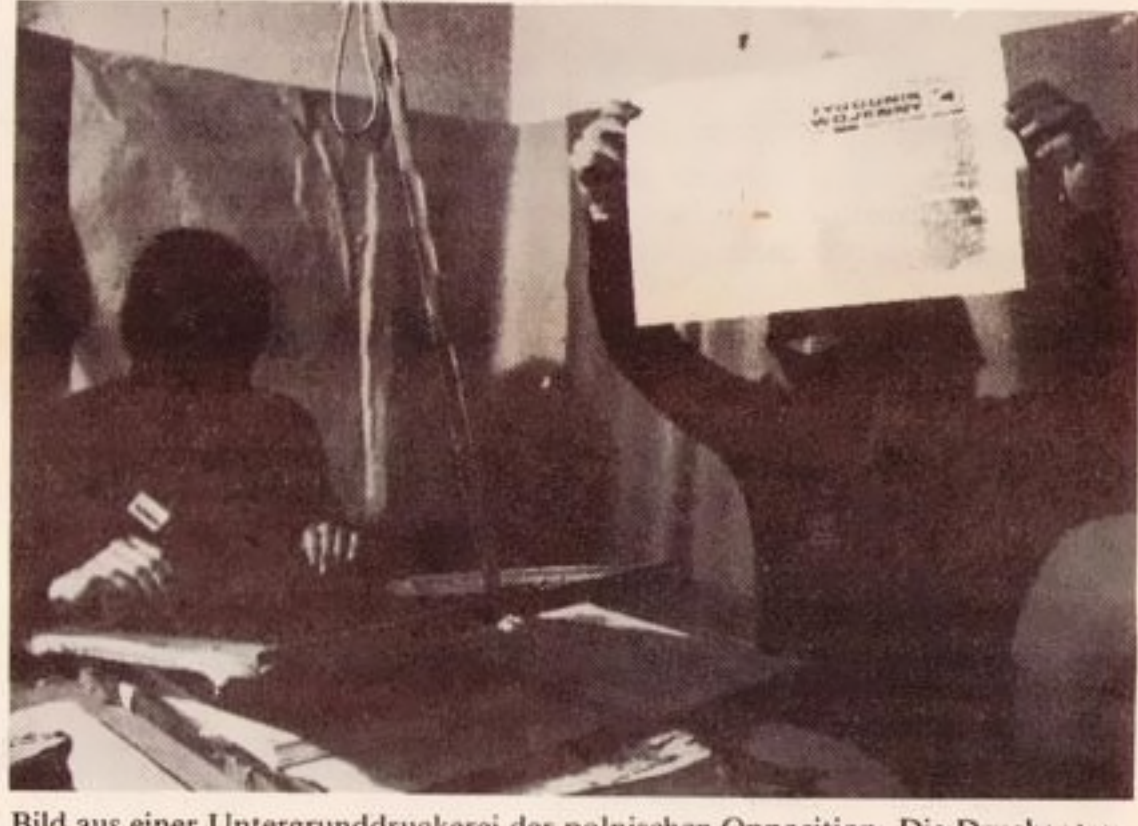


Bild aus einer Untergrunddruckerei der polnischen Opposition. Die Drucker tragen das Emblem des Nowa-Verlags, des größten polnischen Verlags außerhalb von Staat und Kirche, der auch nach dem Sommer 1980 nie legalisiert wurde. Er hatte der polnischen Arbeiter- und Unabhängigkeitsbewegung schon vor 1980
gute Dienste geleistet. Das hochgehaltene Bulletin ist das regelmäßige Informationsblatt von „Solidarność" in der Region Masowsze (Warschau), zu übersetzen etwa mit „Kriegs-Wochennachrichten".

Hungerstreik

Verstärkte Proteste gegen das Khomeinyregime im Iran

Am 10. Februar verlas der Sohn Imam Khomeinys in dessen Auftrag seine Rede an das iranische Volk vor mehreren hunderttausend Demonstranten, die am Azadiplatz, dem Platz der Freiheit sich versammelt hatten, um den dritten Jahrestag des Sturzes der Tyrannei des Schahregimes zu feiern. Die Rede enthielt alle Elemente, die die jetzige Lage im Iran charakterisieren: Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Nachbarstaaten – die „Muslime" wurden aufgerufen, ihre Regierungen zu stürzen und eine Republik nach dem Muster der Islamischen Republik Iran aufzubauen, vor allem in den benachbarten Golfstaaten; der Scharfrichter der Republik, Generalstaatsanwalt Moussawi Tabrizi wurde aufgefordert, innerhalb von 2 Monaten eine Liste der Gefangenen vorzulegen, deren Entlassung nicht den Gesetzen des Islam widerspricht. Aber wer verfolgt und ermordet werden alle, „die Gruppen angehören, die das Chaos verursachen"! Auch auf die großen Schwierigkeiten des Landes fehlte kein Hinweis, was offensichtlich den wirtschaftlichen Bankrott meint. Eine Abkehr von der jetzigen Politik wurde nicht signalisiert weder nach innen, wo es dem Regime gelungen ist, innerhalb der letzten zwei Wochen die gesamte Führung sowohl der Moudjahedin des Volkes als auch von Peykar, eine Abspaltung davon aus dem Jahre 1975, abzuschlachten. Nach außen hin, vor allem was den zermürbenden irakisch-iranischen Krieg betrifft auch nicht: die massive Machtdemonstration per Militärparade „mit Einheiten direkt aus dem Kampfgebiet" zeugte davon. Die iranische Opposition, erneut ins Ausland gedrängt, feiert diesen Tag auf ihre Art: Mit Protestdemonstrationen gegen die Khomeinyregierung – am 27.2. findet die für die Bundesrepublik von einem „Komitee Irandemonstration" geplante in Bonn statt. Wir veröffentlichen hier den Aufruf der „Moslemischen Studentenvereinigung (M.S.V.), den Sympathisanten der Volksmoudjahedin, zu einem unbefristeten Hungerstreik, der am 15.2.1982 weltweit begonnen hat.

•

Im Namen Gottes und im Namen des heldenhaften iranischen Volkes

Freiheitsliebende Menschen, demokratische Kräfte, Persönlichkeiten, Parteien und Organisationen!

Wir, die Moslemische Studenten-Vereinigung (Sympathisanten der Organisation der Volksmodjahedin-Iran) unterstützen durch die von den Volksmodjahedin ausgerufene Protestwoche (4.–11.2.) den gerechten Widerstand des iranischen Volkes gegen die Verbrechen Khomeinis. Wir wollen gemeinsam mit allen Anhängern der Volksmodjahedin überall in der Welt (z.B. Frankreich, England, Italien, Schweden, USA) einen unbefristeten Hungerstreik ab 15.2.82 durchführen.

Massoud Radjavi, der Verantwortliche des nationalen Widerstandsrates, (der nationale Widerstandsrat ist die fortschrittlichste Opposition gegen Khomeiny) hat in Paris bekanntgegeben, daß seit dem 20. Juni 81 mehr als 8000 Menschen im Iran hingerichtet wurden. Das heißt, seit dem 20. Juni 81 durchschnittlich alle 25 Minuten ein Mensch im Iran hingerichtet wurde. 25000 politische Gefangene sitzen in den Gefängnissen. Viele, die jetzt durch Khomeiny hingerichtet werden, haben bereits jahrelang gegen das Schah-Regime gekämpft und waren unter dem Schah im Gefängnis. Die Situation der Gefangenen in Iran unter Khomeiny ist menschenunwürdiger als zur Zeit des Schahs.

Khomeiny hat selbst die Folterinstrumente des Schahs übernommen. Sogar 8- bis 13jährige Mädchen und Jungen werden hingerichtet. Aus diesen Gründen wollen wir gegen Khomeinys Verbrechen streiken, und haben folgende Forderungen:

1) Freiheit für alle politischen Gefangenen im Iran
2) Einstellung von Folter und Massenmord
3) Die Entsendung einer UNO-Delegation in den Iran zur Untersuchung der politischen Verfolgung.

Wir bitten alle demokratischen Kräfte und Persönlichkeiten, die Forderungen der Hungerstreikenden, die gleichzeitig die Forderungen des unterdrückten iranischen Volkes sind, zu unterstützen, damit wir gemeinsam und solidarisch einen Schritt gegen die Folterungen, Kindermorde und Massenexekutionen im Iran unternehmen.

Wenn Sie unsere Forderungen unterstützen, setzen Sie sich mit uns telefonisch in Verbindung.

Wir werden Ihre solidarische Unterstützung der Presse und dem Funk und Fernsehen bekanntgeben.

Mit solidarischen Grüßen
Moslemische Studenten-Vereinigung (M.S.V.) W. Germany
Sympathisanten der Organisation der Volksmodjahedin-Iran

Ort des Hungerstreiks: ESG
König Str. 88, 5300 Bonn 1
Tel. 0228/217960

Spenden für den Widerstand gegen Khomeiny: M.S.V.
Konto Nr.: 5579537
BLZ: 25070070, Deutsche Bank
3000 Hannover 1

rak. Im Augenblick, wo die Weltöffentlichkeit alle Blicke auf Polen und El Salvador richtet, sind Befreiungskämpfe anderer Brennpunkte in der Welt, wie u.a. Kampuchea, Ost-Timor, Afghanistan und Eritrea, in den Hintergrund getreten.

Seit 20 Jahren führt das eritreische Volk den bewaffneten Kampf um die Wiedererlangung seiner legitimen Rechte auf Selbstbestimmung mit dem Ziel der nationalen Befreiung. Mit dem Sturz Haile Selassis 1974 ergriff ein sich „sozialistisch" nennender Militärrat – DERG – die Macht.

Mit Hilfe der Sowjetimperialisten, die früher den gerechten Kampf des eritreischen Volkes anerkannten, haben die Militärs dazu beigetragen, daß sich der Konflikt zuspitzte. Alle bisherigen Versuche seit 1978, den eritreischen Befreiungskampf militärisch zu liquidieren, waren in den bisherigen 5 Großoffensiven aufgrund des heldenhaften Kampfes des eritreischen Volkes, gescheitert. Die äthiopische Junta will nun mit der seit langem geplanten 6. Offensive zum entscheidenden Schlag ausholen. Obwohl die UdSSR seit Ende 1977 61000 t Kriegsgeräte – u.a. schwere Geschütze, T54-Panzer, gepanzerte Wagen, Jagdbomber vom Typ Mig 21 und 23 und hochmodernes elektronisches Gerät usw. – der äthiopischen Militärjunta geliefert hat. Sowjetische und kubanische Soldaten waren gleichzeitig neben südjemenitischen Soldaten an der Aggression gegen Eritrea beteiligt; es gelang ihnen aber nicht, das langbeschworene „Ende der eritreischen Rebellen" zu erzielen.

Am 25. Januar kündigte Oberst Mengistu während eines längeren Aufenthaltes in Asmara, eine politische und militärische Zurückeroberung Eri-

Sechste äthiopische Offensive noch erwartet

Mengistu kündigt Offensive an – EPLF bringt Zivilbevölkerung in gesicherte Gebiete

treas an. Wie man aus seiner Rede entnehmen konnte, wird der militärischen Liquidierung die politische Zwangsmobilisierung in den besetzten Städten vorausgehen. „Während Oberst Mengistu abwechselnd Zuckerbrot und Peitsche gebraucht, hat er durchblicken lassen, daß die Niederwerfung der ‚Rebellion' und der ‚wirtschaftliche Wiederaufbau' durchgeführt würde." (Le Monde vom 27.1.1982)

So werden der Bevölkerung Entschädigung für durch Kampfhandlungen entstandene Schäden und die Senkung der Preise für Grundnahrungsmittel versprochen und gleichzeitig harte Strafen für jegliche Unterstützung des Befreiungskampfes angedroht. Durch offizielle Ankündigungen von „wirtschaftlichem Wiederaufbau" Eritreas erhofft sich die Militärjunta auch noch größere finanzielle Hilfe vom Westen (so erhielt Äthiopien über 1350 Mio. US-Dollar in den letzten zwei Jahren). Nicht ohne Grund waren westliche Botschafter und Politiker, u.a. der französische Minister Claude Cheysson, in der Zeit der intensiven Vorbereitung der Offensive von Mengistu und einem Teil seiner Minister zu vertraulichen Gesprächen in Asmara empfangen worden.

Das äthiopische Regime scheint auf der anderen Seite eine „optimale" Vorbereitung der Offensive getroffen zu haben. Die in Eritrea stationierte äthiopische Besatzerarmee wurde auf 90000 Mann starke Verbände erweitert, gleichzeitig wurden aus dem äthiopischen Kernland Divisionen nach Eritrea verlagert. Während die Sowjetimperialisten neben äthiopischen Generälen das militärische Oberkommando übernehmen sollen, sind ca. 1000 libysche Soldaten, sowie erfahrene südjemenitische Piloten in Eritrea eingetroffen, die die hochmodernen sowjetischen Kriegsgeräte bedienen. Libyen als auch Südjemen haben bis vor ein paar Jahren der eritreischen Befreiungsbewegung sowohl politische als auch militärische Unterstützung gewährt. Ihre endgültige Kehrtwende haben sie mit dem am 19. August 1981 in Aden geschlossenen Freundschaftsvertrag über politische, militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der äthiopischen Junta besiegelt.

Dazu hofft die äthiopische Militärjunta, die Offensive zu einer „günstigen" Zeit zu starten. Die EPLF hat ihr Einflußgebiet auf die Barka-Provinz, bis März 1981 in den Händen der ELF, ausgedehnt. Somit fiel die Versorgung als auch die Verteidigung noch größerer Gebiete in die Hände der EPLF, was nach Spekulationen der Mengistu-Clique als Zersplitterung der Kraft des Befreiungskampfes angesehen wird. Die EPLF ist dabei, die Zivilbevölkerung in geschütztere Gegenden, u.a. an der sudanesischen Grenze, zu bringen. Hunderte Jugendlicher meldeten sich freiwillig, um unter der Führung der EPLF den gerechten Befreiungskampf des eritreischen Volkes mitzutragen.



Nach Informationen von EPLF-Mitgliedern in der Bundesrepublik haben die äthiopischen Truppen am Montag mit dem Einsatz von Nervengas in den befreiten Gebieten begonnen. Was wird aus diesen Kindern werden?

Außer der militärischen Vorbereitung, um die bevorstehende Offensive zu vereiteln, bemüht sich die EPLF intensiver in ihrer Außenpolitik, die politische Unterstützung von Ländern, insbesondere in Afrika, dem Nahen Osten und Europa, zu gewinnen. So reiste erst vor kurzem eine Delegation der EPLF durch einige afrikanische Staaten, u.a. Mauretanien, Mali, Togo, Senegal und Benin. Eine Signalwirkung dürfte die Tatsache haben, daß neun afrikanische Staaten sich für das Selbstbestimmungsrecht und die Souveränität des eritreischen Volkes ausgesprochen haben (wurde vor einer Woche in der Deutschen Welle berichtet). Diese Haltung hatte scharfe Proteste der äthiopischen Militärjunta zur Folge, die sich gegen die „Einmischung" in die inneren Angelegenheiten Äthiopiens wandte.

Die Haltung dieser afrikanischen Staaten müßte die demokratische Bewegung in der BRD, gerade angesichts der schwierigen Situation in Eritrea (Einsatz von chemischen Kampfstoffen), ermutigen, ihre aktive und konkrete Unterstützung für die EPLF zu verstärken.

Bereits im Januar 1980 erschien die erste Auflage dieser Untersuchung der Politik der Sowjetunion und doch wurde sie meiner Kenntnis nach wenigstens innerhalb der revolutionären Linken so gut wie nicht rezipiert. Dies stellt einen bedeutenden Mangel dar, denn über den Gegenstand der Arbeit Melchers' gibt es keine vergleichbare andere Untersuchung. Dabei geht es in diesem Buch um eine wesentliche Streitfrage, die in den Auseinandersetzungen über die Politik der SU – insbesondere ihrer Außenpolitik – immer wieder auftaucht: Ist die SU ein Faktor des Fortschritts oder handelt es sich um imperiale Außenpolitik oder wie Melchers einleitend fragt: „In erster Linie wollen wir beantworten, ob die Sowjetunion uneigennützig die Bestrebungen Afrikas nach nationaler Unabhängigkeit und dem Aufbau eigenständiger Volkswirtschaften fördert oder ein Gegner dieser Bestrebungen ist." (S. 11) Melchers konzentriert sich auf die Klärung der Frage, ob die

lung der Länder der Dritten Welt schaffe (vgl. etwa die Zitate sowjet. Ökonomen auf S. 19) und diese Theorie der Produktivkräfte der Politik der nationalen Unabhängigkeit untergeordnet, insbesondere untergeordnet dem Bestreben eine eigene Ökonomie ohne imperialistische Abhängigkeiten aufzubauen – entwickelte die SU unter Breschnew deutlich gegen die Bestrebungen für eine neue Weltwirtschaftsordnung die Theorie der „internationalen sozialistischen Arbeitstei-

sozialistischen Länder (Unterstreichung v. Melchers) beschleunigt und damit die Möglichkeit vergrößert, diesen Ländern bessere materielle Hilfe im Kampf für die soziale und nationale Befreiung zu leisten." (Mikulskij, Die internationale Bedeutung der sozialistischen Wirtschaftsintegration, Mezdunarodny Sisn, Nr. 5, 1972, S. 18, zit. nach Melchers, S. 135)

Die Entwicklungsländer sollen also die Entwicklung der Produktivkräfte im SU-Block, vor allem in der SU sel-

Konrad Melchers:

‚Die sowjetische Afrikapolitik'

Buchbesprechung / Von Andreas Hanke

stellt sich dies nun als günstig für die Entwicklungsländer heraus: Die SU hat z.B. in Afrika mit 36 Staaten sog. Clearing-Abkommen abgeschlossen. Diese sehen in der Regel heute vierteljährliche Ausgleichungen der Zahlungsbilanzen vor, und zwar in frei konvertierbaren Währungen. Jede Abwertung bspw. des Dollars führt dabei zu größerer Verschuldung der Entwicklungsländer. Theoretisch erklärt die SU den ungleichen Tausch zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern zu einer objektiven Notwendigkeit, niedrige Monopolpreise für unvermeidlich. Die SU könne sich dem nicht entziehen. (vgl. Melchers, S. 142 ff.) Der „Weltmarktrealismus" der SU hat mit dem sozialistischen Prinzip ‚Handel zum gegenseitigen Nutzen" allerdings nicht das geringste zu tun. Wo sie ein Monopol in den Wirtschaftsbeziehungen hat, was durch die Erringung des politischen Monopols vor allem in Befreiungsbewegungen vorbereitet wurde, tritt sie

kommen mit Guinea, in dem sich Guinea auf 30 Jahre verpflichten mußte, 75% der Fördermenge plus Zinsen an die SU zu liefern. (vgl. Melchers, S. 167 ff.) Insbesondere diese Art von „sozialistischer Arbeitsteilung" trägt vollständig andere Züge als die Politik der SU noch in den 50er Jahren oder die Politik der VR China, wo es vor allem um die Einrichtung von Projekten zu Entwicklung der Infrastruktur und wirtschaftlichen Unabhängigkeit ging. Es sind diese Teile des Buches von Melchers, in denen er an mehreren exemplarischen Beispielen die Entwicklung imperialer Politik der SU plastisch zeigt. Ebenso gelingt es ihm weitestgehend z.B. am Beispiel Angolas, die politische Infiltration in der Entwicklung des Befreiungskampfes zu zeigen wie auch die militärische Absicherung des Herrschaftsbereiches.

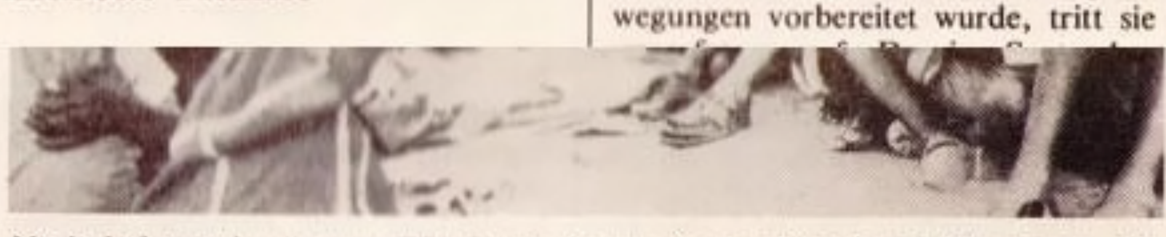
Melchers skizziert die Änderung der sowjetischen Flottendoktrin ab dem Moment, wo die SU deutlicher begann, aus den Niederlagen des US-

aber nicht, das langbeschworene „Ende der eritreischen Rebellen" zu erzielen.

Am 25. Januar kündigte Oberst Mengistu während eines längeren Aufenthaltes in Asmara, eine politische und militärische Zurückeroberung Eri-

mara empfangen worden.

Das äthiopische Regime scheint auf der anderen Seite eine „optimale" Vorbereitung der Offensive getroffen zu haben. Die in Eritrea stationierte äthiopische Besatzerarmee wurde auf 90000 Mann starke Verbände erweitert, gleichzeitig wurden aus dem



Nach Informationen von EPLF-Mitgliedern in der Bundesrepublik haben die äthiopischen Truppen am Montag mit dem Einsatz von Nervengas in den befreiten Gebieten begonnen. Was wird aus diesen Kindern werden?

Die Haltung dieser afrikanischen Staaten müßte die demokratische Bewegung in der BRD, gerade angesichts der schwierigen Situation in Eritrea (Einsatz von chemischen Kampfstoffen), ermutigen, ihre aktive und konkrete Unterstützung für die EPLF zu verstärken.

Konrad Melchers: ‚Die sowjetische Afrikapolitik'

Buchbesprechung / Von Andreas Hanke

Bereits im Januar 1980 erschien die erste Auflage dieser Untersuchung der Politik der Sowjetunion und doch wurde sie meiner Kenntnis nach wenigstens innerhalb der revolutionären Linken so gut wie nicht rezipiert. Dies stellt einen bedeutenden Mangel dar, denn über den Gegenstand der Arbeit Melchers' gibt es keine vergleichbare andere Untersuchung. Dabei geht es in diesem Buch um eine wesentliche Streitfrage, die in den Auseinandersetzungen über die Politik der SU – insbesondere ihrer Außenpolitik – immer wieder auftaucht: Ist die SU ein Faktor des Fortschritts oder handelt es sich um imperiale Außenpolitik oder wie Melchers einleitend fragt: „In erster Linie wollen wir beantworten, ob die Sowjetunion uneigennützig die Bestrebungen Afrikas nach nationaler Unabhängigkeit und dem Aufbau eigenständiger Volkswirtschaften fördert oder ein Gegner dieser Bestrebungen ist." (S. 11) Melchers konzentriert sich auf die Klärung der Frage, ob die Außenpolitik der SU imperialistisch *ist* und will nicht behandeln, warum und wie die SU imperialistisch geworden ist. Dies ist auch sicherlich nicht in einer Arbeit leistbar. Hier geht es zunächst um die Zusammentragung von Tatsachen aufgrund relativ umfangreichen in- und ausländischen Quellenstudiums.

Für die stärksten Teile des Buches halte ich die Untersuchungen zur Politik der SU gegenüber der Blockfreienbewegung – verbunden mit der Kritik der Konzeption der „internationalen Diktatur des Sozialismus" und der Kritik der Ablehnung des Prinzips „Auf die eigenen Kräfte vertrauen" – sowie die Untersuchungen zu einigen Wirkungen auf die Ökonomie der von der SU beherrschten Länder. Eingangs zeigt Melchers die Änderungen von Politik und Ideologie zu Zeiten Chruschtschows einerseits und Breschnews andererseits. Von der „friedlichen Koexistenz" von Sozialismus und Kapitalismus unter Chruschtschow, die politische und ökonomische Kollaboration der SU mit dem Imperialismus bedeutete, gibt es einen deutlich feststellbaren Wandel in der Politik und Ideologie seit Breschnew. Allerdings unterläßt es Melchers hier, die unterschiedliche Lage in internationaler Hinsicht, insbesondere den Wandel im Kräfteverhältnis der Supermächte als Ursache für den Wandel der strategischen Konzeptionen der SU zu behandeln. War es zu Zeiten Chruschtschows die schlichte Theorie, daß imperialistisches Kapital die Vorbedingungen für eine unabhängige Entwicklung der Länder der Dritten Welt schaffe (vgl. etwa die Zitate sowjet. Ökonomen auf S. 19) und diese Theorie der Produktivkräfte der Politik der nationalen Unabhängigkeit untergeordnet, insbesondere untergeordnet dem Bestreben eine eigene Ökonomie ohne imperialistische Abhängigkeiten aufzubauen – entwickelte die SU unter Breschnew deutlich gegen die Bestrebungen für eine neue Weltwirtschaftsordnung die Theorie der „internationalen sozialistischen Arbeitsteilung", des „internationalen Eigentums" der Rohstoffe. Fortan behandelte die SU die Länder der Dritten Welt mehr oder weniger als Rohstofflieferant und politisch so, daß die Länder der Dritten Welt ihre Unabhängigkeit der Stärke der SU-Blocks zu verdanken hätten. Bereits die erste Konferenz der Blockfreien 1961 beschoß die SU mit dem Argument, daß es die Interessen der Bourgeoisie am Neutralismus seien, die zur Heraushaltung aus den beiden Blocksystemen führten (vgl. S. 121). Später versuchte die SU, die Blockfreien zur „positiven Neutralität" – gemeint zu einer „natürlichen" Solidarität mit ihr zu gewinnen, insbesondere über die Vertreter Cubas. Sie verdammte die Erklärungen der Blockfreien, die sich gegen jeden Hegemonismus wendeten.

Die Haltung der SU zu den Bestrebungen der Länder der Dritten Welt für eine neue Weltwirtschaftsordnung (NWWO) drückt eine Änderung der Chruschtschow-Doktrin aus. Jetzt ist die SU statt für die Förderung der Zusammenarbeit mit den Imperialisten alter Couleur für eine „Integration" mit ihr selbst. Wieder tritt sie großmäulig als alleiniger Garant im Rahmen der Arbeitsteilung des Weltsozialismus auf. Gelegentlich wird ein SU-Ökonom deutlich: „Die Rolle der sozialistischen Integration als eines Faktors, der die revolutionären Möglichkeiten der heutigen Zeit erweitert, wächst und wird weiterwachsen. Es handelt sich nur darum, daß die Integration den Aufschwung der Produktivkräfte der *sozialistischen* Länder (Unterstreichung v. Melchers) beschleunigt und damit die Möglichkeit vergrößert, diesen Ländern bessere materielle Hilfe im Kampf für die soziale und nationale Befreiung zu leisten." (Mikulskij, Die internationale Bedeutung der sozialistischen Wirtschaftsintegration, Mezdunarodny Sisn, Nr. 5, 1972, S. 18, zit. nach Melchers, S. 135)

Die Entwicklungsländer sollen also die Entwicklung der Produktivkräfte im SU-Block, vor allem in der SU selber, fördern mit dem Versprechen, daraus materielle Hilfe zu bekommen. Dabei beweist Melchers, daß die SU wie alle Imperialisten die natürlichen nationalen Ressourcen der Länder der Dritten Welt keinesfalls als im Eigentum derselben sieht. Er zitiert die Warnung sowjetischer Führer an die Araber, das Öl als politische Waffe 1972 einzusetzen: „Trotz der Tatsache, daß das arabische Erdöl der Form nach Eigentum der Araber ist, ist es in Wirklichkeit internationales Eigentum. Es ist eine Sache, die mit dem Leben der modernen Welt und ihrer Industrie zusammenhängt." (zit. nach Melchers, S. 135) Die SU ist im Rahmen der „internationalen Arbeitsteilung" gegen die Kernforderungen der Entwicklungsländer, das Integrierte Rohstoffprogramm und die Forderungen nach Schuldenstreichung bzw. Umschuldung aufgetreten. Der Fonds müsse eine „kommerzielle Kreditinstitution" werden mit „Garantien für die Rückzahlung". (zit. nach Melchers, S. 136)

Melchers behandelt genauer die theoretischen Rechtfertigungen der SU für die „internationale Arbeitsteilung" und „Integration". Er zeigt die Versuche, den sowjetischen Staatsmonopolismus auf die Länder der Dritten Welt zu übertragen.

Im folgenden soll die Darstellung Melchers' bezüglich des Handels mit den afrikanischen Ländern exemplarisch vorgestellt werden:

Zunächst konstatiert er einen ständig wachsenden Handelsbilanzüberschuß der SU (S. 148). Keineswegs stellt sich dies nun als günstig für die Entwicklungsländer heraus: Die SU hat z.B. in Afrika mit 36 Staaten sog. Clearing-Abkommen abgeschlossen. Diese sehen in der Regel heute vierteljährliche Ausgleichungen der Zahlungsbilanzen vor, und zwar in frei konvertierbaren Währungen. Jede Abwertung bspw. des Dollars führt dabei zu größerer Verschuldung der Entwicklungsländer. Theoretisch erklärt die SU den ungleichen Tausch zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern zu einer objektiven Notwendigkeit, niedrige Monopolpreise für unvermeidlich. Die SU könne sich dem nicht entziehen. (vgl. Melchers, S. 142 ff.) Der „Weltmarktrealismus" der SU hat mit dem sozialistischen Prinzip ‚Handel zum gegenseitigen Nutzen" allerdings nicht das geringste zu tun. Wo sie ein Monopol in den Wirtschaftsbeziehungen hat, was durch die Erringung des politischen Monopols vor allem in Befreiungsbewegungen vorbereitet wurde, tritt sie unverfroren auf: Das im September 1972 geschlossene Handelsabkommen mit Ghana, nach dem der Export von Kakao durch Ghana stark ausgeweitet werden sollte, wurde 4 Monate später seitens der SU wie folgt behandelt: „Es wurde entschieden, den Kauf von Kakao 1973 einzuschränken wegen der ungünstigen Marktbedingungen und aufgrund der Tatsache, daß sich die sowjetische Industrie beträchtlicher Lager erfreut." Der Kakao-Preis hatte zu diesem Zeitpunkt einen Höchstpreis von 1250 Dollar/t erreicht. (Melchers, S. 150 f.) Exportpreise der SU sind häufig genug nicht nur Monopolpreise, sondern auch politische Preise je nach politischer Konjunktur: „So z.B. verkaufte die SU raffinierten Zucker 1969 an Sierra Leone um 5%, an Nigeria um 8%, an Ghana um 30% und an Mali um 58% teurer als an Libyen. (Melchers, S. 151, mit Nachweisen) Melchers führt weiter etliche Beispiele für niedrigere Einkaufspreise für Waren aus den Ländern Afrikas an, die weit unter Weltmarktniveau liegen und ebenfalls etliche Beispiele für den sog. Switch-trade, d.h. den Weiterverkauf an Drittländer mit erheblichen Gewinnen.

Stützen tut sich die SU in der Regel auf langfristige Handels- und Produktionskooperationsabkommen, wobei letztere in den meisten Fällen auf Kredit gelieferte industrielle Weiterverarbeitungsanlagen sind. Mit den Produkten hat das Entwicklungsland dann die Schulden an die SU zurückzuzahlen. Exemplarisch zeigt dies Melchers am Bauxit-Produktionskooperationsabkommen mit Guinea, in dem sich Guinea auf 30 Jahre verpflichten mußte, 75% der Fördermenge plus Zinsen an die SU zu liefern. (vgl. Melchers, S. 167 ff.) Insbesondere diese Art von „sozialistischer Arbeitsteilung" trägt vollständig andere Züge als die Politik der SU noch in den 50er Jahren oder die Politik der VR China, wo es vor allem um die Einrichtung von Projekten zu Entwicklung der Infrastruktur und wirtschaftlichen Unabhängigkeit ging. Es sind diese Teile des Buches von Melchers, in denen er an mehreren exemplarischen Beispielen die Entwicklung imperialer Politik der SU plastisch zeigt. Ebenso gelingt es ihm weitestgehend z.B. am Beispiel Angolas, die politische Infiltration in der Entwicklung des Befreiungskampfes zu zeigen wie auch die militärische Absicherung des Herrschaftsbereiches.

Melchers skizziert die Änderung der sowjetischen Flottendoktrin ab dem Moment, wo die SU deutlicher begann, aus den Niederlagen des US-Imperialismus eigenen Machtnutzen zu ziehen. Er zitiert den sowjetischen Admiral Gorschkow: „Die Sowjetmarine hält immer daran fest, daß das Ringen nach Oberherrschaft über die Meere nicht ein Zweck für sich ist, (sondern) eine Voraussetzung zur Beherrschung der Welt." (zit. nach Melchers, S. 189) Entgegen offiziellen Äußerungen der SU vor der UNO noch 1974 begann die SU mit einem zügigen Ausbau von Stützpunktsystemen in und um Afrika herum, einem typischen Anzeichen für imperialistische Absicherung.

Weitere Teile des Buches befassen sich mit den sowjetischen Militärabkommen, dem Waffenexport, dem Verhältnis der SU zu verschiedenen Putschversuchen in Afrika, zur Rolle der cubanischen und anderer Söldnertruppen etc.

Ich halte das Buch von Melchers für äußerst lesenswert. Es gibt Anregungen zur weiteren Beschäftigung etwa mit der Theorie der „internationalen Arbeitsteilung", dem sog. nichtkapitalistischen Entwicklungsweg, den ja die SU propagiert für die Entwicklungsländer. Melchers beweist m.E., daß die Interessen der SU in ihrer Afrikapolitik keineswegs uneigennützig sind und zeigt, daß sie auch nichts mit proletarischem Internationalismus zu tun haben, sondern geprägt sind von imperialistischen Interessen, deren Garant zudem nicht die überlegene Ökonomie der SU ist, sondern deren Machtmonopol und deren Militärstiefel.

Konrad Melchers, Die sowjetische Afrikapolitik, Berlin 1980, Oberbaumskript

Grönland:

„Wir wollen nicht von Brüssel ferngesteuert werden"

Von Finn Lynge, Vertreter Grönlands im Europaparlament

Am 23.2. findet die Volksabstimmung über die Verlängerung der Mitgliedschaft Grönlands in der EG statt. Es wird im allgemeinen mit einem Nein zur EG gerechnet wie bei der Abstimmung von 1972. (Die Stimmen wurden damals mit denen des „Mutterlandes" Dänemark zusammengerechnet und Grönland wurde Mitglied wider Willen.) Alle politischen Parteien mit einer Ausnahme, der Atassut, die 8 Sitze im Parlament hat, sind gegen die Fortsetzung der Mitgliedschaft. Allerdings sind viele ins Schwanken gekommen, weil die EG-Subventionen an Grönland, die 1980 118 Mio. Kronen (1 Krone = 32 Pfennig) betrugen, auf Ersuchen Dänemarks gesteigert werden sollen, und das von der Regierungspartei Siumut vorgeschlagene OLT-Abkommen, das eine Assoziation an die EG nach dem Muster der ehemaligen Kolonien vorsieht, unsicher erscheint. Dieses Abkommen würde vor allem Zollfreiheit für den grönländischen Export in die EG bedeuten. Wir veröffentlichen hier ein Dokument, das die Auffassung der Anti-EG-Strömung wiedergibt.

Die Mitgliedschaft in der EG ist Grönland aufgezwungen worden. Obwohl wir 1972 mit etwas über 70% der abgegebenen Stimmen Nein zur EG sagten, wurden wir aufgrund der Ja-Mehrheit in Dänemark mit hineingezogen.

Die Wahlbeteiligung auf Grönland war niedrig, 56%. Die Nein-Stimmen machten faktisch nur 39% der Stimmberechtigten aus, die Ja-Stimmen 17%.

Trotzdem kann niemand an der Tatsache vorbei, daß dies die erste, gesammelte, nicht auf bestimmte Politiker fixierte, wirklich bedeutende politische Stellungnahme von seiten des grönländischen Volkes war.

Das Abstimmungsergebnis hat auch einigen Eindruck gemacht. Man hat seitdem beobachten können, daß im großen ganzen jede wichtige politische Diskussion auf Grönland sich mehr oder weniger um die EG gedreht hat.

Ein dritter Daumen

Wir sind also ein Teil der Europäischen Gemeinschaft, allerdings ein etwas merkwürdiger.

Im statistischen Handbuch der EG, Eurostat, ist Grönland überhaupt nicht erwähnt, weder mit Flächengröße noch mit Bevölkerungszahl. Weder separat noch als Teil von Dänemark. Aber weil wir nun faktisch Mitglied sind, will ich die fehlenden offiziellen Angaben ergänzen:

Grönlands Oberfläche stellt 58,8% der EG dar, seine Bevölkerungszahl 0,02% und sein Bruttonationalprodukt 0,006%.

Das Merkwürdigste und Problematischste an unserer Mitgliedschaft ist, daß unser Land weder geografisch noch ethnisch noch kulturell ein Teil von Europa ist. Deshalb passen wir zur Europäischen Gemeinschaft wie ein dritter Daumen. Wir sind wie der äußerste, zwangsrekrutierte Spieler in einem Ballspiel, dem unsere Nachbarn – Norwegen, Island und Färöer – sich entziehen konnten.

Da sind noch mehr Merkwürdigkeiten im Verhältnis Grönland/EG. Mit unserer, gelinde gesagt, schwachen Ökonomie und unserer totalen Abhängigkeit von der Umwelt bezüglich der elementarsten Lebensbedürfnisse wird uns die ganze Zeit eingeredet, daß unser Land nichts wert ist. Ja, daß wir Dänemark und der EG nur zur Last liegen.

Trotzdem werden wir im Zusammenhang mit der EG mit Samthandschuhen angefaßt, und wir haben während der letzten Jahre einen unverhältnismäßig großen Teil des Kuchens aus Regionalfonds, Sozialfonds und FEOGA (Landwirtschaftsfonds der EG) bekommen.

Manchmal wird gesagt, daß der Grund für diese Sonderbehandlung die Prinzipien der Regionalpolitik der EG sind, denen zufolge armen Regionen wie der unseren geholfen werden soll, sich wie die reichen behaupten zu können. Diese Erklärung ist nicht besonders glaubwürdig. Einerseits liegen in einer solchen Ideal-Vorstellung sicher viele aufrichtige Intentionen. Die andere Seite ist aber, was in der Praxis geschieht, wenn verschiedene Regional-Projekte durch die große EG-Maschinerie laufen. Das ist ein politischer Prozeß, und sein Kern sind durchgehend Marktmechanismen. Es wird immer nach dem Verhältnis zwischen Investitionen und Gewinn entschieden.

Die EG ist ja vor allem ein gemeinsamer Markt, wo die Regeln allen nützen sollen – auch den zahlreichen und starken Repräsentationen in den beratenden Organen und Ausschüssen, die diejenigen sind, die bestimmen.

Die Vorteile der EG an Grönland

Wie soll man die Investitionen der EG in Grönland verstehen? Welche Vorteile zieht die EG aus Grönland?

Der Wert unserer Mitgliedschaft für die EG liegt in drei Dingen: Fischerei, Bodenschätze, Strategie.

1. Die Gewässer um Grönland sind eine der größten Vorratskammern der Welt, und die Fischereinationen der EG holen seit Jahrhunderten einen großen Teil ihrer Fänge an unseren Küsten. Mit unserer Mitgliedschaft in der EG sind diese Traditionen in Quoten-Abkommen überführt worden, über die die Fischereiländer über ihre Vertretungen in der EG-Kommission und im Ministerrat selbst bestimmen. Wir selbst haben hier nicht das entscheidende Wort, wenn wir auch formell zu Rate gezogen werden.

Dies ist eine einleuchtende gute Regelung für die EG. Um sie zu erhalten, opfert man gerne einige Mittel aus Regional- und Sozialfonds. Es ist schwer einzuschätzen, wie groß die Werte genau sind, die europäische Fischer jährlich aus unseren Gewässern holen. Eine vorsichtige Schätzung ergibt mehr als 500 Millionen Kronen an Konsum- und Industriefisch. Dem stehen die durchschnittlichen 60 bis 70 Millionen Kronen jährlich gegenüber, die Grönland für Hafenanlagen, Elektrizitätswerke, Flughäfen und anderes zugeteilt bekommen hat. (1980 hat Grönland allerdings über 100 Millionen Kronen bekommen, 1981 fast 200 Millionen.)

2. Mit den Bodenschätzen verhält es sich etwas anders. Das Öl-Abenteuer an der Küste von Westgrönland fiel – zum Glück für die Fischer in diesem Gebiet – ins Wasser. Momentan finden seismografische Voruntersuchungen vor der Küste von Nordostgrönland statt, aber niemand weiß, was dabei herauskommt.

Es gibt Uran an mehreren Stellen, aber der Widerstand der Lokalbevölkerung gegen seinen Abbau ist groß.

In der Nähe von Nuuk (Godthaab) gibt es große Mengen von Eisenerz, aber es ist nicht sehr gehaltvoll, so daß es unsicher ist, ob der Abbau sich lohnt.

In Nordwestgrönland gibt es Zink und anderes Metall, aber das wird bereits von einem kanadisch-dänischen Konzern abgebaut.

Kurz gesagt: bezüglich der Bodenschätze ist da immer ein „Aber". Deshalb scheint unmittelbar kein Zusammenhang zwischen den EG-Zuschüssen und den grönländischen Bodenschätzen zu bestehen. Aber man sollte hier nicht blind sein: da sind längerfristige Perspektiven. Die EG hat ein einleuchtendes Interesse daran, uns zu einer Verbindung mit der Europäischen Gemeinschaft zu motivieren, denn es wäre einfach zu dumm, auf die Zukunft nicht ein paar scheinbar irrelevante Investitionen und etwas politisch good-will zu setzen. Grönland ist ja noch lange nicht erforscht, und die technische Entwicklung geht im Galopp-Tempo. Deshalb läßt sich die EG natürlich ein mögliches zukünftiges Investitions-Gebiet innerhalb der eigenen Grenzen nicht ohne weiteres aus den Händen nehmen.

3. Der in der Öffentlichkeit am wenigsten beachtete Vorteil, den die EG an Grönland hat, ist strategischer Art. Die hohen Herren in der EG denken nicht nur an Meiereiprodukte und Dorschpreise. Sie denken auch an große Politik. Und im Mittelpunkt steht die Sicherheit der Europäischen Gemeinschaft.

In den USA und in Kanada wird in gewissen Kreisen von „the GIUK-gap" gesprochen – den offenen und militärisch verletzlichen Meeresgebieten zwischen Grönland, Island und England (United Kingdom). Im Falle eines großen Ost-West-Konflikts wird dies das Gebiet sein, wo ein See-Angriff der Sowjetunion von Murmansk her aufgehalten werden muß. Für die NATO sind deshalb Grönland und Island völlig unentbehrlich.

Die USA betrachtet Grönland militärisch als amerikanisches Interessengebiet, und die EG hat ein fundamentales Interesse daran, politische Ruhe in den Ländern der NATO zu bewahren.

Es besteht kein Zweifel daran, daß jedenfalls gewisse Kreise innerhalb der EG befürchten, daß ein Austritt Grönlands aus der EG Widerstand gegen die NATO und Unruhe wegen der amerikansischen Anwesenheit auf Grönland zur Folge haben wird. Diese Befürchtung wird sich verstärken, wenn – was durchaus möglich ist – der Widerstand des isländischen Volkes gegen den amerikanischen Stützpunkt Keflavik sich verstärkt, denn das wird die westliche Kontrolle des „GIUP-gap" unsicher machen.

Der Wunsch, uns aus strategischen Gründen in der EG zu behalten, bewegt gewisse Kreise in der EG dazu, uns das Fell zu streicheln.

Grönlands Probleme in der EG

Wir sind also für die Europäische Gemeinschaft nicht ohne Wert, und man ist in Brüssel und Straßburg bereit, etwas zu geben, um uns zu behalten. Die Frage ist, wie hoch der Preis ist, den *wir* bezahlen, um in der EG zu bleiben.

Ohne Anspruch auf eine erschöpfende Antwort auf diese Frage will ich hier auf drei Umstände hinweisen.

1. In der EG gleitet die Kontrolle über unsere Gewässer uns aus den Händen. Es geht nicht um Kontrolle im Sinne der Überwachung; die gehört in den militärischen Bereich und ist damit eine dänische Angelegenheit. Es geht vielmehr um die Quoten-Zuteilung.

So lange wir in der EG sind, müssen wir uns damit abfinden, daß es die EG ist und nicht die grönländische Selbstverwaltung, die entscheidet, wer was in den grönländischen Gewässern fischen darf. Zum Beispiel wurde die Selbstverwaltung nicht zu Rate gezogen, als die EG 1980 den Färöern den Zugang zu unseren Gewässern verweigerte. Es hätte ja sein können, daß wir irgendein Interesse daran hätten, auf unseren Fischbänken lieber Färöer als z.B. Deutsche zu haben! Aber wir wurden nicht gefragt und können nicht erwarten, gefragt zu werden. Denn die Beschlüsse werden nicht in Nuuk gefaßt.

2. In der EG sind wir in einen umfassenden politischen Prozeß geraten.

Die Faustregel der EG-Zusammenarbeit ist eine traktatmäßig abgegrenzte Aufgabe der Souveränität an die Organe der Gemeinschaft. Bedeutende Kräfte innerhalb des EG-Parlaments setzen sich dafür ein, diese Aufgabe der Souveränität zu verstärken, sowohl zu erweitern als auch zu beschleunigen.

Das ist ein diametraler Gegensatz zur Entwicklung des selbstverwalteten Grönland, wo wir für den schrittweisen Aufbau der Souveränität über unsere eigenen Angelegenheiten arbeiten.

Diese beiden ganz verschiedenen Prozesse lassen sich nicht vereinen und werden fundamentale Konflikte schaffen, solange Grönland Mitglied der EG ist.

Wir werden immer das – manchmal besonders stark begründete – Gefühl haben, daß der eine Schritt, mit dem wir uns mühsam aus der Bürokratie von Kopenhagen herausgekämpft haben, uns zwei Schritte in die Bürokratie Brüssels führt.

3. In der EG werden wir nur mit Sonderregelungen leben können, die, wie man uns bisher erzählt hat, der Natur der Sache gemäß zeitlich begrenzt sind. Irgendwann in der Zukunft steht für uns immer das Gespenst, das reguläre Mitgliedschaft heißt, mit immer weniger, eventuell sogar gar keinen, Sonderregelungen mehr.

Diese Unsicherheit würde so große innenpolitische Spannungen auf Grönland schaffen, daß man damit nicht leben kann. Das Volk wird uneinig werden. Das ist es heute bereits wegen des Problems EG. Aber bei einem beschleunigten Integrationsprozeß würde diese Differenz zu Widersprüchen einer so verbissenen und verbitterten Art führen, wie wir sie bisher zum Glück noch nicht erlebt haben. Die Konsequenzen einer solchen inneren Spaltung wage ich nicht zu prophezeihen.

Die Grönländer sind keine Europäer. Wir werden es auch nie werden, und wir werden es uns nicht gefallen lassen, uns statt von Kopenhagen nun von Brüssel verwalten zu lassen ...

Übersetzt aus: Benthe Hjorth Christiansen / Finn Bönnelykke (Hrsg.), Grönland paa vej. 1981, S. 13 bis 17



„Sollen wir uns damit abfinden, daß Grönland von hier aus regiert wird? Niemals!" – *(In den Fenstern des einen Hochhauses die Buchstaben EF, d.h. EG)*



„Sollen wir uns damit abfinden, daß Grönland von hier aus regiert wird? Niemals!" – *(In den Fenstern des einen Hochhauses die Buchstaben EF, d.h. EG)*



Demonstration am 1.2.1981 in der Hauptstadt Nuuk. Der Verband ANISA, in dem u.a. auch der grönländische Gewerkschaftsverband und die Vereinigung der Fischer und Fänger vertreten ist, fordert zum Austritt aus der EG auf.

0,02% und sein Bruttonationalprodukt 0,006%.

Das Merkwürdigste und Problematischste an unserer Mitgliedschaft ist, daß unser Land weder geografisch noch ethnisch noch kulturell ein Teil von Europa ist. Deshalb passen wir zur Europäischen Gemeinschaft wie ein dritter Daumen. Wir sind wie der äußerste, zwangsrekrutierte Spieler in einem Ballspiel, dem unsere Nachbarn – Norwegen, Island und Färöer – sich entziehen konnten.

Da sind noch mehr Merkwürdigkeiten im Verhältnis Grönland/EG. Mit unserer, gelinde gesagt, schwachen Ökonomie und unserer totalen Abhängigkeit von der Umwelt bezüglich der elementarsten Lebensbedürfnisse wird uns die ganze Zeit eingeredet, daß unser Land nichts wert ist. Ja, daß wir Dänemark und der EG nur zur Last liegen.

Trotzdem werden wir im Zusammenhang mit der EG mit Samthandschuhen angefaßt, und wir haben während der letzten Jahre einen unverhältnismäßig großen Teil des Kuchens aus Regionalfonds, Sozialfonds und FEOGA (Landwirtschaftsfonds der EG) bekommen.

Manchmal wird gesagt, daß der Grund für diese Sonderbehandlung die

Siumut vorgeschlagene OLT-Abkommen, das eine Assoziation an die EG nach dem Muster der ehemaligen Kolonien vorsieht, unsicher erscheint. Dieses Abkommen würde vor allem Zollfreiheit für den grönländischen Export in die EG bedeuten. Wir veröffentlichen hier ein Dokument, das die Auffassung der Anti-EG-Strömung wiedergibt.

Die EG ist ja vor allem ein gemeinsamer Markt, wo die Regeln allen nützen sollen – auch den zahlreichen und starken Repräsentationen in den beratenden Organen und Ausschüssen, die diejenigen sind, die bestimmen.

Die Vorteile der EG an Grönland

Wie soll man die Investitionen der EG in Grönland verstehen? Welche Vorteile zieht die EG aus Grönland?

Der Wert unserer Mitgliedschaft für die EG liegt in drei Dingen: Fischerei, Bodenschätze, Strategie.

1. Die Gewässer um Grönland sind eine der größten Vorratskammern der Welt, und die Fischereinationen der EG holen seit Jahrhunderten einen großen Teil ihrer Fänge an unseren Küsten. Mit unserer Mitgliedschaft in der EG sind diese Traditionen in Quoten-Abkommen überführt worden, über die die Fischereiländer über ihre Vertretungen in der EG-Kommission und im Ministerrat selbst bestimmen. Wir selbst haben hier nicht das entschei-

kommen hat. (1980 hat Grönland allerdings über 100 Millionen Kronen bekommen, 1981 fast 200 Millionen.)

2. Mit den Bodenschätzen verhält es sich etwas anders. Das Öl-Abenteuer an der Küste von Westgrönland fiel – zum Glück für die Fischer in diesem Gebiet – ins Wasser. Momentan finden seismografische Voruntersuchungen vor der Küste von Nordostgrönland statt, aber niemand weiß, was dabei herauskommt.

Es gibt Uran an mehreren Stellen, aber der Widerstand der Lokalbevölkerung gegen seinen Abbau ist groß.

In der Nähe von Nuuk (Godthaab) gibt es große Mengen von Eisenerz, aber es ist nicht sehr gehaltvoll, so daß es unsicher ist, ob der Abbau sich lohnt.

In Nordwestgrönland gibt es Zink und anderes Metall, aber das wird bereits von einem kanadisch-dänischen Konzern abgebaut.

Kurz gesagt: bezüglich der Bodenschätze ist da immer ein „Aber". Des-

läßt sich die EG natürlich ein mögliches zukünftiges Investitions-Gebiet innerhalb der eigenen Grenzen nicht ohne weiteres aus den Händen nehmen.

3. Der in der Öffentlichkeit am wenigsten beachtete Vorteil, den die EG an Grönland hat, ist strategischer Art. Die hohen Herren in der EG denken nicht nur an Meiereiprodukte und Dorschpreise. Sie denken auch an große Politik. Und im Mittelpunkt steht die Sicherheit der Europäischen Gemeinschaft.

In den USA und in Kanada wird in gewissen Kreisen von „the GIUK-gap" gesprochen – den offenen und militärisch verletzlichen Meeresgebieten zwischen Grönland, Island und England (United Kingdom). Im Falle eines großen Ost-West-Konflikts wird dies das Gebiet sein, wo ein See-Angriff der Sowjetunion von Murmansk her aufgehalten werden muß. Für die NATO sind deshalb Grönland und Island völlig unentbehrlich.

Die USA betrachtet Grönland militärisch als amerikanisches Interessengebiet, und die EG hat ein fundamentales Interesse daran, politische Ruhe in den Ländern der NATO zu bewah-

verwaltung, die entscheidet, wer was in den grönländischen Gewässern fischen darf. Zum Beispiel wurde die Selbstverwaltung nicht zu Rate gezogen, als die EG 1980 den Färöern den Zugang zu unseren Gewässern verweigerte. Es hätte ja sein können, daß wir irgendein Interesse daran hätten, auf unseren Fischbänken lieber Färöer als z.B. Deutsche zu haben! Aber wir wurden nicht gefragt und können nicht erwarten, gefragt zu werden. Denn die Beschlüsse werden nicht in Nuuk gefaßt.

2. In der EG sind wir in einen umfassenden politischen Prozeß geraten.

Die Faustregel der EG-Zusammenarbeit ist eine traktatmäßig abgegrenzte Aufgabe der Souveränität an die Organe der Gemeinschaft. Bedeutende Kräfte innerhalb des EG-Parlaments setzen sich dafür ein, diese Aufgabe der Souveränität zu verstärken, sowohl zu erweitern als auch zu beschleunigen.

Das ist ein diametraler Gegensatz zur Entwicklung des selbstverwalteten Grönland, wo wir für den schrittweisen Aufbau der Souveränität über unsere eigenen Angelegenheiten arbeiten.

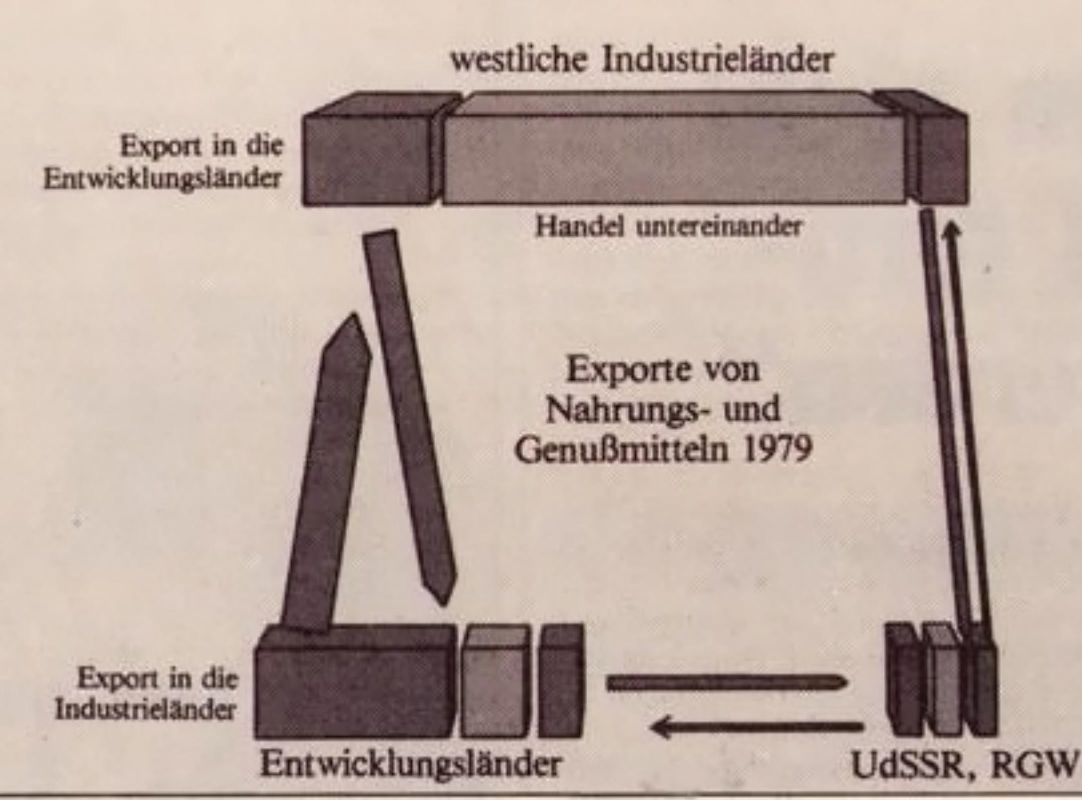
Diese beiden ganz verschiedenen Prozesse lassen sich nicht vereinen und werden fundamentale Konflikte schaf-

Süd-Süd-Konferenz in Neu Delhi

frb. Rund 40 Entwicklungsländer werden an der von Indien vorgeschlagenen ersten Konferenz über die Süd-Süd-Beziehungen teilnehmen.Sie wird vom 22. bis 24. Februar in Neu Delhi stattfinden.

Bereits in der Deklaration über die „Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung", die von der 6. Sondervollversammlung der UNO im Jahre 1974 angenommen worden war, war festggestellt worden, man müsse „durch individuelle und kollektive Aktionen die gegenseitige Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern auf den Gebieten der Wirtschaft, des Handels, der Finanzen und der Technik hauptsächlich auf Basis gegenseitiger Begünstigung verstärken." Doch das Schwergewicht der internationalen Verhandlungen liegt seither auf den Nord-Süd-Beziehungen. Dort ist bisher wenig Greifbares erreicht worden. So schleppen sich z.B. die Verhandlungen im Rahmen des Unctad-Rohstoffprogramms nach einer mühselig erreichten grundsätzlichen Einigung ohne Fortschritt dahin. Lediglich für Naturkautschuk konnte ein weiteres Abkommen erzielt werden, andere schon bestehende Rohstoffabkommen sind gefährdet.

Die Entwicklungsländer legen daher nun mehr Gewicht darauf, zuerst untereinander bessere Beziehungen herzustellen, ehe sie dann gestärkt den Industrieländern gegenübertretenm. Die weltweite Krise macht dies auch dringlich, sind doch die Preise, die die Entwicklungsländer für die Rohstoffe erlösen, im letzten Jahr real um 20% gefallen. Hoffnungen richten sich gegenwärtig vor allem auf die Aktionen der Zinnproduzenten, die einen Zusammenschluß angekündigt haben. Andererseits sind Verhandlungen der Tee-Produzenten dieser Tage gescheitert, weil keine Einigung auf Lieferquoten gelungen ist. Solche und andere Widersprüche können nur im Zusammenhang gelöst werden. Dazu bietet die Konferenz in Neu Delhi eine Chance.



Wie der Welthandel überhaupt wird auch der Handel mit Nahrungs- und Genußmitteln von den Industrieländern beherrscht. Sie beliefern sich vor allem gegenseitig, die EG-Länder untereinander, die USA beliefern Westeuropa und Japan. Doch weltweit liefern die Entwicklungsländer mehr Nahrungs- und Genußmittel in die Industrieländer (vornehmlich Kaffee, Zucker, Tee, Kakao) als jene in die Entwicklungsländer schicken (vor allem Getreide und tierische Produkte). Den Überschuß machen die westeuropäischen Industrieländer und Japan, während die USA und Kanada mit ihren Getreideexpotten sich den Hunger der Dritten Welt vergolden. Die Entwicklungsländer liefern mehr in die Industrieländer als sie untereinander tauschen können.

Die Woche im Rückblick

Einen neuen Vorstoß zur Anhebung der Instandhaltungspauschalen haben die Verbandchefs von Gemeinnützigen, Hauseigentümern und Freien Wohnungsunternehmen unternommen. Sie fordern eine Erhöhung von 20 bzw. 12 DM pro m² und Jahr. Außerdem soll die Verwaltungskostenpauschale um 300 DM pro Jahr und Wohnung erhöht werden. Beides liefe auf eine unmittelbare Verteuerung der Sozialwohnungen hinaus, zusätzlich zu den eben beschlossenen Mieterhöhungen seitens der Bundesregierung. Für die vor 1960 gebauten Wohnungen würde sich die Monatsmiete um rund 1 DM/m² erhöhen, für die später gebauten um 0,30 bis 0,50 DM. Die Pauschalen waren zuletzt zum 1. Juli 1979 erhöht worden.

11653 Insolvenzen (zu deutsch: Pleiten) im Jahre 1981 meldet das Statistische Bundesamt. Diese Zahl, die die Vorjahresergebnisse um 27,5% übertraf, war die bisher höchste in der Nachkriegszeit. Seit Februar 1980 erfreut sich die Zahl der Pleiten einer ständigen Zunahme. Zuletzt übertraf sie im Dezember das Vorjahresergebnis um 46%. Die bei den Konkursen angemeldeten Forderungen beliefen sich auf fast 7 Mrd. Mark, beinahe doppelt soviel wie im Vorjahr.

Algerien hat jetzt seine Preisforderungen bei Erdgas gegenüber Frankreich durchsetzen können. Frankreich zahlt offenbar 5,10 $ pro Mio BTU. Algerien, das eine Angleichung an die Preise für Erdöl anstrebt, hatte zu Beginn der Auseinandersetzungen vor zwei Jahren etwas über 6 $ verlangt, Frankreich hatte damals 3 $ bezahlt. Der Sowjetunion zahlt Frankreich im eben abgeschlossenen Vertrag 4,65 $. Weiterhin offen sind u.a. Verhandlungen mit der BRD. Italien konnte zwar schon im vorigen Herbst eine Gasleitung von der Sahara durchs Mittelmeer einweihen, bloß Erdgas kriegt es noch nicht. Vielleicht werden diese Verhandlungen nun beschleunigt.

Iran hat seinen Ölpreis binnen kurzer Zeit zum zweitenmal auf nunmehr 32,20 $ je Faß gesenkt. Damit hält der Druck auf den Ölpreis an. Saudi-Arabien, das seinen Preis auf Drängen der anderen OPEC-Mitglieder erst kürzlich auf 34 $ angehoben hatte, liegt damit nun am oberen Ende der Skala. Es hat seine Produktion auf 8 Mio. Faß gesenkt, bei einer Kapazität von 13 Mio. Faß. Insgesamt dürfte die OPEC ihre Förderkapazität nur etwa zur Hälfte nutzen. Eine Sonderkonferenz ist möglich.

Iran und die UdSSR haben den Bau zweier Elektrizitätswerke in Iran vereinbart. In diesem Zusammenhang wurde bekannt, daß die UdSSR 1981 erstmals wieder 2,2 Mio. Tonnen Erdöl aus Iran importiert hat. Auch benutzt Iran immer stärker sowjetische Verkehrswege für seinen Außenhandel. 3,4 Mio. Tonnen Güter wurden 1981 durch die UdSSR transferiert, 1978 waren es eine Mio. Tonnen gewesen.

Wenige Maßnahmen im Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung sind so umstritten wie die geplanten Änderungen des Mietrechts. Kaum verkündet, teilte der Wohnungsbauminister selbst mit, man müsse in zwei Jahren überprüfen, ob die Maßnahmen den gewünschten Effekt gehabt hätten. Lambsdorff, der das zarte Gemüt der Bodenspekulanten besser kennt, forderte sofort die Einstellung solcher Äußerungen, die die „Investoren" nur verunsicherten. Trotzdem: Der SPD-Bezirksparteitag Ostwestfalen wandte sich an diesem Wochenen-
dustrieländern gegenübertretenm. Die weltweite Krise macht dies auch dringlich, sind doch die Preise, die die Entwicklungsländer für die Rohstoffe erlösen, im letzten Jahr real um 20% gefallen. Hoffnungen richten sich gegenwärtig vor allem auf die Aktionen der Zinnproduzenten, die einen Zusammenschluß angekündigt haben. Andererseits sind Verhandlungen der Tee-Produzenten dieser Tage gescheitert, weil keine Einigung auf Lieferquoten gelungen ist. Solche und andere Widersprüche können nur im Zusammenhang gelöst werden. Dazu bietet die Konferenz in Neu Delhi eine Chance.

Arbeitsbeschaffung für Möbelspeditionen, Lagereien, Gerichtsvollzieher und Makler

Die Änderung des Mietrechts im Rahmen des 2. HaushaltsstrukturG und des Beschäftigungsprogramms der Bundesregierung / Von Eberhard Reinecke

sich aus Protest gegen diese Kastration der Rechte des Parlaments, der Öffentlichkeit und der Abgeordneten an der Abstimmung nicht beteiligte, forderte
Wohnungsunternehmen unternommen. Sie fordern eine Erhöhung von 20 bzw. 12 DM pro m² und Jahr. Außerdem soll die Verwaltungskostenpauschale um 300 DM pro Jahr und Wohnung erhöht werden. Beides liefe auf eine unmittelbare Verteuerung der Sozialwohnungen hinaus, zusätzlich zu den eben beschlossenen Mieterhöhungen seitens der Bundesregierung. Für die vor 1960 gebauten Wohnungen würde sich die Monatsmiete um rund 1 DM/m² erhöhen, für die später gebauten um 0,30 bis 0,50 DM. Die Pauschalen waren zuletzt zum 1. Juli 1979 erhöht worden.

– gerade auch in der Auslegung der Gerichte – auch bei wachsender Wohnungsnot bisher die Explosion der Mieten verhindert hat. Die jetzt geplante
traf, war die bisher höchste in der Nachkriegszeit. Seit Februar 1980 er-

Die Woche im Rückblick

freut sich die Zahl der Pleiten einer ständigen Zunahme. Zuletzt übertraf sie im Dezember das Vorjahresergebnis um 46%. Die bei den Konkursen angemeldeten Forderungen beliefen sich auf fast 7 Mrd. Mark, beinahe doppelt soviel wie im Vorjahr.
Algerien hat jetzt seine Preisforderungen bei Erdgas gegenüber Frankreich durchsetzen können. Frankreich zahlt

chenden Zahlen: DM 5,50 bis 8,50 im Mietspiegel und DM 8,00 bis 16,00 bei Neuvermietungen. Man kann also sagen, daß gute Gründe dafür sprechen,
Jahren etwas über 6 $ verlangt, Frankreich hatte damals 3 $ bezahlt. Der Sowjetunion zahlt Frankreich im eben abgeschlossenen Vertrag 4,65 $. Weiterhin offen sind u.a. Verhandlungen mit der BRD. Italien konnte zwar schon im vorigen Herbst eine Gasleitung von der Sahara durchs Mittelmeer einweihen, bloß Erdgas kriegt es noch nicht. Vielleicht werden diese Verhandlungen nun beschleunigt.
Iran hat seinen Ölpreis binnen kurzer Zeit zum zweitenmal auf nunmehr 32,20 $ je Faß gesenkt. Damit hält der Druck auf den Ölpreis an. Saudi-Arabien, das seinen Preis auf Drängen

dann wirksam ist, wenn er das nach drei Jahren nicht mehr will, dann ist der Weg zu Umgehungen und damit zu Mieterhöhungen geebnet. Hier muß also abgewartet werden, wie das konkret aussieht.

Schafft das Arbeitsplätze?

Die Maßnahmen zeigen, daß es – abgesehen von den Staffelmieten – selbst unmittelbar keine Maßnahmen sind, die überhaupt direkten Einfluß auf die Mieten in Neubauten haben. Ein kurzfristiger Effekt in Richtung
Skala. Es hat seine Produktion auf 8 Mio. Faß gesenkt, bei einer Kapazität von 13 Mio. Faß. Insgesamt dürfte die OPEC ihre Förderkapazität nur etwa zur Hälfte nutzen. Eine Sonderkonferenz ist möglich.
Iran und die UdSSR haben den Bau zweier Elektrizitätswerke in Iran vereinbart. In diesem Zusammenhang wurde bekannt, daß die UdSSR 1981 erstmals wieder 2,2 Mio. Tonnen Erdöl aus Iran importiert hat. Auch benutzt Iran immer stärker sowjetische Verkehrswege für seinen Außenhandel. 3,4 Mio. Tonnen Güter wurden 1981 durch die UdSSR transferiert, 1978 waren es eine Mio. Tonnen gewesen.

Arbeitsbeschaffung für Möbelspeditionen, Lagereien, Gerichtsvollzieher und Makler

Die Änderung des Mietrechts im Rahmen des 2. HaushaltsstrukturG und des Beschäftigungsprogramms der Bundesregierung / Von Eberhard Reinecke

Wenige Maßnahmen im Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung sind so umstritten wie die geplanten Änderungen des Mietrechts. Kaum verkündet, teilte der Wohnungsbauminister selbst mit, man müsse in zwei Jahren überprüfen, ob die Maßnahmen den gewünschten Effekt gehabt hätten. Lambsdorff, der das zarte Gemüt der Bodenspekulanten besser kennt, forderte sofort die Einstellung solcher Äußerungen, die die „Investoren" nur verunsicherten. Trotzdem: Der SPD-Bezirksparteitag Ostwestfalen wandte sich an diesem Wochenende „entschieden gegen jede Lockerung des geltenden Mietrechts". Tatsächlich fragt sich bei den durchgeführten Änderungen und den geplanten, was die mit der Belebung der Bautätigkeit – insbesondere einer kurzfristigen – zu tun haben sollen.

Fehlbelegungsabgabe – Der Putsch des Vermittlungsausschusses

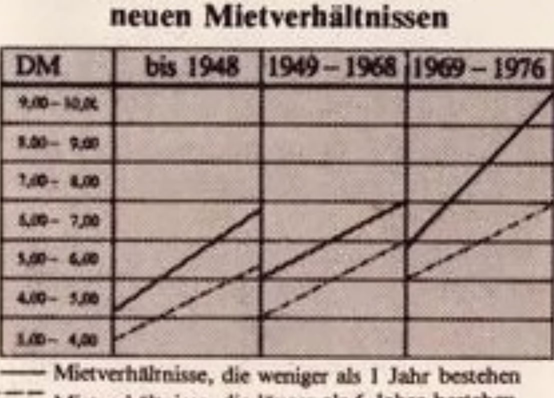
In einem für ein Gesetzgebungsverfahren einmaligen Putsch wurde am 10. Dezember 1981 ein Gesetz zur Fehlbelegungsabgabe im Bundestag verabschiedet. Am 1. Oktober 1981 hatte der Bundestag selbst in erster Lesung die diversen zu dem Thema vorliegenden Gesetzentwürfe beraten und in die Ausschüsse verwiesen. „Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat ein Planspiel veranstaltet, eine Anhörung gemacht, eine allgemeine Aussprache geführt, einen Unterausschuß eingesetzt, der am 2. Dezember (1981) zum ersten Mal getagt hat." (Conradi, SPD, vor dem Bundestag, 10. Dezember 1981) Noch bevor der Entwurf von dem Ausschuß in die zweite Lesung in den Bundestag zurückkam, griff plötzlich der Vermittlungsausschuß (1) diesen Entwurf mitten aus dem Gesetzgebungsverfahren heraus und präsentierte ihn als Art. 26a des Haushaltsstrukturgesetzes dem Bundestag. Conradi: „Es gibt keine zweite und dritte Lesung. Der Vermittlungsausschuß hat unter Ausschluß der Öffentlichkeit beschlossen. Kein Abgeordneter kann hier Änderungsanträge stellen, auch keine Fraktion, und der Bundestag kann diesem Gesetz mit vielen anderen Gesetzen, diesem großen Paket nur als Ganzem zustimmen oder es ablehnen." Der Abgeordnete, der sich aus Protest gegen diese Kastration der Rechte des Parlaments, der Öffentlichkeit und der Abgeordneten an der Abstimmung nicht beteiligte, forderte die Bürger ausdrücklich auf, Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz einzulegen.

Doch kaum war dieser Putsch über die Bühne gebracht – das Gesetz wird mittlerweile angewandt – setzte die Bundesregierung nach.

Beschleunigte Anhebung der ortsüblichen Vergleichsmiete

Im *Beschäftigungsprogramm* der Bundesregierung sollen zur Belebung der Bautätigkeit neben bisherigen Planungen vor allem die Bestimmungen über die ortsübliche Vergleichsmiete geändert werden. Die bisherigen Planungen (2) zielten vor allem darauf ab, die formalen Schranken, die die Gerichte vor einer wirksamen Mieterhöhung errichtet hatten, einzureißen. Jetzt wird der Begriff der „ortsüblichen Vergleichsmiete" selbst im Sinne der Forderung der Haus- und Grundeigentümer gesetzlich definiert: „Ortsüblich" sollen in Zukunft nur noch die Mieten sein, die in den letzten 5 Jahren vereinbart worden sind. Die Gerichte hatten das immer abgelehnt und eine wirkliche Durchschnittsmiete zu Grunde gelegt. Das hatte den Mietauftrieb in den 70er Jahren in der Tat in der Nähe der normalen Steigerung der Lebenshaltungskosten belassen. Dazu beigetragen haben auch die teilweise recht weiten Möglichkeiten, die die Gerichte gesehen hatten, um auch Neuabschlüsse von Mietverträgen nach unten zu korrigieren. So konnte bei Überschreitung der ortsüblichen Vergleichsmiete um 20% ein Verstoß gegen das Wirtschaftsstrafgesetz vorliegen, der zur Unwirksamkeit der Vereinbarung führt. Unter dem Strich kann man wohl sagen, daß das Miethöhengesetz – gerade auch in der Auslegung der Gerichte – auch bei wachsender Wohnungsnot bisher die Explosion der Mieten verhindert hat. Die jetzt geplante Regelung dürfte hier erheblich höhere Mietsteigerungen zulassen. Die Angaben über die Auswirkungen auf das Mietniveau sind nicht einheitlich. Die Bundesregierung ging im Mietenbericht (BT-Drs. 8/2610 vom 2.3.1979) davon aus, daß die Mieten in Wohnungen, die schon länger als 7,5 Jahre von demselben Mieter bewohnt wurden, um 14% niedriger sind als neuere Mietverhältnisse. Für Mannheim existiert eine Untersuchung aus dem Jahre 1976 (3), nach der bei nur zweijährigem Bestand eine Wohnung 4,85 DM / m² kostet, bei über 16jährigen Bestand des Mietverhältnisses die Miete hingegen nur bei 3,40 DM pro m² und Monat lag. Eine Untersuchung des Batelle-Instituts hat für Frankfurt folgende Spannen ergeben:

Mietspannen bei alten und neuen Mietverhältnissen



Quelle: Deutsche Wohnungswirtschaft 1978, S. 39

Eine neuere Untersuchung (4) für Frankfurt hat ergeben, daß zwar im Mietspiegel bei gut ausgestatteten Wohnungen bis 100 m² die Spanne zwischen 5,10 und 7,60 DM pro m² lag, Neuabschlüsse in den Jahren 1978/79 zwischen 7,80 und 9,50 DM. Bei Wohnungen über 100 m² sind die entsprechenden Zahlen: DM 5,50 bis 8,50 im Mietspiegel und DM 8,00 bis 16,00 bei Neuvermietungen. Man kann also sagen, daß gute Gründe dafür sprechen, daß die vorgesehene Begrenzung des Mietanstieges von 30% auf die ersten 3 Jahre nach Inkrafttreten der Änderung in etwa den Betrag bezeichnen, der gerichtlich durchsetzbar sein soll und wird.

Staffelmiete und befristete Mietverhältnisse

Die Bekräftigung der Absicht der Zulässigkeit der Staffelmiete, die bereits früher geplant war, ist verbunden mit der Ausdehnung der Zeit, in der die Staffelmiete verlangt werden kann, von bisher 10 auf 20 Jahre. Diese Möglichkeit ist beschränkt auf Wohnungen, die nach dem 1.1.1981 gebaut wurden.

Befristete Mietverhältnisse sollen in Zukunft zulässig sein, wenn nach Ablauf der Frist die Häuser abgerissen, umgebaut oder von dem Eigentümer oder Verwandten bewohnt werden sollen. In dieser Formulierung enthält das gegenüber dem geltenden Recht nichts Neues. Befristete Mietverträge können jetzt auch abgeschlossen werden, der Mieter kann die Verlängerung verlangen, dies Verlangen ist aber nicht bindend, wenn der Vermieter Kündigungsgründe hat (zu denen u.a. auch Eigenbedarf oder anderweitige wirtschaftliche Verwertung zählen). Zwar beteuert die Regierung, sie wolle einen Mißbrauch ausschließen, trotzdem dürfte sich – angesichts der bestehenden Möglichkeiten – hinter den Plänen mehr verbergen. Entscheidend dürfte vor allem sein, auf welchen Zeitpunkt das Gesetz abstellt. Kommt es nur darauf an, daß bei Abschluß des Vertrages ein Verwandter glaubhaft erklärt, er wolle nach drei Jahren einziehen, daß also die Befristung selbst dann wirksam ist, wenn er das nach drei Jahren nicht mehr will, dann ist der Weg zu Umgehungen und damit zu Mieterhöhungen geebnet. Hier muß also abgewartet werden, wie das konkret aussieht.

Schafft das Arbeitsplätze?

Die Maßnahmen zeigen, daß es – abgesehen von den Staffelmieten – selbst *unmittelbar* keine Maßnahmen sind, die überhaupt direkten Einfluß auf die Mieten in Neubauten haben. Ein kurzfristiger Effekt in Richtung Neubau und damit auch Arbeitsplatzschaffung (zumindest im Baugewerbe) ist deshalb ziemlich ausgeschlossen. Wenn dieses überhaupt noch etwas mit Investitionsneigung zu tun hat, dann nur so, daß mit dem Angriff auf das allgemeine Mietniveau eine tiefgehende Umwälzung der Reproduktionskosten (Steigerung des Anteils für Mieten) beabsichtigt ist. Erst wenn diese Umwälzung Ergebnisse zeitigt, d.h. das allgemeine Niveau in alten Wohnungen erheblich angehoben worden ist, können auch Neubauten wieder profitträchtig gebaut werden. Nicht einmal mit „freier" Marktwirtschaft oder auch nur Konkurrenz hat es aber zu tun, wenn auf diesem Weg Milliarden an die Klasse der Grundeigentümer gehen, die lediglich „den gesellschaftlichen Fortschritt ausbeuten, ohne dazu beizutragen und etwas zu riskieren" (Marx). Nirgendwo ist der ansosnten so geschmähte „Mitnehmereffekt" so stark wie bei der Miete, denn was schert den Grundeigentümer, wenn er sein Haus noch billig gebaut hat. Er nimmt was er bekommt. Ein Prozentpunkt mehr dürfte im gesellschaftlichen Durchschnitt an die eine Milliarde mehr Miete bedeuten. Ob da nicht die Kommunalisierung von Grund und Boden einfacher ist?

---

(1) Der Vermittlungsausschuß kann nach seiner Geschäftsordnung an sich nur in Fällen tätig werden, in denen der Bundestag ein Gesetz schon verabschiedet hat und der Bundesrat Bedenken hat.
(2) vgl. dazu Rote Robe 2/1981, S. 78
(3) Ipsen, Wohnungen und Mieten, Archiv für Kommunalwissenschaften 1976, S. 262 ff.
(4) Rupp, Ortsübliche Miete und Mietspiegel, Dt. Wohnungswirtschaft 1979, S. 279

Reaganomics

„Was an dem Slogan neu ist, ist nicht wahr, und was daran wahr ist, ist nicht neu“

Mit diesen Worten zitiert Samuel Brittan das „übereinstimmende Urteil vieler Berater sowohl des alten Präsidenten Carter als auch des neuen Reagan“ über Reagans neue „angebotsorientierte Wirtschaftspolitik“. Dieses Urteil des für die „Financial Times“ schreibenden englischen Publizisten richtet sich gegen den Wunderglauben der amerikanischen Regierungspropaganda über den neuen Anfang, der damit verbunden werden könne. Die Elemente dieser Wirtschaftspolitik sind im einzelnen auch aus anderen Ländern und auch aus der Bundesrepublik nicht unbekannt:

– Beseitigung produktivitätshemmender Vorschriften und Bestimmungen, etwa über den Umweltschutz;
– Senkung der Einkommenssteuer, insbesondere des Spitzensteuersatzes für höhere Einkommen;
– Verkürzung der Abschreibungszeiten und damit Erhöhung der Abschreibungssätze für Anlagegüter;
– Kürzung der Staatsausgaben vor allem bei den unproduktiven Sozialausgaben und dadurch Einschränkung der öffentlichen Kreditaufnahme;
– niedrige Lohnzuwächse, um die Gewinne der Unternehmen zu steigern und ihnen damit die Möglichkeiten für Investitionen zu verbessern;
– Begrenzung der Geldmenge, um die Inflation einzudämmen.

Zwei grundlegende Absichten sind dabei ersichtlich. Ein größerer Teil des Mehrwerts soll in den Händen der privaten Kapitalisten als privates Einkommen oder als Unternehmensgewinn verbleiben und der Wert der Ware Arbeitskraft soll dauerhaft gesenkt werden. In Reagans Worten: „Die Steuermacht des Staates muß dazu verwendet werden, Mittel für legitime Regierungsaufgaben bereit zu stellen. Sie darf nicht dazu verwendet werden, die Wirtschaft zu regulieren oder soziale Veränderungen herbeizuführen.“

Die Wirkung der Maßnahmen im einzelnen

Die Kürzung der Sozialausgaben senkten das *allgemeine Lebensniveau* und stellten wohl auch einen Anreiz dar, das „Arbeitsangebot“ zu steigern, sei es die Bereitschaft, bei Arbeitslosigkeit jede Arbeit anzunehmen, sei es die Be-

ten und damit Erhöhung der Abschreibungssätze für Anlagegüter;
– Kürzung der Staatsausgaben vor allem bei den unproduktiven Sozialausgaben und dadurch Einschränkung der öffentlichen Kreditaufnahme;
– niedrige Lohnzuwächse, um die Gewinne der Unternehmen zu steigern und ihnen damit die Möglichkeiten für Investitionen zu verbessern;
– Begrenzung der Geldmenge, um die Inflation einzudämmen.
Zwei grundlegende Absichten sind dabei ersichtlich. Ein größerer Teil des Mehrwerts soll in den Händen der privaten Kapitalisten als privates Einkommen oder als Unternehmensgewinn verbleiben und der Wert der Ware Arbeitskraft soll dauerhaft gesenkt werden. In Reagans Worten: „Die Steuermacht des Staates muß dazu verwendet werden, Mittel für legitime Regierungsaufgaben bereit zu stellen. Sie darf nicht dazu verwendet werden, die Wirtschaft zu regulieren oder soziale Veränderungen herbeizuführen.“
Die Wirkung der Maßnahmen im einzelnen
Die Kürzung der Sozialausgaben senkten das *allgemeine Lebensniveau* und stellten wohl auch einen Anreiz dar, das „Arbeitsangebot“ zu steigern, sei es die Bereitschaft, bei Arbeitslosigkeit jede Arbeit anzunehmen, sei es die Be-

reitschaft zu Überstunden oder sei es die Bereitschaft von mehr Familienangehörigen zur Mitarbeit. Dies wird verbunden mit einer Senkung der Einkommensteuer, die einen geringeren Teil dieses Verdienstes oder Mehrverdienstes dann wegsteuert – wenn auch der größere Teil der Wirkung der Steuersenkungen im Bereich der höheren Einkommen (über 30000 Dollar im Jahr) liegt.

Für die Besserverdienenden soll die Senkung der privaten Einkommenssteuer dazu führen, daß sie *mehr sparen*, d.h. das Geld, das sie durch die Steuersenkungen mehr in Händen haben, anlegen und dadurch das Geldangebot auf dem Kapitalmarkt erhöhen (z.B. indem das Geld einer Bank zur Verfügung gestellt wird, die es weiterverleihen kann). Steigt das Angebot an Geldkapital, so wird davon ein *Sinken des Zinssatzes* erwartet.

Diese Möglichkeit eines Sinkens der Zinsen soll dadurch unterstützt werden, daß der Staat seine Kreditaufnahme beschränkt und nicht als zusätzlicher Nachfrager nach Geldkapital – zur Deckung eines Haushaltsdefizites – auftritt. Die so zustandegebrachte Zinssenkung soll schließlich – und das ist der Zweck der Sache – für die Unternehmen die Kosten bei der Finanzierung eventueller Investitionen senken.

Eine ganz direkte Wirkung für das in der Produktion schon eingesetzte Kapital wird erreicht dadurch, daß mit der Einkommenssteuer auch die Gewinnbesteuerung der Unternehmen sinkt. Da vor allem der Spitzensteuersatz gesenkt wird, ist die Wirkung hier am größten. Bei Reagan hört sich das so an: Die Steuerkürzungen „werden sich auch auf Steuern für Kapitaleinkommen erstrecken und dazu führen, daß der derzeitige Unterschied zwischen der Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkommen letztlich verschwindet“. Der „Unterschied“ besteht bisher darin, daß „Kapitaleinkommen“, da sie meist höher sind als „Arbeitseinkommen“ mit dem entsprechend höheren Satz besteuert werden. Was damit „letztlich verschwinden“ soll, ist die *progressive Besteuerung*. Die andere direkte Wirkung auf das Kapital geht von der Erhöhung der Abschreibungssätze aus. Sie wirkt für das Kapital steuersenkend und beläßt damit ebenfalls einen größeren Teil des Mehrwerts beim einzelnen Kapitalisten.

Diese *drei Ergebnisse* – Erhöhung des Arbeitsangebotes bei niedrigeren Löhnen, Senkung der Zinsen, Erhöhung der Profitrate für den einzelnen Kapitalisten durch Steuersenkung – sollen zu einer *Belebung der Investitionstätigkeit der Unternehmen*, also besserer Produktionsauslastung und Beschäftigung, führen. Durch diese Belebung der Konjunktur wiederum soll es möglich werden, daß die Steuereinnahmen des Staates steigen, obwohl der Steuer*satz* gesenkt worden ist. Also beispielsweise durch Zunahme der Beschäftigten soll das gesamte zu versteuernde Einkommen steigen und damit auch das Steueraufkommen. So soll es möglich sein, den Staatshaushalt zu finanzieren ohne zusätzliche Kreditaufnahme.

„Angebotsorientierte“ Wirtschaftspolitik

Angebotsorientiert heißt dieses Maßnahmenbündel, weil es den Schwerpunkt darauf legt, durch Kostensenkungen (Löhne, Zinsen, Steuern) die Produktionstätigkeit der Kapitalisten wieder anzuregen. Es wird versucht, Einfluß auf die Güterherstellung, das Angebot, zu nehmen und nicht auf die Nachfrage. Die Krise durch Schaffung zusätzlicher Nachfrage zu überwinden war dagegen der Grundgedanke bei der Politik, mit der nach der bisher herrschenden „*keynesianischen*“ Auffassung einem Konjunkturabschwung begegnet wurde: Der Staat nimmt zusätzliche Kredite auf und finanziert damit

Kapitalisten durch Steuersenkung – sollen zu einer *Belebung der Investitionstätigkeit der Unternehmen*, also besserer Produktionsauslastung und Beschäftigung, führen. Durch diese Belebung der Konjunktur wiederum soll es möglich werden, daß die Steuereinnahmen des Staates steigen, obwohl der Steuer*satz* gesenkt worden ist. Also beispielsweise durch Zunahme der Beschäftigten soll das gesamte zu versteuernde Einkommen steigen und damit auch das Steueraufkommen. So soll es möglich sein, den Staatshaushalt zu finanzieren ohne zusätzliche Kreditaufnahme.
„Angebotsorientierte“ Wirtschaftspolitik
Angebotsorientiert heißt dieses Maßnahmenbündel, weil es den Schwerpunkt darauf legt, durch Kostensenkungen (Löhne, Zinsen, Steuern) die Produktionstätigkeit der Kapitalisten wieder anzuregen. Es wird versucht, Einfluß auf die Güterherstellung, das Angebot, zu nehmen und nicht auf die Nachfrage. Die Krise durch Schaffung zusätzlicher Nachfrage zu überwinden war dagegen der Grundgedanke bei der Politik, mit der nach der bisher herrschenden „*keynesianischen*“ Auffassung einem Konjunkturabschwung begegnet wurde: Der Staat nimmt zusätzliche Kredite auf und finanziert damit

zusätzliche Ausgaben; mit diesen zusätzlichen Ausgaben tritt er den Kapitalisten als Nachfrager gegenüber, etwa indem er zusätzliches Geld für den Wohnungsbau ausgibt und dadurch den Baukapitalisten Aufträge verschafft und so die Konjunktur wieder anregt.

Das Problem bei dieser Politik liegt auf der Hand: Es kann so zwar zusätzliche Nachfrage geschaffen werden, aber das eigentliche Problem in der Krise – die zu niedrige Profitrate – wird von dieser Politik nicht gelöst, sie wirkt nicht direkt erhöhend auf die Profitrate. Weshalb sie dennoch gewisse Auswirkungen gehabt hat, liegt unter anderem darin begründet, daß dadurch die Inflation steigt und damit relativ auch die Lohnkosten gesenkt werden. Dies ist auch in der Wissenschaft ein Gedanke bei der Begründung dieser keynesianischen Politik gewesen. Dies aber ist z.B., ohne darauf näher eingehen zu können, für die Kapitalisten heute selber zum Problem geworden. Ein anderes Problem bei dieser Politik ist auch, daß diese Politik mit der *Tiefe und Dauerhaftigkeit der Konjunktureinbrüche*, die immer größere Kreditaufnahme für zusätzliche Ausgaben verlangen, und immer *kürzeren Aufschwungphasen*, die nicht ausreichen, um aus den vermehrten Steuereinnahmen die Kredite wieder zurückzuzahlen, immer schwerer durchführbar wird. Jedenfalls hat diese Politik sich – weil sie auf den Kern, die Profitrate, nicht einwirkt und weil die Krisen tiefer werden – in den Widerspruch verwickelt, immer größere Programme mit immer geringerer Wirkung auflegen zu müssen.

Hinzu kommt, daß „*angebotsorientierte*“ Wirtschaftspolitik bestimmte politische Bedingungen voraussetzt. Hauptsächlich setzt sie voraus ein *großes Arbeitslosenheer*, das es ermöglicht, wirksame Maßnahmen zur Lohnsenkung und Erhöhung der „Arbeitsbereitschaft“ zu ergreifen. Dabei greift diese Politik auch gegenüber den Arbeitern und Angestellten den realen Widerspruch auf, daß z.B. eine immer weniger wirksame Konjunkturpolitik einhergeht mit einer immer höheren Besteuerung. Der Umfang, mit dem diese Politik durchgesetzt werden kann, ist deshalb auch ganz wesentlich von der Möglichkeit der Arbeiterklasse, sich zur Wehr zu setzen, abhängig. Deshalb ist wohl auch diese Politik in diesem Umfang gegenwärtig in den USA eher möglich als in der BRD beispielsweise. Obwohl uns einzelne der eingangs genannten Maßnahmen dieser Politik auch aus der gegenwärtigen Politik der SPD/FDP-Regierung und noch mehr davon als Forderungen der CDU/CSU-Opposition bekannt sind. In England, wo eine ähnliche Wirtschaftspolitik, wie jetzt in den USA, schon etwas länger versucht wird, sind die Kämpfe der englischen Arbeiterbewegung bekannt; dort ist die Regierung mit ihrem Programm der Lohnkostensenkung schon ein gutes Stück gescheitert und die Aussichten, daß ihre ganze Politik wirkt, sind nicht gerade günstig.

Worauf es m.E. ankommt, ist zu verstehen, daß es sich bei dem Streit um die „angebotsorientierte“ Wirtschaftspolitik (und den damit verbundenen „Neokonservativismus“) nicht einfach um einen Streit zwischen verschiedenen politischen Flügeln handelt – owohl die natürlich eine solche Politik in unterschiedlichem Umfang repräsentieren – sondern um die Notwendigkeit und die in unterschiedlichem Umfang verhandene Möglichkeit für die herrschende Klasse, das Problem sinkender Profitraten direkter anzugehen, d.h. durch die Beeinflussung von Faktoren, die direkter auf die Profitrate wirken, als das bisher der Fall war. So war es in den USA z.B. so, daß Präsident Carter schon 1978 einen ganz ähnlichen Maßnahmenkatalog (plus staatlichen Preisempfehlungen) vorgelegt hatte und damit am Kongreß gescheitert ist. Es war sicherlich eine Aufgabe des letzten Präsidentschaftswahlkampfes, dieses Programm durchsetzbar zu machen.

Die Wunderwirkung der Steuersenkungen

Im Zusammenhang der Diskussion um die Steuersenkungen ist ein amerikanischer Ökonom namens Arthur B. Laffer zu unverdientem Ruhm gelangt. Bestandteil der wissenschaftlichen Begründung für die Wirkung von Einkommenssteuersenkungen ist die soge-

verstehen, daß es sich bei dem Streit um die „angebotsorientierte“ Wirtschaftspolitik (und den damit verbundenen „Neokonservativismus“) nicht einfach um einen Streit zwischen verschiedenen politischen Flügeln handelt – owohl die natürlich eine solche Politik in unterschiedlichem Umfang repräsentieren – sondern um die Notwendigkeit und die in unterschiedlichem Umfang verhandene Möglichkeit für die herrschende Klasse, das Problem sinkender Profitraten direkter anzugehen, d.h. durch die Beeinflussung von Faktoren, die direkter auf die Profitrate wirken, als das bisher der Fall war. So war es in den USA z.B. so, daß Präsident Carter schon 1978 einen ganz ähnlichen Maßnahmenkatalog (plus staatlichen Preisempfehlungen) vorgelegt hatte und damit am Kongreß gescheitert ist. Es war sicherlich eine Aufgabe des letzten Präsidentschaftswahlkampfes, dieses Programm durchsetzbar zu machen.
Die Wunderwirkung der Steuersenkungen
Im Zusammenhang der Diskussion um die Steuersenkungen ist ein amerikanischer Ökonom namens Arthur B. Laffer zu unverdientem Ruhm gelangt. Bestandteil der wissenschaftlichen Begründung für die Wirkung von Einkommenssteuersenkungen ist die soge-

nannte *Laffer-Kurve* geworden.

Darin ist ein simpler Zusammenhang dargestellt: Da das staatliche Steueraufkommen vom Sozialprodukt einerseits und vom Steuersatz andererseits abhängig ist, steigt das Steueraufkommen, wenn diese beiden Faktoren steigen; zugleich steigt aber mit dem Steigen des Steuersatzes der Steuerwiderstand. Die Steuerhinterziehung nimmt zu und die Arbeitsbereitschaft nimmt ab, weil ein zu großer Teil des zusätzlichen Einkommens weggesteuert wird. Die *These* ist jetzt, daß es einen bestimmten Steuersatz gibt, bis zu dem die Steuereinnahmen steigen, wenn dieser überschritten wird aber die versteuerte Wirtschaftstätigkeit so abnimmt, daß das gesamte Steueraufkommen sinkt, obwohl der Steuersatz steigt.

Diese Theorie ist gegen empirische Überprüfung weitgehend gefeit, weil der Umfang der Wirtschaftstätigkeit natürlich von vielen Faktoren abhängig ist. In einer von der OECD in Auftrag gegebenen Studie wurde versucht, den Zusammenhang von Arbeitsangebot und Steuersatz zu untersuchen, also den Teil der Theorie, der besagt, daß das Arbeitsangebot ab einem bestimmten Punkt abnimmt, wenn der Steuersatz zunimmt. In dieser Studie konnte ein solcher Zusammenhang nicht festgestellt werden. Eine andere Untersuchung über Schweden (mit einem Spitzensteuersatz von 80%) will für Schweden einen solchen Zusammenhang festgestellt haben und kommt in einer Modellrechnung zu dem Ergebnis, daß der für das Steueraufkommen optimale Steuersatz bei 69 bis 73% liegt. Die empirische Überprüfung auch dieses Teilzusammenhanges ist deshalb problematisch, weil alle anderen Faktoren, die auf das Arbeitsangebot Einfluß haben, abgesondert werden müssen.

Die Laffer-Kurve wird nun insofern zur Begründung der Einkommenssteuersenkungen in den USA herangezogen, als davon ausgegangen wird, daß die Senkung des Spitzensteuersatzes von 70% in den USA direkt durch die Zunahme der Arbeitsbereitschaft das Steueraufkommen – das zunächst einmal durch die Senkung des Steuersatzes fällt – wieder ansteigen lassen wird – und indirekt durch die Belebung der Wirtschaftstätigkeit noch einmal wird steigen lassen.

Im Wahlkampf war dies von Reagan noch in reiner Form angekündigt worden: Beginnend mit dem 1. Juli 1981 sollte die Einkommensteuer drei Jahre lang jedes Jahr um 10% herabgesetzt werden; Ausgabenkürzungen seien wegen des oben genannten Effektes nicht nötig, die Steuerkürzungen würden „sich selbst finanzieren“. Tatsächlich durchgeführt wurde eine Steuersenkung um 5% ab dem 1.10.1981; immer noch verbunden mit der Ankündigung, daß es in den nächsten beiden Jahren bei den 10% bleiben würde. Auf die „Selbstfinanzierung“ wollte Reagan auch nicht mehr so sehr vertrauen; der Haushalt wurde um 50 Mrd. Dollar gekürzt. Tatsächlich bedeutete das für alle Bereiche außer dem Militärhaushalt eine weit größere Kürzung, weil der *Militärhaushalt* um 26 Mrd. Dollar ge-

gebot Einfluß haben, abgesondert werden müssen.
Die Laffer-Kurve wird nun insofern zur Begründung der Einkommenssteuersenkungen in den USA herangezogen, als davon ausgegangen wird, daß die Senkung des Spitzensteuersatzes von 70% in den USA direkt durch die Zunahme der Arbeitsbereitschaft das Steueraufkommen – das zunächst einmal durch die Senkung des Steuersatzes fällt – wieder ansteigen lassen wird – und indirekt durch die Belebung der Wirtschaftstätigkeit noch einmal wird steigen lassen.
Im Wahlkampf war dies von Reagan noch in reiner Form angekündigt worden: Beginnend mit dem 1. Juli 1981 sollte die Einkommensteuer drei Jahre lang jedes Jahr um 10% herabgesetzt werden; Ausgabenkürzungen seien wegen des oben genannten Effektes nicht nötig, die Steuerkürzungen würden „sich selbst finanzieren“. Tatsächlich durchgeführt wurde eine Steuersenkung um 5% ab dem 1.10.1981; immer noch verbunden mit der Ankündigung, daß es in den nächsten beiden Jahren bei den 10% bleiben würde. Auf die „Selbstfinanzierung“ wollte Reagan auch nicht mehr so sehr vertrauen; der Haushalt wurde um 50 Mrd. Dollar gekürzt. Tatsächlich bedeutete das für alle Bereiche außer dem Militärhaushalt eine weit größere Kürzung, weil der *Militärhaushalt* um 26 Mrd. Dollar ge-

genüber dem Vorjahr höher angesetzt wurde. Trotz all diesem verblieb für diesen Haushalt noch ein *geplantes Defizit von 50 Mrd. Dollar*, das durch Kreditaufnahme zu decken war.

Die Grunddaten dieses Haushalts für das Jahr 1982, der am 1.10.1981 in Kraft trat, begründete Reagan im Februar 1981 vor der Vollversammlung der beiden Häuser des amerikanischen Kongresses: „Es ist jedoch wichtig, sich vor Augen zu halten, daß wir nur die Wachstumsrate der Ausgaben und Besteuerung verringern werden. Wir versuchen nicht, die Ausgaben oder Steuern unter das jetzige Niveau zu bringen. Dieser Plan wird unsere Wirtschaft wiederbeleben, die Produktivität steigern, und dadurch die Arbeitsplätze schaffen, die unser Volk benötigt.“



Der amerikanische Professor Martin Feldstein beschreibt den Sachverhalt in der „Financial Times“: „Die Regierung betont, daß ihr Steuerpaket den marginalen Steuersatz kürzen wird ... Für die meisten wäre der Vorteil sehr gering. Jedoch die 15%ige Kürzung würde den Höchststeuersatz von 70% auf 60% ermäßigen und allgemeiner würde sie den marginalen Steuersatz für die Personen mit hohen Einkommen senken.

Der zweite Teil des Steuerkürzungspaketes noch einmal in Reagans Worten in seiner Rede vor dem Kongreß: „Der zweite Teil des Steuerpaketes zielt darauf, Unternehmen und Branchen das notwendige Kapital für Modernisierungen sowie Forschungs- und Entwicklungsaufgaben zur Verfügung zu stellen. Dafür soll eine Erhöhung der Abschreibungen rückwirkend vom 1. Januar 1981 sorgen ... Wir schlagen erheblich kürzere Abschreibungszeiten als bisher vor: fünf Jahre für Maschinen, drei Jahre für Fahrzeuge und Lastkraftwagen und zehn Jahre für Fabriken und Werksgebäude.“

Wunder dauern etwas länger

Die Wunderwirkung der sich selbst finanzierenden Steuersenkung ist nicht eingetreten. Erst einmal hat die nur 5%ige Kürzung dazu geführt, daß im Laufe des Jahres 1982 nur 20 Mrd. Dollar statt in die Hände des Staates zu gelangen in den Händen von Privaten bleiben werden. Selbst wenn davon mehr als die Hälfte „gespart“ würde, also den geplanten Weg gehen würde, als Geldangebot auf dem Geldkapitalmarkt zu landen, so wird dieses zusätzliche Geldangebot nicht nur durch die geplante zusätzliche Kreditaufnahme von 50 Mrd. Dollar aufgefressen, sondern dem stehen mittlerweile schon zusätzliche Kreditaufnahmen des Zentralstaates in Höhe von voraussichtlich *100 Mrd. Dollar* gegenüber. Damit ist es mit der zinssenkenden Wirkung des zusätzlichen Geldkapitalangebotes vorbei.

Die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik beginnt, sich in einen ähnlichen Widerspruch zu verstricken, wie vorher die keynesianische oder nachfrageorientierte. Der Einnahmeausfall aus den Steuersenkungen darf nicht aus zusätzlichen Krediten ausgeglichen werden, weil dann die Zinsen nicht sinken. Der Konjunkturaufschwung, der

Maschinen, drei Jahre für Fahrzeuge und Lastkraftwagen und zehn Jahre für Fabriken und Werksgebäude.“
Wunder dauern etwas länger
Die Wunderwirkung der sich selbst finanzierenden Steuersenkung ist nicht eingetreten. Erst einmal hat die nur 5%ige Kürzung dazu geführt, daß im Laufe des Jahres 1982 nur 20 Mrd. Dollar statt in die Hände des Staates zu gelangen in den Händen von Privaten bleiben werden. Selbst wenn davon mehr als die Hälfte „gespart“ würde, also den geplanten Weg gehen würde, als Geldangebot auf dem Geldkapitalmarkt zu landen, so wird dieses zusätzliche Geldangebot nicht nur durch die geplante zusätzliche Kreditaufnahme von 50 Mrd. Dollar aufgefressen, sondern dem stehen mittlerweile schon zusätzliche Kreditaufnahmen des Zentralstaates in Höhe von voraussichtlich *100 Mrd. Dollar* gegenüber. Damit ist es mit der zinssenkenden Wirkung des zusätzlichen Geldkapitalangebotes vorbei.
Die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik beginnt, sich in einen ähnlichen Widerspruch zu verstricken, wie vorher die keynesianische oder nachfrageorientierte. Der Einnahmeausfall aus den Steuersenkungen darf nicht aus zusätzlichen Krediten ausgeglichen werden, weil dann die Zinsen nicht sinken. Der Konjunkturaufschwung, der

trotz des gesunkenen Steuersatzes Steuermehreinnahmen bringen sollte, tritt aber nicht ein. Die Wirkung der Maßnahmen, die auf das Lohnniveau und auf den Profit der Kapitalisten zielen, ist zumindest gegenwärtig noch zu gering, um die Kapitalisten zu neuem Investieren „anzureizen“.

Der Ausweg ist aber für diese Politik ein anderer. Während sich eine keynesianische, d.h. nachfrageorientierte Politik aus ihrem Dilemma praktisch nur helfen konnte durch Schüren der Inflation, ist der Ausweg für die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik noch schärferes Vorgehen gegen Lohnerhöhungen und noch striktere Streichungspolitik bei den „unproduktiven“ Sozialausgaben. Und genau das ist es, was Reagan mit seinem Vorgehen gegen den Fluglotsenstreik und mit seinem neuen Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 1983, das am 1.10.1982 beginnt, macht. Damit gerät er gleichzeitig notwendig in immer schärferen *Konflikt mit der Arbeiterbewegung*.

Wiederum gilt es zu verstehen, daß es sich bei dieser Sorte „Neokonservativismus“ nicht einfach um eine härtere Gangart der Reaktion handelt, sondern um eine Notwendigkeit bei der Fortführung dieser Politik. Er weiß jetzt schon, daß er wesentlich mehr gegen die Arbeiterbewegung durchsetzen muß, als es etwa der Thatcher-Regierung bisher gelungen ist, wenn er Erfolg haben will. Gleichzeitig ist klar, daß die Arbeiterbewegung zu immer größerer Gegenwehr gezwungen ist. Das Wunder der neuen ökonomischen Stärke Amerikas kann daran leicht scheitern. *Jürgen Schwemann*

In der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft erklärt man gleich: „Wir unterscheiden genau zwischen der Sache und Personen!" „Man kann doch nicht gleich die Polizei abschaffen, nur weil 3 Polizisten beim Diebstahl erwischt worden sind." E. Loderer hat gleich nach Bekanntwerden der Vorgänge bei der Neuen Heimat erklärt, der Gedanke der Gemeinwirtschaft sei davon nicht berührt und die Gemeinwirtschaft sei heute nötiger denn je. Was ist überhaupt „Gemeinwirtschaft"? Sollen sich die Gewerkschaften aus wirtschaftlichen Unternehmen zurückziehen, wie dies einige fordern? Sind sie überhaupt geeignet heute einen nützlichen Beitrag für die Arbeiterbewegung zu leisten?

Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG
Frankfurt am Main
DGB und Gewerkschaften 100%
DGB – 20,5%; IG Metall – 24,97%; IG Bergbau – 19,4%; übrige DGB Gewerkschaften – 35,13%
Kapital: 450 Millionen DM

38,3% – co op AG Frankfurt/Main – Kapital: 150 Millionen DM
99,5% – Bank für Gemeinwirtschaft AG Frankfurt/Main – Kapital: 900 Millionen DM
51,0% – Volksfürsorge Lebensversicherung AG Hamburg – Kapital: 50 Millionen DM
43,0%
49,9% – Neue Heimat Städtebau GmbH Hamburg – Kapital: 120 Millionen DM
50,0% – Deutsche Druck- u. Verlagsgesellschaft mbH u. Co. KG Hamburg – Kapital: 5 Millionen DM
56,2% – acon Gesellschaft für Werbung und Kommunikation mbH Köln – Kapital: 240.000 DM
18,75% – Union-Druckerei und Verlagsanstalt GmbH Frankfurt/Main – Kapital: 10 Millionen DM
58,0% – Büchergilde Gutenberg Verlagsgesellschaft mbH Frankfurt/M. – Kapital: 3,62 Millionen DM
95,0% – Gemeinwirtschaftliche Datenverarbeitungsgesellschaft mbH Frankfurt/Main – Kapital: 500.000 DM
100% – Zeitpress Pressedienst-Verlagsgesellschaft mbH Frankfurt/Main – Kapital: 20.000 DM
99,9% – BfG:Luxemburg S.A. Luxembourg – Kapital: 2 Milliarden lfr
46,1% – 6,0% – 4,1% – Internationale Genossenschaftsbank AG Basel – Kapital: 140 Millionen sfr
95,0% – 5% – Volksfürsorge Deutsche Sachversicherung AG Hamburg – Kapital: 45 Millionen DM

Die Gemeinwirtschaft der Gewerkschaften

Die Entwicklung und Philosophie

Von Genossenschaften zur Gemeinwirtschaft

Die westdeutschen Gewerkschaften betreiben eine Reihe von Wirtschaftsunternehmen. Das sind die Gewerkschaftsdruckereien und die Vermögensverwaltungen sowie kulturelle (wie die Ruhrfestspiele) und wissenschaftliche Unternehmungen (wie das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Gewerkschaften). Wirtschaftlich von Bedeutung sind die sogenannten „gemeinwirtschaftlichen Unternehmen".

Vorläufer dieser Unternehmen waren die Genossenschaften, Versicherungen und Sparvereine, die neben der Sozialdemokratischen Partei, den Gewerkschaften und den kulturellen und sportlichen Organisationen die sogenannte 4. Säule der Arbeiterbewegung bildeten. Sie waren personell miteinander verquickt und förderten sich gegenseitig.

Die Genossenschaften

Mit Aufkommen der Industrialisierung bildeten sich vielerorts, angeregt durch die Ideen der Utopisten, kleine Produktivgenossenschaften. Sie konnten sich nicht lange behaupten.

Karl Marx und Friedrich Engels schreiben im Kommunistischen Manifest über die Lage der Arbeiter: „Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten soweit beendet, daß er seinen Arbeitslohn bar ausgezahlt erhält, so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw." Dagegen suchten sich die Arbeiter in Selbsthilfeeinrichtungen zu schützen. Anfangs, 1844, nach dem Vorbild der „Redlichen Pioniere", 20 Webern im englischen Rochdale, schlossen sie sich in Konsumgenossenschaften zusammen, im Fahrwasser Liberaler, die in den Genossenschaften die „Lösung der sozialen Frage" sahen. Später dann, in der oben beschriebenen engen Verbindung mit SPD und Gewerkschaften, nahm diese Bewegung einen starken Aufschwung.

Die Mitgliederzahlen und Umsätze stiegen rasch:

Jahr	Mitglieder	Umsatz (Mio. Mark)
1900	500000	127
1913	2000000	600
1930	3600000	1500
1961	2600000	4300

1902 hatten sich die Konsumvereine zusammengeschlossen. Im Faschismus wurde diese Organisation teilweise aufgelöst, teilweise von der Arbeitsfront übernommen. Nach dem II. Weltkrieg konnten sie ihre alte Bedeutung nicht wiedererlangen. In den 60er und 70er Jahren wurden die Genossenschaften in die coop-Gruppe aufgelöst und teilweise als Aktionäre übernommen. Die coop-Gruppe hat einen Einzelhandelsanteil von rund 10%.

Nach dem I. Weltkrieg kam es unter der Losung „Sozialisierung des Baugewerbes" zu Gründungen von Produktivgenossenschaften von Bauarbeitern. Ende 1919 waren es 41, kaum 2 Jahre später waren es 140 solcher Bauproduktivgenossenschaften in ganz Deutschland. Gefördert wurde diese Bewegung durch die Bereitstellung von Hauszinshypotheken durch den Staat. Unter dem Einfluß des Deutschen Bauarbeiterverbands, der Gewerkschaft, schlossen sie sich zusammen. Es entstanden 19 Bauhütten-Betriebsverbände mit einem gemeinsamen Dachverband; ein großes Bauunternehmen mit insgesamt 18000 Beschäftigten, die bis Ende 1929 82000 Kleinwohnungen erstellten, was 2% des gesamten Bauvolumens dieser Zeit ausmachte. Ziele der Bauhütten waren die Verbilligung des Bauens, die Hebung der Wohnkultur; es wurden Musterwohnungen oder Häuser erstellt, die tatsächlich beispielhaft waren. Die Belegschaften wählten Betriebsvorstände, die Einfluß auf die Betriebsleitungen nehmen konnten, ebenso wie die Betriebsversammlungen. Das Kapital lag nach der Zentralisation hauptsächlich bei der Baugewerkschaft.

Ergänzend dazu wurde nach einem Beschluß des ADGB seit 1922 eine zentrale Wohnungsgesellschaft, die auch die vorhandenen regionalen und örtlichen zusammenfassen sollte, gegründet.

Nach der Übernahme durch die Faschisten und Zerstörung durch die Bombardierungen wurden die gewerkschaftlichen Wohnungsunternehmen nach dem II. Weltkrieg in der „Neuen Heimat" zusammengeschlossen.

Die „Neue Heimat" ist heute die größte Wohnungsbaugesellschaft in der BRD, errichtet jährlich 12000 bis 15000 Wohnungen, das sind etwa 3%, verwaltet mehr als 400000 Wohneinheiten, das sind rund 1,5%, und besitzt mehr als 300000 Wohnungen.

Seit 1912 haben sich die Gewerkschaften in das Geschäft der Kleinversicherungen eingeschaltet, weil zu der Zeit viele Arbeiter um ihre Versicherungsgelder betrogen wurden. Neben der Volksfürsorge-Versicherung, die in den zwanziger Jahren ihr Geschäft auch auf andere Bereiche ausdehnte, entstand aus den Hausbanken der Gewerkschaften der 20er Jahre 1958 die Bank für Gemeinwirtschaft. Sie ist eine der führenden Banken der Bundesrepublik.

Arbeiterbewegung und Genossenschaften

Welche Stellung sollte die Arbeiterbewegung gegenüber diesen genossenschaftlichen Einrichtungen einnehmen? Marx hatte die Bildung von Produktivgenossenschaften unterstützt. „Wir empfehlen den Arbeitern, sich viel mehr auf die Kooperativproduktion als auf Kooperativläden einzulassen. Die letzteren berühren nur die Oberfläche des heutigen ökonomischen Wesens, die ersteren greifen es in seinen Grundfesten an ... Um zu verhindern, daß die Kooperativfabriken in gewöhnliche bürgerliche Kommanditgesellschaften entarten, sollten alle von ihnen beschäftigten Arbeiter, als Aktionäre oder nicht, gleichen Anteil erhalten. Als ein bloß zeitweiliges Mittel sei ihnen zugestanden, daß die Aktionäre einen mäßigen Zins erhalten", schreibt er 1866 in seiner Instruktion für den Genfer Kongreß.

Lassalle dagegen lehnte die Konsumgenossenschaften ohnehin ab, weil dies nach seinem „ehernen Lohngesetz" nicht zur Besserung der Lage der Arbeiterstände beitragen könne. Die Produktivgenossenschaften könnten nur gelingen, wenn der Staat Kredit zuschießen würde. Nachdem die meisten Produktivgenossenschaften gescheitert waren, standen die SPD und die Gewerkschaften ihnen skeptisch gegenüber. Der bürgerliche Ökonom Oppenheimer stellte die These auf, daß die Produktivgenossenschaften an ihren inneren Widersprüchen zwischen Genossenschaftsinteressen und egoistisch bestimmten Einzelinteressen der Genossen scheitern müßten. E. Bernstein übernahm 1899 in seiner Schrift „Über die Voraussetzungen des Sozialismus" diese These. Er schrieb: „Lebensfähig haben sich die Produktivgenossenschaften bisher nur da erwiesen, wo sie in Konsumvereinen einen Rückhalt hatten oder sich selbst in ihrer Organisation dieser Form näherten. Dies gibt einen Fingerzeig, in welcher Richtung wir die am meisten erfolgversprechende Weiterausbildung der Arbeitergenossenschaften zu suchen haben."

Im Gegensatz zur Produktivgenossenschaft sei bei den Konsumgenossenschaften das Interesse der Konsumgenossenschaft immer deckungsgleich mit dem der Genossen. Deshalb könnten die Konsumgenossenschaften innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft bestehen. Mit dieser Schrift wurden die Konsumgenossenschaften zu „wertvollen und unerläßlichen Hebeln der sozialistischen Befreiung", und damit auch theoretisch der Arbeiterbewegung zugeordnet.

Was ist Gemeinwirtschaft?

Angesichts der jüngsten Vorkommnisse bei der „Neuen Heimat" liegt es nahe, „gemeinwirtschaftliche Unternehmen" mit: Unternehmen, die die Gemeinen schröpfen und den Vorständen und Aufsichtsräten in die Tasche wirtschaften, zu definieren. Demnach unterschieden sie sich von den normalen kapitalistischen Unternehmen nur durch größere Plumpheit und Direktheit.

Gerade aber von den Gewerkschaften und diesen Unternehmen wird auf den besonderen Charakter der „gemeinwirtschaftlichen Unternehmen" hingewiesen.

Der DGB hat die Aufgaben der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen 1978 so definiert:

– Sie sollen zeigen, daß mit sozialverpflichtetem Kapital in einer Marktwirtschaft erfolgreich für das Gemeinwohl gearbeitet werden kann. Sie beweisen, daß sie die Marktwirtschaft funktionsfähiger machen. Sie sollen mittelfristig oder unmittelbar die Lebensbedingungen für die Arbeitnehmer verbessern helfen.

– Dieser Auftrag wird durch unmittelbar erbrachte Leistungen oder mittelbar durch beispielgebendes wettbewerbsförderndes und strukturverbesserndes Verhalten der Unternehmen erfüllt.

– Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen sollen die Verwirklichung gewerkschaftspolitischer Vorstellungen unterstützen. Dies durch Bereitstellen von Sachmitteln und Fachwissen oder durch beispielhaftes Verwirklichen sozial- und gesellschaftspolitischer Forderungen der Gewerkschaften im Rahmen der geschäftlichen Möglichkeiten.

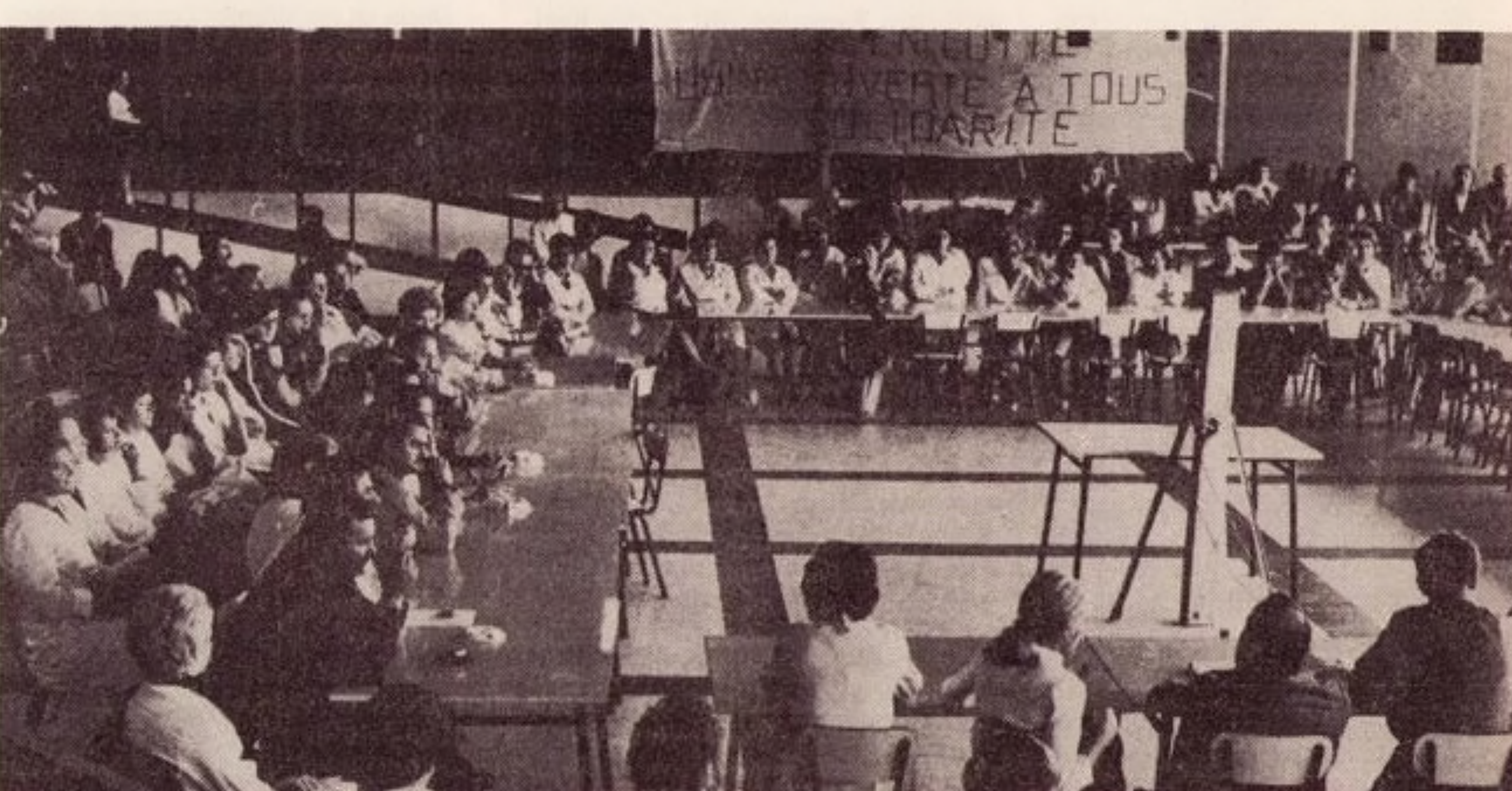
In den meisten Fällen Fehlanzeige. Die Leistungen der Gewerkschaften auf wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet sind unbestritten. Jedoch hat die „Neue Heimat" den Wohnungsmarkt nicht funktionierender gemacht, unterscheidet sich die Kreditpolitik der BfG nur in Nuancen von der der Sparkassen, sind auch die sozial- und gesellschaftspolitischen Forderungen der Gewerkschaften nicht beispielhaft erfüllt, sondern im Gegenteil sind Klagen über die Praktiken dieser Betriebe bekannt.

T. Thiemeyer, einer der heutigen Vertreter der Gemeinwirtschaftsökonomie, schreibt: „Was ist denn nun Gemeinwirtschaftlichkeit? Viele berufen sich auf das ‚öffentliche Interesse', viele berufen sich auf das ‚Gemeinwohl', viele berufen sich auf den ‚Dienstgedanken'. Unter diesem Aspekt – das muß ganz nüchtern gesehen werden – ist die Forderung, man solle sich gemeinwirtschaftlich verhalten, nichts anderes als eine Leerformel." Und als Auflösung dieses Problems bietet er an: „Wir können sogar den Schluß ziehen: Gemeinwirtschaftliches Disponieren ist nur bei dauernder Kontrolle durch die Öffentlichkeit zu sichern. Gemeinwirtschaftlichkeit wird so zu einer Frage der öffentlichen Kontrolle, der öffentlichen Mitwirkung, der Mitbestimmung des Staatsbürgers im weitesten Sinne."

Bei den gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaften fehlt diese öffentliche Kontrolle. In den Aufsichtsräten kontrolliert die BfG sich selbst. Dabei setzt sich dann zwangsläufig der Kapitalverwertungsgesichtspunkt durch.

Die genossenschaftlichen Unternehmen der Arbeiterbewegung sind bewußt abgelöst worden durch die gemeinwirtschaftlichen der Gewerkschaften. Damit wurde aber auch die mit den Genossenschaften vorgegebene engere Aufgabenbestimmung der Unternehmen aufgegeben. Es entfielen ebenso mit den inneren Strukturen Kontrollinstrumente der Genossen über die Arbeit der Unternehmen.

Für die Streikkassen der Gewerkschaften sind die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen der Gewerkschaften nicht notwendig, eher bilden sie Hindernisse für die Streikfähigkeit. Zu überlegen ist also, ob die Gewerkschaften nicht ganz auf diese Geschäfte verzichten sollen. Politisch würden die Gewerkschaften sich von einem ständigen Kritikpunkt befreien. Der Verzicht auf diese Geschäfte würde die Tätigkeit dieser Unternehmen jedoch auch nicht verbessern. Auf jeden Fall ist eine genauere Bestimmung der Aufgaben dieser Unternehmen notwendig. Ohne eine Verbesserung der Kontrollinstrumente wird das aber auch nicht viel nutzen. Vielleicht wäre hier ein Rückgriff auf die genossenschaftlichen Strukturen nützlich. Dies wären Kontrollorgane der ideellen Eigner, der Gewerkschaftsmitglieder, Erweiterung der Rechte der Belegschaften und Einführung von Rechten der Nutzer. Hier müßten die Mieter und Versicherten beispielsweise berücksichtigt werden. Dies könnte auch diese Unternehmen wieder beispielhaft zum Nutzen der Lohnabhängigen machen.

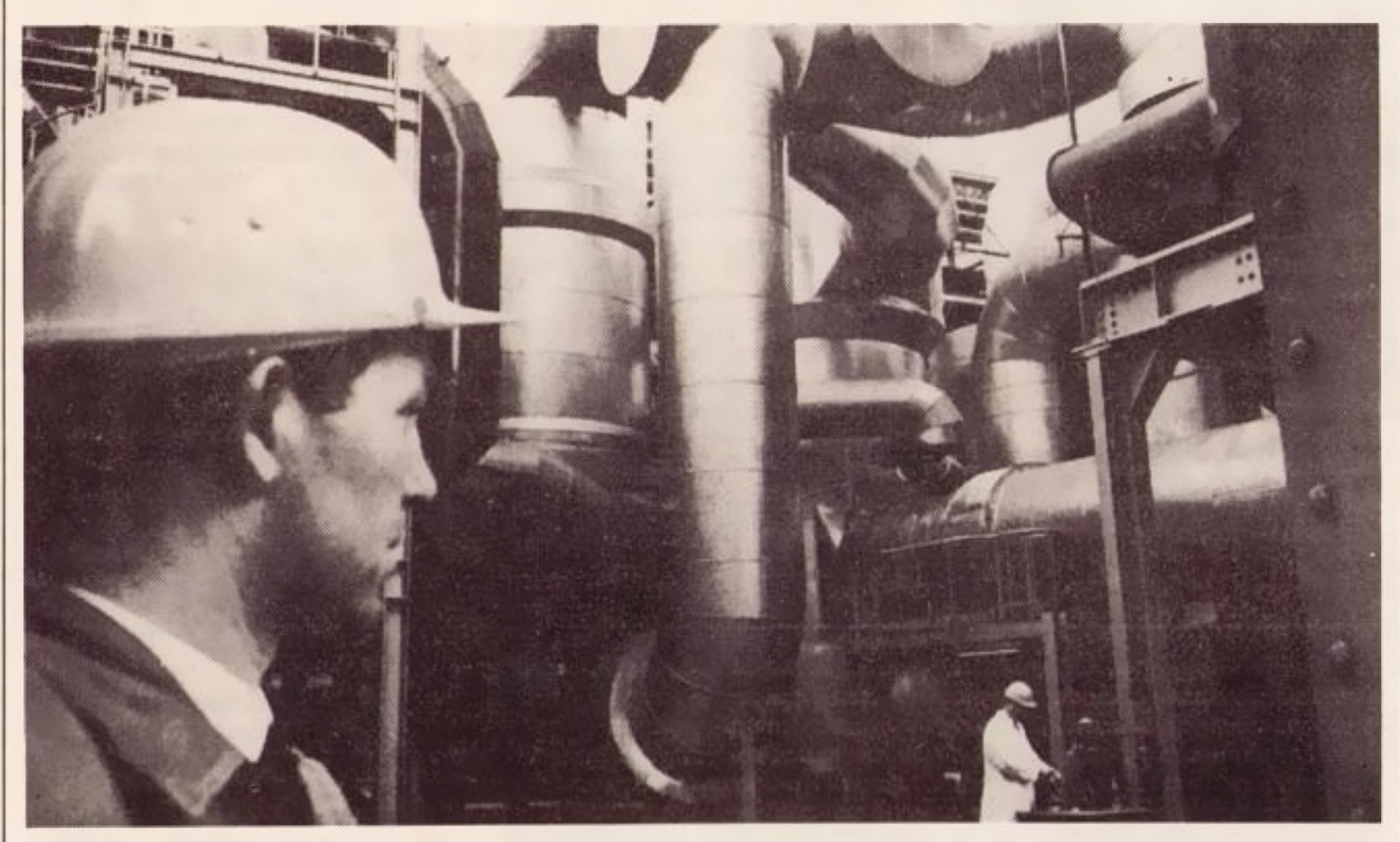


Frankreich. LIP *Bild:* Vollversammlung der Arbeiter(innen) in der besetzten Fabrik am 12. Juni 1973.

Die westdeutschen Gewerkschaften betreiben eine Reihe von Wirtschaftsunternehmen. Das sind die Gewerkschaftsdruckereien und die Vermögensverwaltungen sowie kulturelle (wie die Ruhrfestspiele) und wissenschaftliche Unternehmen (wie das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Gewerkschaften). Wirtschaftlich von Bedeutung sind die sogenannten „gemeinwirtschaftlichen Unternehmen".
Vorläufer dieser Unternehmen waren die Genossenschaften, Versicherungen und Sparvereine, die neben der Sozialdemokratischen Partei, den Gewerkschaften und den kulturellen und sportlichen Organisationen die sogenannte 4. Säule der Arbeiterbewegung bildeten. Sie waren personell miteinander verquickt und förderten sich gegenseitig.
Die Genossenschaften
Mit Aufkommen der Industrialisierung bildeten sich vielerorts, angeregt durch die Ideen der Utopisten, kleine Produktivgenossenschaften. Sie konnten sich nicht lange behaupten.
Karl Marx und Friedrich Engels schreiben im Kommunistischen Manifest über die Lage der Arbeiter: „Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch
Nach dem I. Weltkrieg kam es unter der Losung „Sozialisierung des Baugewerbes" zu Gründungen von Produktivgenossenschaften von Bauarbeitern. Ende 1919 waren es 41, kaum 2 Jahre später waren es 140 solcher Bauproduktivgenossenschaften in ganz Deutschland. Gefördert wurde diese Bewegung durch die Bereitstellung von Hauszinshypotheken durch den Staat. Unter dem Einfluß des Deutschen Bauarbeiterverbands, der Gewerkschaft, schlossen sie sich zusammen. Es entstanden 19 Bauhütten-Betriebsverbände mit einem gemeinsamen Dachverband; ein großes Bauunternehmen mit insgesamt 18000 Beschäftigten, die bis Ende 1929 82000 Kleinwohnungen erstellten, was 2% des gesamten Bauvolumens dieser Zeit ausmachte. Ziele der Bauhütten waren die Verbilligung des Bauens, die Hebung der Wohnkultur; es wurden Musterwohnungen oder Häuser erstellt, die tatsächlich beispielhaft waren. Die Belegschaften wählten Betriebsvorstände, die Einfluß auf die Betriebsleitungen nehmen konnten, ebenso wie die Betriebsversammlungen. Das Kapital lag nach der Zentralisation hauptsächlich bei der Baugewerkschaft.
Ergänzend dazu wurde nach einem Beschluß des ADGB seit 1922 eine zentrale Wohnungsgesellschaft, die auch
Oberfläche des heutigen ökonomischen Wesens, die ersteren greifen es in seinen Grundfesten an ... Um zu verhindern, daß die Kooperativfabriken in gewöhnliche bürgerliche Kommanditgesellschaften entarten, sollten alle von ihnen beschäftigten Arbeiter, als Aktionäre oder nicht, gleichen Anteil erhalten. Als ein bloß zeitweiliges Mittel sei ihnen zugestanden, daß die Aktionäre einen mäßigen Zins erhalten", schreibt er 1866 in seiner Instruktion für den Genfer Kongreß.
Lassalle dagegen lehnte die Konsumgenossenschaften ohnehin ab, weil dies nach seinem „ehernen Lohngesetz" nicht zur Besserung der Lage der Arbeiterstände beitragen könne. Die Produktivgenossenschaften könnten nur gelingen, wenn der Staat Kredit zuschießen würde. Nachdem die meisten Produktivgenossenschaften gescheitert waren, standen die SPD und die Gewerkschaften ihnen skeptisch gegenüber. Der bürgerliche Ökonom Oppenheimer stellte die These auf, daß die Produktivgenossenschaften an ihren inneren Widersprüchen zwischen Genossenschaftsinteressen und egoistisch bestimmten Einzelinteressen der Genossen scheitern müßten. E. Bernstein übernahm 1899 in seiner Schrift „Über
mit dem der Genossen. Deshalb könnten die Konsumgenossenschaften innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft bestehen. Mit dieser Schrift wurden die Konsumgenossenschaften zu „wertvollen und unerläßlichen Hebeln der sozialistischen Befreiung", und damit auch theoretisch der Arbeiterbewegung zugeordnet.
Was ist Gemeinwirtschaft?
Angesichts der jüngsten Vorkommnisse bei der „Neuen Heimat" liegt es nahe, „gemeinwirtschaftliche Unternehmen" mit: Unternehmen, die die Gemeinen schröpfen und den Vorständen und Aufsichtsräten in die Tasche wirtschaften, zu definieren. Demnach unterschieden sie sich von den normalen kapitalistischen Unternehmen nur durch größere Plumpheit und Direktheit.
Gerade aber von den Gewerkschaften und diesen Unternehmen wird auf den besonderen Charakter der „gemeinwirtschaftlichen Unternehmen" hingewiesen.
Der DGB hat die Aufgaben der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen 1978 so definiert:
– Sie sollen zeigen, daß mit sozialverpflichtetem Kapital in einer Marktwirt-
lichkeit zu sichern. Gemeinwirtschaftlichkeit wird so zu einer Frage der öffentlichen Kontrolle, der öffentlichen Mitwirkung, der Mitbestimmung des Staatsbürgers im weitesten Sinne."
Bei den gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaften fehlt diese öffentliche Kontrolle. In den Aufsichtsräten kontrolliert die BfG sich selbst. Dabei setzt sich dann zwangsläufig der Kapitalverwertungsgesichtspunkt durch.
Die genossenschaftlichen Unternehmen der Arbeiterbewegung sind bewußt abgelöst worden durch die gemeinwirtschaftlichen der Gewerkschaften. Damit wurde aber auch die mit den Genossenschaften vorgegebene engere Aufgabenbestimmung der Unternehmen aufgegeben. Es entfielen ebenso mit den inneren Strukturen Kontrollinstrumente der Genossen über die Arbeit der Unternehmen.
Für die Streikkassen der Gewerkschaften sind die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen der Gewerkschaften nicht notwendig, eher bilden sie Hindernisse für die Streikfähigkeit. Zu überlegen ist also, ob die Gewerkschaften nicht ganz auf diese Geschäfte verzichten sollen. Politisch würden die Gewerkschaften sich von einem ständigen Kritikpunkt befreien. Der Verzicht auf diese Geschäfte würde die Tätigkeit dieser Unternehmen jedoch auch nicht verbessern. Auf jeden Fall ist eine genauere Bestimmung der Aufga-
für die Arbeiterbewegung zu leisten?
Von Genossenschaften zur Gemeinwirtschaft
der Gewerkschaften

Nichts Neues außer offenen Fragen

Entgelttarifverhandlungen in der Chemischen Industrie



Am 18.12. sind das letztemal die Bundesentgelttarifkommission der IG Chemie und der Arbeitsring Chemie zusammengekommen, um die Verhandlungen über einen bundesweiten Entgelttarifvertrag weiterzuführen. Ziel soll sein, erste Formulierungen und konkrete Lösungsansätze für ein zu schaffendes Entgeltgruppensystem für Facharbeiter, Handwerker und vergleichbare Angestellte (1) zu entwickeln. Allerdings über das Ergebnis hört man wenig. Noch im März letzten Jahres forderte Horst Mettke, Leiter der Hauptabteilung 5 der IG Chemie, die ständige Diskussion in den Betrieben um den Entgelttarifvertrag, denn „bei der Durchsetzung eines so komplexen Vertrages muß eine Einheit zwischen Information, Verhandlung und gewerkschaftlicher Durchsetzungskraft gegeben sein“. (2) Allerdings mit dieser Praxis hapert es und nicht wenige Betriebsräte haben Kritik, offene Fragen und sind nach wie vor skeptisch, denn seit dem letzten Gewerkschaftstag hat man so seine Erfahrungen mit der IG Chemie gemacht, gerade was Information und Demokratie anbelangt. Es bleibt zu hoffen, daß der Diskussionsbeitrag Peter Purwiens, ebenfalls aus HA 5, zum Thema Entgelttarifvertrag eine Entgleisung war: „Der Entgelttarifvertrag ist eine beschlossene Sache und jeder Funktionär ist durch die Satzung verpflichtet, die Beschlüsse des Hauptvorstandes im Betrieb umzusetzen.“ (3)

Seit Anfang der siebziger Jahre läuft die Diskussion um einen Entgelttarifvertrag mit der Zielsetzung, Arbeiter und Angestellte in einem Tarifvertrag unterzubringen, vergleichbare Tätigkeiten gleich zu entlohnen und die bisherige Struktur mit Lohn-, K-, T- und M-Gruppen zu überwinden.

Zum einen entspricht die Forderung der tatsächlichen Entwicklung der Produktivkräfte. Die klassische Definition von Arbeitern und Angestellten trifft aufgrund fortschreitender Mechanisierung und Rationalisierung im produktiven Bereich, der Automatisierung und damit einhergehenden Dequalifizierung sowie zunehmenden Arbeitsteilung im technischen und kaufmännischen Bereich, nicht mehr zu. (4) Durch die Technisierung und Umgestaltung des Betriebsablaufes sind die Grenzen zwischen gewerblichen und Angestelltentätigkeiten immer fließender geworden. (5)

Diese Veränderung hat nicht nur Auswirkungen auf die Einkommensstruktur, sondern auch ideologische Aspekte. Die bisherige Spaltung zwischen Arbeitern und Angestellten wird durch den sich verändernden Charakter der Arbeit und seine materiellen Auswirkungen unterlaufen. Die von den Kapitalisten ständig aufrechterhaltene und vom Gesetzgeber vielfach manifestierte Spaltung (6) entspricht nicht

Seit Anfang der siebziger Jahre läuft die Diskussion um einen Entgelttarifvertrag mit der Zielsetzung, Arbeiter und Angestellte in einem Tarifvertrag unterzubringen, vergleichbare Tätigkeiten gleich zu entlohnen und die bisherige Struktur mit Lohn-, K-, T- und M-Gruppen zu überwinden.

Zum einen entspricht die Forderung der tatsächlichen Entwicklung der Produktivkräfte. Die klassische Definition von Arbeitern und Angestellten trifft aufgrund fortschreitender Mechanisierung und Rationalisierung im produktiven Bereich, der Automatisierung und damit einhergehenden Dequalifizierung sowie zunehmenden Arbeitsteilung im technischen und kaufmännischen Bereich, nicht mehr zu. (4) Durch die Technisierung und Umgestaltung des Betriebsablaufes sind die Grenzen zwischen gewerblichen und Angestelltentätigkeiten immer fließender geworden. (5)

Diese Veränderung hat nicht nur Auswirkungen auf die Einkommensstruktur, sondern auch ideologische Aspekte. Die bisherige Spaltung zwischen Arbeitern und Angestellten wird durch den sich verändernden Charakter der Arbeit und seine materiellen Auswirkungen unterlaufen. Die von den Kapitalisten ständig aufrechterhaltene und vom Gesetzgeber vielfach manifestierte Spaltung (6) entspricht nicht

mehr den objektiven Tatsachen. Die tarifvertragliche Zusammenfassung ist somit nicht nur mehr sachlich gerechtfertigt, sondern entspricht auch immer mehr gemeinsamen Interessen der Gruppen.

Standen in den siebziger Jahren die gewerblichen Betriebsräte oft mit ihren Forderungen gegen Rationalisierung und Automatisierung alleine, und galt der Angestelltenbereich als nicht in einem solchen Maße durchrationalisierbar, müssen heute die Angestellten in den Labors, den kaufmännischen Bereichen und der Verwaltung die Erfahrung machen, daß auch ihre Tätigkeiten standardisierbar und computerisierbar sind. Die Abkoppelung in der Einkommenshöhe im gewerblichen Bereich, seinerzeit mit der Dequalifizierung begründet, findet heute im breiten Umfang im Angestelltenbereich statt. Hieraus entspringt auch erst einmal ein gemeinsames Interesse zwischen Arbeitern und Angestellten, nämlich seitens der Arbeiter nach höheren, vergleichbaren Einkommen und seitens der Angestellten, keinen Einkommensverlust zu erleiden.

Nach meinen Erfahrungen führt gerade dieser Aspekt neben der sachlichen Rechtfertigung und der Forderung nach vergleichbarer Bezahlung zur Befürwortung eines Entgelttarifvertrages. Allerdings, begründet durch die Erfahrungen in der Vergangenheit, gibt es auch eine Kritik. Der 11. ordentliche Gewerkschaftstag hat in dem Antrag 421 (7) eine Leitlinie zur Findung eines Entgelttarifvertrages beschlossen, welche an der Basis nicht umstritten ist. In den ersten drei Punkten dieser Leitlinie heißt es:

1. Die Entgeltfindung soll sich an den Anforderungen des Arbeitsplatzes orientieren.

2. Die integrierten Entgeltgruppen sollen so aufgebaut sein, daß für alle Arbeitnehmer, unabhängig vom Geschlecht, bei entsprechendem Zuwachs an Wissen, Können und Anforderungen, die Durchlässigkeit der Entgeltgruppen gewährleistet ist.

3. Bei der Erstellung von Entgelttarifverträgen ist unbedingt darauf zu achten, daß nicht erneut Leichtlohngruppen entstehen.

Zweifelsohne wird sich die Entgeltfindung nur an den konkreten Anforderungen des jeweiligen Arbeitsplatzes orientieren können, wobei Ausbildung, verlangte Fähigkeiten und Kenntnisse, Berufserfahrung und Selbständigkeit eine Rolle spielen. Bedingt aber durch Rationlisierung und Technisierung sinken all diese Erfordernisse, die an den einzelnen gestellt werden, sowohl im Hinblick auf die Ausbildung als auch im Hinblick auf Fähigkeit, Selbständigkeit usw. durch den veränderten Arbeitsinhalt. Die Frage nach der Möglichkeit einer Abgruppierung stellt sich somit. Die Antwort nach Besitzstandswahrung befriedigt nicht. Zum einen bedeutet dieses eine zumindest mittelfristige Einkommenssenkung durch die Anrechenbarkeit der Differenz, welche zur Besitzstandswahrung gezahlt wird. Zum anderen heißt dieses auch, daß bei Neueinstellungen die gleiche Entgeltgruppe gezahlt wird, hier, da die Besitzstandswahrung bei Neueinstellungen nicht greift, für gleiche Tätigkeit weniger gezahlt wird. Das gleiche gilt für die Anrechenbarkeit von Zulagen für Alter, Berufs- und Gruppenzugehörigkeit. (8) Ebenso sollen Einkommensbestandteile aus innerbetrieblichen Entgeltsystemen, Akkord-, Prämien- und vergleichbare Leistungsentgelte anrechenbar sein. (9)

Eine kostenneutrale Überleitung vom bisherigen Lohn- und Gehaltssystem auf den Entgelttarifvertrag wird für die Kapitalisten nicht akzeptabel sein und auch für die IG Chemie ist diese Frage zur Zufriedenheit der Betroffenen nicht gelöst. Eine nicht kostenneutrale Überleitung ist mit einem Einkommensverlust der Angestellten verbunden. (10) Die Angestellten werden aber einen Einkommensverlust nicht hinnehmen. Bleibt andersherum aber nur die Möglichkeit einer entsprechenden Erhöhung der Löhne oder eine entsprechende Differenzierung der Entgeltgruppen in eine entsprechende Vielzahl von Gruppen. Letzteres entspricht sowohl den Interessen des Arbeitsrings Chemie als auch der Kompromißbereitschaft der IG Chemie, indem sie die Anzahl der Gruppen bereits von 11 auf 12 erweiterte.

Eine Erweiterung der Gruppen birgt aber auch die Schaffung von neuen Leichtlohngruppen in sich, was ja durch die Leitlinien ausgeschlossen sein sollte. Mit einer neuen Form von Leichtlohngruppen meine ich zum Beispiel Leichtlohngruppen für bereits dequalifizierte Angestellte oder z.B. auch die sogenannte Facharbeitereingangsgruppe.

Gegen eine Durchlässigkeit der Entgeltgruppen besteht auch von seiten der Kapitalisten sicherlich kein Einwand. Der tatsächlichen Entwicklung der Produktivkräfte entspricht, daß die Durchlässigkeit nach höheren Entgeltgruppen sich nur für wenige Betroffene realisieren wird, für die Masse der Beschäftigten aber diese Durchlässigkeit mittelfristig ein Einkommensverlust bedeuten kann, gerade für den bisherigen K- und T-Bereich.

Die bisherigen Vorstellungen der Bundesentgelttarifkommission beinhalten zu viele offene Fragen, als daß sie breit von der Basis getragen werden. Die Vereinheitlichung von Arbeitern und Angestellten in einem Tarifvertrag ist von der Zielrichtung her sowohl sachlich gerechtfertigt als auch politisch korrekt, sofern jedoch jegliche Abgruppierungsmöglichkeiten, Einkommenseinbußen und auch mittelfristige Senkung des Einkommensniveaus ausgeschlossen sind und eine Angleichung von Lohn-, K-, T- und M-Gruppen zu erreichen ist.

Die Punkte können letzten Endes nicht durch die Betriebsräte alleine gelöst werden, wenn es um die Umsetzung des Entgelttarifvertrages geht, sondern müssen bereits im Vorfeld geklärt und mit der Basis beraten werden, soll die Forderung nach dem Entgelttarifvertrag breite Unterstützung finden. *dg.Bremen*

Neuer Vorsitz – alter Kurs?

12. Landesbezirkskonferenz DGB Westberlin

UAW schließt den „historischen“ Vertrag mit Ford

kvz. Schwer abzuschätzen sind bisher die Folgen des Lohnsenkungsvertrags,

Verluste. Über die Annahme des Vertrages müssen nun die Gewerkschaftsmitglieder abstimmen. Das Ergebnis einer Funktionärsversammlung vom Mittwoch liegt uns bei Redaktions-

ten standardisierbar und computerisierbar sind. Die Abkoppelung in der Einkommenshöhe im gewerblichen Bereich, seinerzeit mit der Dequalifizierung begründet, findet heute im breiten Umfang im Angestelltenbereich statt. Hieraus entspringt auch erst einmal ein gemeinsames Interesse zwischen Arbeitern und Angestellten, nämlich seitens der Arbeiter nach höheren, vergleichbaren Einkommen und seitens der Angestellten, keinen Einkommensverlust zu erleiden.

Nach meinen Erfahrungen führt gerade dieser Aspekt neben der sachlichen Rechtfertigung und der Forderung nach vergleichbarer Bezahlung zur Befürwortung eines Entgelttarifvertrages. Allerdings, begründet durch die Erfahrungen in der Vergangenheit, gibt es auch eine Kritik. Der 11. ordentliche Gewerkschaftstag hat in dem Antrag 421 (7) eine Leitlinie zur Findung eines Entgelttarifvertrages beschlossen, welche an der Basis nicht umstritten ist. In den ersten drei Punkten dieser Leitlinie heißt es:

1. Die Entgeltfindung soll sich an den Anforderungen des Arbeitsplatzes orientieren.

2. Die integrierten Entgeltgruppen sollen so aufgebaut sein, daß für alle Arbeitnehmer, unabhängig vom Geschlecht, bei entsprechendem Zuwachs an Wissen, Können und Anforderungen, die Durchlässigkeit der Entgeltgruppen gewährleistet ist.

3. Bei der Erstellung von Entgelttarifverträgen ist unbedingt darauf zu achten, daß nicht erneut Leichtlohngruppen entstehen.

Zweifelsohne wird sich die Entgeltfindung nur an den konkreten Anforderungen des jeweiligen Arbeitsplatzes orientieren können, wobei Ausbildung, verlangte Fähigkeiten und Kenntnisse, Berufserfahrung und Selbständigkeit eine Rolle spielen. Bedingt aber durch Rationlisierung und Technisierung sinken all diese Erfordernisse, die an den einzelnen gestellt werden, sowohl im Hinblick auf die Ausbildung als auch im Hinblick auf Fähigkeit, Selbständigkeit usw. durch den veränderten Arbeitsinhalt. Die Frage nach der Möglichkeit einer Abgruppierung stellt sich somit. Die Antwort nach Besitzstandswahrung befriedigt nicht. Zum einen bedeutet dieses eine zumindest mittelfristige Einkommenssenkung durch die Anrechenbarkeit der Differenz, welche zur Besitzstandswahrung gezahlt wird. Zum anderen heißt dieses auch, daß bei Neueinstellungen die gleiche Entgeltgruppe gezahlt wird, hier, da die Besitzstandswahrung bei Neueinstellungen nicht greift, für gleiche Tätigkeit weniger gezahlt wird. Das gleiche gilt für die Anrechenbarkeit von Zulagen für Alter, Berufs- und Gruppenzugehörigkeit. (8) Ebenso sollen Einkommensbestandteile aus innerbetrieblichen Entgeltsystemen, Akkord-, Prämien- und vergleichbare Leistungsentgelte anrechenbar sein. (9)

Eine kostenneutrale Überleitung vom bisherigen Lohn- und Gehaltssystem auf den Entgelttarifvertrag wird für die Kapitalisten nicht akzeptabel

sigkeit mittelfristig ein Einkommensverlust bedeuten kann, gerade für den bisherigen K- und T-Bereich.

Die bisherigen Vorstellungen der Bundesentgelttarifkommission beinhalten zu viele offene Fragen, als daß sie breit von der Basis getragen werden. Die Vereinheitlichung von Arbeitern und Angestellten in einem Tarifvertrag ist von der Zielrichtung her sowohl sachlich gerechtfertigt als auch politisch korrekt, sofern jedoch jegliche Abgruppierungsmöglichkeiten, Einkommenseinbußen und auch mittelfristige Senkung des Einkommensniveaus ausgeschlossen sind und eine Angleichung von Lohn-, K-, T- und M-Gruppen zu erreichen ist.

Die Punkte können letzten Endes nicht durch die Betriebsräte alleine gelöst werden, wenn es um die Umsetzung des Entgelttarifvertrages geht, sondern müssen bereits im Vorfeld geklärt und mit der Basis beraten werden, soll die Forderung nach dem Entgelttarifvertrag breite Unterstützung finden. dg.Bremen

(1) Mitteilung an gewerkschaftliche Vertrauensleute im Tarifbereich der chemischen Industrie, Bad Kreuznach, 25.9.1981
(2) Informationen zum Entgelttarifvertrag chemische Industrie, Hannover, 18.3.1981
(3) Peter Purwien auf einer Veranstaltung vor 50 Betriebsräten und Vertrauensleuten der Verwaltungsstelle Bremen und Leer am 5.12.1981 in Bad Zwischenahn
(4) vgl. auch KVZ 57/81 zur traditionellen Einteilung des bisherigen Lohn- und Gehaltsschemas
(5) Horst Mettke, Umschau 4/81, S. 4
(6) So §622 BGB, §10 BetrVG, §3 Lohnfortzahlungsgesetz, §3 Angestelltenversicherungsgesetz, usw.
(7) Nachzulesen in GP 8/80 und Umschau 4/81
(8) Vgl. Antrag 421 Ziffer 7
(9) So §5 Abs. 2 der von der IG Chemie vorgeschlagenen Überleitungsbestimmungen
(10) Hier hält sich die IG Chemie auch die Option offen, indem sie den Arbeitsring verpflichten will, ausschließlich mit der IG Chemie einen Entgelttarifvertrag abzuschließen, nicht aber mit der DAG.

Neuer Vorsitz – alter Kurs?

12. Landesbezirkskonferenz DGB Westberlin

wos. Westberlin. Walter Sickert (SPD) – für viele Gewerkschafter gerade wegen seines Antikommunismus ein „rotes Tuch“ – hat nach 22 Jahren DGB-Vorsitz inklusive 8 Jahre Präsidentschaft des Abgeordnetenhauses nicht wieder kandidiert. An seine Stelle wurde Michael Pagels gewählt. Pagels, 38 Jahre, war bisher hauptamtliches Vorstandsmitglied und damit Stellvertreter Sickerts. Von 1961 bis 1965 Bereitschaftspolizist, zuletzt als Ausbilder, ÖTV-Mitglied und dort für den Bereich Schulung, Bildung und Jugend verantwortlich. Nach dem Studium der Wirtschaftswissenschaften übernahm er das Referat Wirtschaft beim DGB-Landesbezirk. Pagels ist im Landesvorstand der SPD.

Ist mit dieser Ablösung ein Kurswechsel in Richtung auf eine stärkere Interessenvertretung der Lohnabhängigen in Westberlin verbunden? Bisher ist das noch unklar. Vor ein paar Wochen erst hat der hiesige DGB feststellen müssen, daß er zu einer Kundgebung gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen und für neue Arbeitsplätze noch nicht einmal 2000 Leute mobilisieren konnte, obgleich die Arbeitslosigkeit mit 70000 in der Stadt einen nie gekannten Höhepunkt erreicht hat.

Pagels kritisierte in seiner Antrittsrede die Berliner Unternehmer. Bei einem Verlust von 100000 Industrie-Arbeitsplätzen seit 1970, d.h. einem Rückgang der Beschäftigung um ca. 40%, sei andererseits das Volumen der Berlin-Förderung zwischen 1975 und 1980 um 1,4 Mrd. auf 5,4 Mrd. DM angewachsen. Nur noch 11% der Berliner Beschäftigten seien in zukunftsträchtigen, wachstumsstarken Bereichen tätig. Zur Förderung einzelner Arbeitsplätze seien 1980 oft mehr als 6000 DM gezahlt worden. Daher gäbe es in Berlin Betriebe, „die mehr Subventionen kassieren als sie Löhne zahlen.“

Auch gegen die Sparbeschlüsse von Bundesregierung und Senat zog Pagels zu Felde und nannte sie „sozial unausgewogen“. Er forderte die Beibehaltung der Mietpreisbindung und bei den Mieten Maßnahmen „zur gleichmäßigen Belastung des Nettoeinkommens aller Bevölkerungsschichten“. Mietzahlungen über dem Niveau der Standardmiete sollten über den Lohnsteuerjahresausgleich gutgeschrieben werden. Am Dienstag kritisierte er Fehler der Vergangenheit bei der Bausanierung und leichtfertige Hilfestellung für Spekulanten.

Der Landesbezirkskonferenz lagen 97 Anträge vor, darunter einer, der eine „zügige und schonungslose Untersuchung der Vorwürfe“ auch bei den Aufsichtsorganen der Neuen Heimat fordert. Die Beschlüsse des Aufsichtsrats der Neuen Heimat werden begrüßt. Ferner wurden Anträge gegen den Militärputsch in der Türkei und gegen das Kriegsrecht in Polen angenommen. Was daraus praktisch folgt, bleibt offen.

Von Bedeutung ist, daß in diesem Jahr keine 1. Mai-Demonstration durchgeführt werden soll, sondern seitens des DGB lediglich eine Abschlußkundgebung. Man hört, daß verschiedene Gewerkschaften eigene Demonstrationen machen wollen.

UAW schließt den „historischen“ Vertrag mit Ford

kvz. Schwer abzuschätzen sind bisher die Folgen des Lohnsenkungsvertrags, den die amerikanische Automobilarbeitergewerkschaft UAW mit dem Ford-Konzern am letzten Wochenende abgeschlossen hat. Die Gegenleistungen des Unternehmens bestehen in einer künftigen Gewinnbeteiligung für die Beschäftigten und einer Reihe von Arbeitsplatzabsicherungen, die als einmalig in der amerikanischen Industrie bezeichnet und mit jenen der japanischen Unternehmen verglichen werden. Im Einzelnen werden die Ford-Arbeiter auf die nächsten drei im Rahmen der Lohn-Indexierung jedes Vierteljahr fälligen Lohnangleichungen an die Inflation verzichten. In den auf drei Jahre abgeschlossenen Tarifverträgen spielen diese automatischen Angleichungen eine große Rolle. Faktisch wird damit auf jeden Inflationsausgleich verzichtet, dies bei einer Preissteigerung von 9% im Jahre 1981. Außerdem wird der im September abzuschließende Tarifvertrag, der dann wieder bis 1984 läuft, nicht mehr die jährliche 3%-Erhöhung des Grundlohns enthalten. Und schließlich sollen den Arbeitern über die Laufzeit des Vertrages insgesamt 26 Urlaubstage oder -gelder verloren gehen. Insgesamt sollen die Lohnsenkungen binnen der 31 Monate Laufzeit knapp 2,5 Mrd. DM erreichen. Ford wird im Gegenzug in den nächsten zwei Jahren kein Werk schließen und bereits angekündigte Schließungen überprüfen. Die Zahl von derzeit 105000 Beschäftigten soll erhalten bleiben, und in zwei Werken soll nach japanischem Muster 90% der Beschäftigten eine lebenslange Arbeitsplatzgarantie gewährt werden. Ab 15jähriger Betriebszugehörigkeit wird auch bei Entlassung 60% des Nettolohnes garantiert. Die Gewinnbeteiligung steht derzeit ohnehin nur auf dem Papier, denn Ford macht buchmäßig Verluste. Über die Annahme des Vertrages müssen nun die Gewerkschaftsmitglieder abstimmen. Das Ergebnis einer Funktionärsversammlung vom Mittwoch liegt uns bei Redaktionsschluß leider noch nicht vor.



Ein wichtiger Schritt!

Die Sonderausgabe der „Solidarität“, der Monatszeitschrift für gewerkschaftliche Jugendarbeit, enthält auf 32 Seiten Informationen über die Lage in Polen, dokumentiert Resolutionen ausländischer Gewerkschaften und ruft zur Unterstützung auf. Nachrichtenchronologie und Dokumente der Solidarność runden zusammen mit Kommentaren gegen die Scheinheiligkeit solcher Strömungen wie der DKP das Bild ab. – Unbedingt sollte man zusehen, daß man sich die Zeitschrift aus den Gewerkschaftshäusern abholt, denn es ist damit zu rechnen, daß die Revisionisten von der DKP und auch manche hartgesottenen Sozialdemokraten die Zeitschrift nur ungerne herausgeben bzw. in den Verteiler geben.



Belgien. 7000 wallonische Stahlarbeiter zogen vergangenen Donnerstag von Charleroi und Lüttich nach Brüssel um gegen die Regierungspläne – Streichung des Lohnindexsystems und mangelhafte Unterstützung der Stahlindustrie – zu protestieren. Sie drangen auch in das Gebäude der EG-Kommission ein, Thorn, EG-Kommissionspräsident mußte eine Abordnung empfangen. Bei der Demonstration kam es zu größeren Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Metallverhandlungen in NRW gescheitert – Schlichtung!

geh. Die Metallkapitalisten haben am Montag die Verhandlungen für gescheitert erklärt, weil „die IG Metall sich auch in der dritten Runde keinen Millimeter bewegt hat". Ihr Chef Pleiger über die IG Metall: Sie hat ihre Forderung von 7,5%, mindestens 120 DM nicht reduziert, obwohl wir ihr mit unserem neuen Angebot von 3% über einen Regelungszeitraum von 13 Monaten bei einem Leermonat entgegengekommen waren". Am Freitag wollen die Metallkapitalisten die Schlichtung einseitig anrufen. In den anderen Tarifgebieten werden die Kapitalisten folgen. IG Metall-Vorstand Janßen und der IGM-Verhandlungsführer Bräuer haben betont, daß die IG Metall „kompromißbereit und abschlußbereit" sei. Widerspricht die IG Metall der Schlichtung nicht, verlängert sich die Friedenspflicht über das Monatsende hinaus. In der Schlichtung streben die Kapitalisten einen schnellen Spruch an, ohne daß die Arbeiter Kampfmaßnahmen einleiten können. Obendrein versucht der NRW-Chef Pleiger Verhandlungs- und „Schlichtungsführer" zu bleiben, um einen ihm ungenehmen Abschluß in einem anderen Bezirk zu verhindern.

ILO: Weniger Streiks im Jahr 1980

kvz. Nach einer Untersuchung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) (die Zahlen sind nach ihren eigenen Angaben aber nicht genau) ging die Zahl der Streiks zurück. Für die 18 westlichen Industrieländer wurde ein Rückgang um 500 auf 18900 festge-

ger über die IG Metall: Sie hat ihre Forderung von 7,5%, mindestens 120 DM nicht reduziert, obwohl wir ihr mit unserem neuen Angebot von 3% über einen Regelungszeitraum von 13 Monaten bei einem Leermonat entgegengekommen waren". Am Freitag wollen die Metallkapitalisten die Schlichtung einseitig anrufen. In den anderen Tarifgebieten werden die Kapitalisten folgen. IG Metall-Vorstand Janßen und der IGM-Verhandlungsführer Bräuer haben betont, daß die IG Metall „kompromißbereit und abschlußbereit" sei. Widerspricht die IG Metall der Schlichtung nicht, verlängert sich die Friedenspflicht über das Monatsende hinaus. In der Schlichtung streben die Kapitalisten einen schnellen Spruch an, ohne daß die Arbeiter Kampfmaßnahmen einleiten können. Obendrein versucht der NRW-Chef Pleiger Verhandlungs- und „Schlichtungsführer" zu bleiben, um einen ihm ungenehmen Abschluß in einem anderen Bezirk zu verhindern.

ILO: Weniger Streiks im Jahr 1980

kvz. Nach einer Untersuchung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) (die Zahlen sind nach ihren eigenen Angaben aber nicht genau) ging die Zahl der Streiks zurück. Für die 18 westlichen Industrieländer wurde ein Rückgang um 500 auf 18900 festge-
stellt, die Zahl der Beteiligten um 6 Mio. (22%) und die Zahl der ausgefallenen Arbeitstage um 26 Mio. (24%). Die Streiks fanden zu 60% in der Industrie, 12% im öffentlichen Dienst, 10% im Baugewerbe und 4% im Handel und Gaststättengewerbe statt. Nach der ILO-Untersuchung über Fünfjahreszeiträume ergaben sich unterschiedliche zeitliche Schwerpunkte in den Kampfaktivitäten für die einzelnen Länder.

Generalstreik in Portugal Umsturzpläne?

kvz. Seit längerem finden in Portugal Kämpfe gegen Pläne der Regierung für Preiserhöhungen in allen Bereichen und Durchsetzung einer Lohnleitlinie von 17% statt. Schon im Sommer gab es Streikaktionen und die CGTP-Intersindical hatte für Freitag letzter Woche zu einem Generalstreik gegen die Regierung aufgerufen. Einstimmig war der Beschluß gefaßt worden; 33 kleinere Gewerkschaften, die nicht in der Zentrale der CGTP verteten sind, stimmten ebenfalls dem Generalstreik zu. Die sozialistische UGT rief nicht zu dem Generalstreik auf. Die CGTP (nahe der Kommunistischen Partei Portugals) und die anderen Verbände konnten von der Vertretung von 2,5 der 7,5 Mio. Arbeiter Portugals ausgehen. Zu Beginn des Generalstreiks wurde durch den Ausstand bei den Eisenbahnen fast das gesamte Netz lahmgelegt. Ein Teil der Morgenzeitungen erschien nicht, Auseinandersetzungen gab es mit Streikbrechern. Aus dem offensichtlich politisch gegen die Regierung der „Allianca Democratica" angelegten Generalstreik mit Forderungen gegen die Regierung, Kündigungsgesetz und Lohnleitlinien machte die Regierung am Samstag „Umsturzpläne". Ein Sprecher: Es handle sich um „einen terroristischen Plan der Subversion gegen den demokratischen Rechtsstaat", und man habe den „terroristischen" Aufstand nur knapp verhindern können. Über Breite und Erfolg des Generalstreiks selbst gibt es verschiedene Einschätzungen. Die CGTP selbst spricht von einem „Erfolg", nur ist dieser in bezug auf die Regierung noch keineswegs sichtbar.

Gewerkschaftsgesetz verabschiedet / Streiks gehen weiter

kvz. Das britische Unterhaus hat vergangene Woche mit 348 gegen 241 Stimmen das von der konservativen Regierung vorgelegte Gewerkschaftsgesetz (einzelne Punkte siehe KVZ 5/1982) gebilligt. Die Labour Party stimmte geschlossen dagegen und konnte sich in der Abstimmung dazu noch über das Verhalten der SDP (Sozialdemokraten) amüsieren, da diese Fraktion völlig gespalten ist und entgegen ihren Bekundungen beim Austritt aus der Labour Party jetzt teilweise gegen das Gesetzesvorhaben stimmte. – Der Streik der britischen Lokführer geht unterdessen in die sechste Streikwoche. Die Zeitungen haben jetzt zu einer großen Hetzkampagne angesetzt und die Regierung fordert die British Rail zu harter Haltung auf, mit der Drohung, ihr Gelder für die Streckenmodernisierung nicht zu geben, wenn sie dem Streik nachgibt. Der Streik hat im ganzen Lande die Einrichtung größerer Fahrgemeinschaften, teils durch die Firmen organisiert, ausgelöst. In London werden Parks zu Parkplätzen

nen. Über Breite und Erfolg des Generalstreiks selbst gibt es verschiedene Einschätzungen. Die CGTP selbst spricht von einem „Erfolg", nur ist dieser in bezug auf die Regierung noch keineswegs sichtbar.

Gewerkschaftsgesetz verabschiedet / Streiks gehen weiter

kvz. Das britische Unterhaus hat vergangene Woche mit 348 gegen 241 Stimmen das von der konservativen Regierung vorgelegte Gewerkschaftsgesetz (einzelne Punkte siehe KVZ 5/1982) gebilligt. Die Labour Party stimmte geschlossen dagegen und konnte sich in der Abstimmung dazu noch über das Verhalten der SDP (Sozialdemokraten) amüsieren, da diese Fraktion völlig gespalten ist und entgegen ihren Bekundungen beim Austritt aus der Labour Party jetzt teilweise gegen das Gesetzesvorhaben stimmte. – Der Streik der britischen Lokführer geht unterdessen in die sechste Streikwoche. Die Zeitungen haben jetzt zu einer großen Hetzkampagne angesetzt und die Regierung fordert die British Rail zu harter Haltung auf, mit der Drohung, ihr Gelder für die Streckenmodernisierung nicht zu geben, wenn sie dem Streik nachgibt. Der Streik hat im ganzen Lande die Einrichtung größerer Fahrgemeinschaften, teils durch die Firmen organisiert, ausgelöst. In London werden Parks zu Parkplätzen
umfunktioniert. Das Hotelgewerbe erfreut sich eines ungeheuren Aufschwungs, vor allem vor Kongreßtagen und für die leitenden Angestellten. Die Bahn selber drohte der ASLEF an, daß in vierzehn Tagen alle finanziellen Reserven erschöpft seien. – In den British Leyland-Werken ging der Streik von 12000 Arbeitern gegen die geplante Entlassung von 4100 (wegen Einschränkung und Verlagerung der LKW-Produktion) weiter. Das Innenministerium ist jetzt dabei, die Auswirkungen einer völligen Schließung der Bus- und Nutzfahrzeugproduktion auf die britische Wirtschaft zu untersuchen. – In der letzten Woche forderte der Verleger der Zeitungen „Times" und „Sunday Times" nur noch die Belegschaft in einem Brief auf, 600 Entlassungen im Arbeiterbereich und „einigen hundert" im Angestelltenbereich zuzustimmen. Ansonsten ginge es nicht um Verkauf der Firma, sondern um generelle Schließung der Zeitungen.

Rathäuser besetzt / Arbeitslose protestieren in Spanien

kvz. In der letzten Woche wurden in Andalusien die Rathäuser von 64 Dörfern besetzt. Ca. 9000 arbeitslose Tagelöhner wollten mit ihrer Aktion gegen den Mangel an Finanzmittel protestieren, die eigentlich zur Arbeitsbeschaffung von Tagelöhnern eingesetzt werden sollten. Die arbeitslosen Tagelöhner stellen in Andalusien mit 100000 etwa ein Drittel aller registrierten Arbeitslosen. In vielen anderen Dörfern wurde aus Solidarität mit den Arbeitslosen ein Generalstreik ausgerufen.

HBV demonstriert gegen Entlassung von Betriebsratsmitgliedern

rok.Leverkusen. Am 27.1.1981 hat der Kaufhof Leverkusen Antrag auf fristlose Kündigung der dortigen Betriebsratsvorsitzenden Ulrike Oestreich, ihrer Stellvertreterin Gerda Iwag und der Jugendvertreterin Birgit Ittel gestellt. Vorwand war eine unwissentlich falsch ausgestellte Spesenrechnung. Die drei Kolleginnen fuhren im Oktober 1981 gemeinsam in einem PKW zu einer Betriebsrätekonferenz. Sie rechneten ebenso ab wie in den Jahren vorher, nämlich: Da kein Kilometergeld genehmigt wurde, rechneten alle drei Kolleginnen Bahntarif ab und gaben das Geld der Fahrerin zur Deckung der Kosten. Eine von diesem Verfahren abweichende Regelung war dem Betriebsrat nicht bekannt und lag ihm auch nicht vor. Tatsächlich gibt es im Kaufhof aber eine Vorschrift, nach der Mitfahrer in PKWs nie Fahrtkosten abrechnen können.

Der Betriebsrat wies selber die Geschäftsleitung darauf hin, daß er immer anders abgerechnet hätte und wollte die Sache unter anderem durch Rückzahlung des Geldes korrigieren. Die Geschäftsleitung lehnte ab und stellte dem Betriebsrat stattdessen eineinhalb Tage später den Antrag auf fristlose Kündigung zu.

Der Geschäftsleitung kam dieser Vorwand gegen aktive Betriebsräte gelegen. Soll die Kaufhof-Einsparungspolitik gegen die Beschäftigten durchgesetzt werden, dann muß der Widerstand des Betriebsrates gebrochen werden. Der Kaufhof will u.a. die Jahresprämie (13. Gehalt) einfrieren, den Winterzusatzurlaub streichen und die Kantinenpreise erhöhen. Auch die Rationalisierungsmaßnahmen sollen weitergeführt werden. Nach der McKinsey-Untersuchung in der Verwaltung und der Ausgliederung der Restaurants und Cafeterias (die für die dort Beschäftigten einen schlechteren Tarifvertrag bedeutet) stehen jetzt ein neues System der Personalplanung und ein EDV-gestütztes Warenwirtschaftssystem an.

Der Betriebsrat des Kaufhofes hat den Antrag auf fristlose Entlassung zurückgewiesen, die Kaufhof-AG daraufhin einen entsprechenden Antrag beim Arbeitsgericht Opladen gestellt. Im Dezember führte die Gewerkschaft HBV eine örtliche Demonstration in Leverkusen durch. Danach fanden mehrere Verhandlungen statt, u.a. zwischen dem Hauptvorstand der Gewerkschaft HBV und dem Kaufhof-Vorstand. Das Ziel des Kaufhof-Vorstandes, Ruhe im Betrieb zu schaffen, zeigt sich auch in seinem „letzten" Angebot:

Die Kollegin Ulrike Oestreich muß alle Betriebsratsfunktionen aufgeben und wechselt in einen anderen Kaufhof-Betrieb, dann dürfen Gerda Iwan und Birgit Ittel auch mit ihren Funktionen im Betrieb verbleiben. Nachdem dieses „Angebot" vorlag, rief die Landesbezirksleitung NRW der HBV für den 15.2. zu einer Demonstration und Kundgebung in Leverkusen auf. Der Kaufhof versuchte, die Demonstration durch eine einstweilige Verfügung zu verhindern. Bei Androhung von bis zu zwei Jahren Freiheitsstrafe durften die Demonstranten den kaufhofeigenen Teil der Fußgängerzone nicht betreten, ihre Lautsprecher nicht in Richtung auf den Kaufhof einstellen und während der Demonstration den Kaufhof nicht betreten. Auch während der Demonstration gingen die Einschüchterungsversuche der Geschäftsleitung weiter. So versuchten Kaufhof-Hausdetektive, die Kundgebungsteilnehmer zu fotografieren, wurden aber daran gehindert. Dies half dem Kaufhof alles nichts, die Demonstration wurde ein Erfolg. Ca. 400 Kollegen beteiligten sich an der Demonstration, auf der Vertreter der HBV und des DGB sprachen. Darüberhinaus gingen bei der Demonstration mehr als 110 Solidaritätserklärungen ein. In der Leverkusener Bevölkerung war die Unterstützung für die Demonstration groß.

Vor dem Arbeitsgericht Opladen ist am 17.2. ein „Kaufhoftag". Neben dem Antrag auf fristlose Entlassung wird unter anderem auch ein Beschlußverfahren verhandelt, das der Betriebsrat eingeleitet hatte, wegen ständiger Verstöße gegen Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates. Das Ergebnis der Verhandlungen vom 17.2. lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor. Es ist aber damit zu rechnen, daß der Prozeß Anfang April weitergeführt wird. Die Gewerkschaft HBV will dann erneut zu Unterstützungsaktionen für die drei Kolleginnen aufrufen unter dem Motto:

– Unterstützen Sie HBV, den Betriebsrat und die Beschäftigten des Kaufhofs Leverkusen in dem Kampf gegen die Kündigungsanträge!
– Solidarisieren Sie sich mit den drei Kolleginnen!
– Zeigen Sie, daß Sie sich dadurch auch in Ihrer Betriebsratsarbeit nicht einschüchtern lassen!



Vorwand gegen aktive Betriebsräte gelegen. Soll die Kaufhof-Einsparungspolitik gegen die Beschäftigten durchgesetzt werden, dann muß der Widerstand des Betriebsrates gebrochen werden. Der Kaufhof will u.a. die Jahresprämie (13. Gehalt) einfrieren, den Winterzusatzurlaub streichen und die Kantinenpreise erhöhen. Auch die Ra-

den 15.2. zu einer Demonstration und Kundgebung in Leverkusen auf. Der Kaufhof versuchte, die Demonstration durch eine einstweilige Verfügung zu verhindern. Bei Androhung von bis zu zwei Jahren Freiheitsstrafe durften die Demonstranten den kaufhofeigenen Teil der Fußgängerzone nicht betreten, ihre Lautsprecher nicht in Richtung

– Unterstützen Sie HBV, den Betriebsrat und die Beschäftigten des Kaufhofs Leverkusen in dem Kampf gegen die Kündigungsanträge!
– Solidarisieren Sie sich mit den drei Kolleginnen!
– Zeigen Sie, daß Sie sich dadurch auch in Ihrer Betriebsratsarbeit nicht einschüchtern lassen!



Stefan Groll klagt auf Weiterbeschäftigung bei Daimler-Benz

has.Stuttgart. Der Unterschied ist feiner noch als die Nobelkarossen der Untertürkheimer Automobilbauer und wurde von deren kaufmännischem Direktor Hirschbrunn in einem Rundfunkinterview so formuliert: „Ich möchte ganz klar betonen, daß der Auszubildende nicht etwa nicht übernommen wird wegen seiner Meinung, die er geäußert hat, nicht etwa, weil er den Beitrag in der Schülerzeitung insgesamt geschrieben hat, sondern wegen seiner Einstellung zur Gewaltanwendung, nicht etwa, weil er eine Meinung geäußert hat." Begriffen hat diesen Unterschied wohl keiner der Anwesenden vor dem Stuttgarter Arbeitsgericht am 10. Februar, weder einer der ca. 50 Zuhörer, die Stefan Groll den Rücken stärkten, noch der zuständige Arbeitsrichter selber, obwohl er sich sichtbar bemühte.

Einiges zur Vorgeschichte des jetzt angelaufenen Gerichtsverfahrens: Stefan Groll war bis zum 22.1.1982 Betriebsschlosserlehrling bei Daimler-Benz in Untertürkheim; an diesem Tag legte er seine Gesellenprüfung mit Auszeichnung ab, was ihm allerdings lediglich mit sofortiger Entlassung honoriert wurde. Angekündigte hatte die DB-Beschäftsführung seine Nichtübernahme bereits im vergangenen Oktober per Einschreiben, zunächst ohne Begründung. Auf Drängen der unabhängigen „Plakat"-Fraktion im BR trug besagter Direktor Hirschbrunn schließlich vor, der Lehrling könne wegen eines Artikels, den er im vergangenen Jahr für eine Schülerzeitung verfaßt hatte, auf keinen Fall übernommen werden. Unter dem Titel „Eine Reise nach Brokdorf" zieht Stefan Groll dort folgendes Resümee seiner Demonstrationserlebnisse im Februar 1981:

„Wir haben auch absolut nicht vor, uns von sogenannten militanten Demonstranten zu distanzieren. Die Gewalt, die hier von Staat und Wirtschaft ausgeübt wird, rechtfertigt jede Art von Widerstand. Dies soll kein Aufruf zu Gewalttaten sein, sondern vielmehr klarmachen, daß sich die Atomkraftgegner ... nicht in ‚gewalttätige' und ‚gewaltlose' Lager spalten lassen sollen."

Diese Schlußbetrachtung löste in den Daimler Chefetagen allerhöchste Alarmstufe aus, wo man schließlich seit Jahren am Widerstand der Boxberger gegen das Teststreckenprojekt zu würgen hat. Direktor Hirschbrunn zeigte sich tief besorgt um Leib und Leben der 20400 Beschäftigten im Werk Untertürkheim, da „Stefan Groll durch seinen Beitrag in der Schülerzeitung zu erkennen gegeben hat, daß er sich an den Grundsatz der Zusammenarbeit ohne Gewaltanwendung nicht zu halten gedenkt."

Die Kollegen selber und ihre gewählten Vertreter sehen die Sache grundsätzlich anders: die Jugendvertretung protestierte wiederholt und fand breite öffentliche Unterstützung. Die IG-Metall gewährt Rechtsschutz in diesem Gerichtsstreit, der grundsätzliche Fragen aufwirft und zu einem Präzedenzfall in Sachen Weiterbeschäftigungsanspruch nach Beendigung eines Ausbildungsverhältnisses werden kann. Stefan Groll wird einen langen Atem brauchen. Ein mehrjähriger Streit ist wahrscheinlich, nachdem er in der Güteverhandlung das Abfindungsangebot über 3500 Mark zurückgewiesen hat. Für unübersehbare öffentliche Unterstützung zu sorgen, Briefe, Resolutionen usw. an Betriebsrat und Jugendvertretung ist jetzt wohl das Richtige.

Punks, Fans und Alternative

Jugendkultur als Widerstand (II)

Von Bernhard Peters

Jugendliche Alltagskultur: Das sind Wandsprüche und Wandmalereien, Aufkleber, Buttons und Poster; das sind literarische Formen (Briefe, Tagebücher), Tagträumereien und die alltäglichen kleinen Ausbrüche aus der „Normalwelt", von der Albernheit bis zur gewollten Provokation. Nicht zuletzt gehören öffentliche Gruppenstile dazu: Man rechnet sich zu einer bestimmten Richtung oder „Szene", folgt bestimmten Verhaltensregeln oder Vorlieben, pflegt bestimmte Erkennungszeichen, eine bestimmte Sprache, gar eine besondere Lebensform, und signalisiert damit nach außen seine Botschaften darüber, womit man sich identifiziert, was man ablehnt, was man von der Zukunft erhofft oder befürchtet. Die verschiedenen kulturellen Praktiken dienen als Mittel der Selbstfindung, der Verarbei-



tung der Probleme, denen Jugendliche sich gegenüber sehen – seien es solche, die sie unter den vorgegebenen gesellschaftlichen Bedingungen individuell zu lösen haben (Probleme der Persönlichkeitsentwicklung und des Lebenslaufs), seien es allgemeine ge-



tung der Probleme, denen Jugendliche sich gegenüber sehen – seien es solche, die sie unter den vorgegebenen gesellschaftlichen Bedingungen individuell zu lösen haben (Probleme der Persönlichkeitsentwicklung und des Lebenslaufs), seien es allgemeine ge-

sellschaftliche Probleme, für die sie aufgrund ihrer Situation besonders sensibel sind.

Gruppenstile der Jugendlichen sind die bekannteste Form von Jugendkultur. Sie sind nicht nur ein dankbares Objekt für die gewöhnlichen Massenmedien, sie werden auch auf internationaler Ebene industriell über eigene Jugendmedien und Jugendindustrien verarbeitet und erzeugt. Das gilt besonders für Modestile (Punks, Teds, Popper), aber auch für „Fan"-Gruppen der verschiedensten Art. Dem Verhältnis von kultureller Praxis der Jugendlichen und industrieller Produktion von Jugendkultur gehen wir später noch nach; hier wollen wir zunächst einen Überblick über die verschiedenen Richtungen der westdeutschen Jugendkultur und ihre Anhängerschaft geben. Wertvolles Material dazu liefert eine jüngst erschienene Studie, die ein Frankfurter Sozialforschungsinstitut im Auftrag des Jugendwerks der Deutschen Shell erstellt hat. (1) Die Studie basiert auf einer Repräsentativerhebung über westdeutsche Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren (die befragten Jugendlichen wurden so ausgewählt, daß sie – grob gesagt – annähernd die sozialen Merkmale der gesamten jugendlichen Bevölkerung gleichen Alters repräsentieren). Die abgedruckte Tabelle ist dieser Studie entnommen.

Die Gruppenstile, die für die Befragung ausgewählt wurden, lassen sich in Gruppen zusammenfassen:

– Eine Stilrichtung verkörpern die Vertreter einer Gegenkultur mit politischen Zielsetzungen: Umweltschützer, Kernkraftgegner, Hausbesetzer. Hier handelt es sich um ein ziemlich breitgestreutes „Milieu", das wenig eindeutige Mitgliedschaften, aber viele Verbundenheitsgefühle und Erkennungszeichen zeigt.

– Eine zweite Gruppe ist hier unter „konservative Gruppenstile" eingeordnet. Es handelt sich dabei einerseits um national, vorwiegend rechtsradikal eingestellte Gruppen. Ihre Mitglieder und Anhänger machen nach dieser Untersuchung nur eine sehr kleine Minderheit der Jugendlichen aus, die zudem bei einer großen Mehrheit auf sehr deutliche Ablehnung stößt. Zum anderen wird dieser Gruppe ein Teil der „Fan-Gruppen" zugerechnet. Die Mitglieder der hier eingereihten Fan-Gruppen, nämlich Fußball-Fans,

zwischen 15 und 24 Jahren (die befragten Jugendlichen wurden so ausgewählt, daß sie – grob gesagt – annähernd die sozialen Merkmale der gesamten jugendlichen Bevölkerung gleichen Alters repräsentieren). Die abgedruckte Tabelle ist dieser Studie entnommen.

Die Gruppenstile, die für die Befragung ausgewählt wurden, lassen sich in Gruppen zusammenfassen:

– Eine Stilrichtung verkörpern die Vertreter einer Gegenkultur mit politischen Zielsetzungen: Umweltschützer, Kernkraftgegner, Hausbesetzer. Hier handelt es sich um ein ziemlich breitgestreutes „Milieu", das wenig eindeutige Mitgliedschaften, aber viele Verbundenheitsgefühle und Erkennungszeichen zeigt.

– Eine zweite Gruppe ist hier unter „konservative Gruppenstile" eingeordnet. Es handelt sich dabei einerseits um national, vorwiegend rechtsradikal eingestellte Gruppen. Ihre Mitglieder und Anhänger machen nach dieser Untersuchung nur eine sehr kleine Minderheit der Jugendlichen aus, die zudem bei einer großen Mehrheit auf sehr deutliche Ablehnung stößt. Zum anderen wird dieser Gruppe ein Teil der „Fan-Gruppen" zugerechnet. Die Mitglieder der hier eingereihten Fan-Gruppen, nämlich Fußball-Fans,

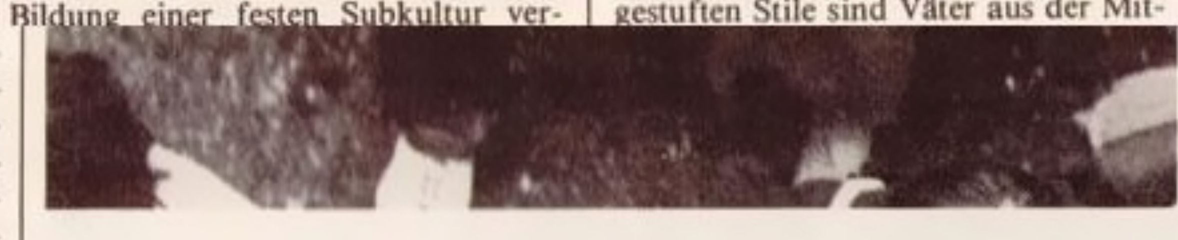
Disco-Fans und Bundeswehr-Fans zeigen deutliche politische Vorlieben: sie sind eher konservativ eingestellt, eher ablehnend gegenüber Politik, bevorzugen in stärkerem Maß die CDU und können mit Grünen und Alternativen



nichts anfangen. Auch in den Augen der Jugendlichen, die zu anderen Gruppen gehören, verkörpert die Zugehörigkeit zu diesen Fan-Clubs ein politisches Bekenntnis.

– Etwas anders verhält es sich mit den „jungendkulturellen Fan-Gruppen": Fans von Musikgruppen und Motorrad-Fans, die kaum politische Besonderheiten aufweisen. Die Zugehörigkeit zu diesen Gruppen wird von einer großen Mehrheit der Jugendlichen akzeptiert; ihnen geht es um gemeinsam geschätzte Kultgegenstände, die als Kristallisationspunkt für Lebensstile und Ausdrucksformen dienen. Die Popmusik ist im übrigen das wichtigste Organisationszentrum kultureller Praktiken der Jugend überhaupt. Nicht nur ist das Musikhören die bei weitem wichtigste Freizeitbeschäftigung der Jugendlichen; um die Musik herum werden Kleidermoden, Formen der Körpersprache, Tanz, auch Formen des Drogengebrauchs ausgebildet.

– Solche Vorlieben können sich zur



nichts anfangen. Auch in den Augen der Jugendlichen, die zu anderen Gruppen gehören, verkörpert die Zugehörigkeit zu diesen Fan-Clubs ein politisches Bekenntnis.

– Etwas anders verhält es sich mit den „jungendkulturellen Fan-Gruppen": Fans von Musikgruppen und Motorrad-Fans, die kaum politische Besonderheiten aufweisen. Die Zugehörigkeit zu diesen Gruppen wird von einer großen Mehrheit der Jugendlichen akzeptiert; ihnen geht es um gemeinsam geschätzte Kultgegenstände, die als Kristallisationspunkt für Lebensstile und Ausdrucksformen dienen. Die Popmusik ist im übrigen das wichtigste Organisationszentrum kultureller Praktiken der Jugend überhaupt. Nicht nur ist das Musikhören die bei weitem wichtigste Freizeitbeschäftigung der Jugendlichen; um die Musik herum werden Kleidermoden, Formen der Körpersprache, Tanz, auch Formen des Drogengebrauchs ausgebildet.

– Solche Vorlieben können sich zur

Bildung einer festen Subkultur verdichten. Popper, Punks und Rocker verkörpern solche subkulturellen Modestile. Popper, so stellt sich heraus, sind allerdings wie keine Gruppe sonst ein Kunstprodukt der Medien: nur eine winzige Minderheit der Jugendlichen will sich ihnen zurechnen, und diese wiederum findet sich bei einer ganz bestimmten Gruppe, nämlich den 15 bis 17jährigen Mädchen der Unterschicht. Beim Rocker-Stil, der harte Männlichkeit verkörpert, handelt es sich um eine zeitlose Mode. Seit mehr als zwei Jahrzehnten hält eine Rockergeneration nach der anderen am alten Erscheinungsbild und den alten Bräuchen fest.

– Als „Stilrichtungen" bleiben noch Organisationen wie die RAF und die Neuen Jugendreligionen.

Recht hoch ist die Teilnahme der Jugendlichen an solchen Gruppenstilen: rund drei Viertel der Befragten sehen sich als Teilnehmer einer oder mehrerer der angegebenen Richtungen, ein Viertel hält generell auf Abstand.

In bezug auf soziale Lage und Herkunft ist die Mitgliedschaft in fast allen Richtungen verhältnismäßig breit gestreut. Aber es gibt gewisse Abweichungen vom Durchschnitt: Bei den Angehörigen der als „progressiv" eingestuften Stile sind Väter aus der Mit-

winzige Minderheit der Jugendlichen will sich ihnen zurechnen, und diese wiederum findet sich bei einer ganz bestimmten Gruppe, nämlich den 15 bis 17jährigen Mädchen der Unterschicht. Beim Rocker-Stil, der harte Männlichkeit verkörpert, handelt es sich um eine zeitlose Mode. Seit mehr als zwei Jahrzehnten hält eine Rockergeneration nach der anderen am alten Erscheinungsbild und den alten Bräuchen fest.

– Als „Stilrichtungen" bleiben noch Organisationen wie die RAF und die Neuen Jugendreligionen.

Recht hoch ist die Teilnahme der Jugendlichen an solchen Gruppenstilen: rund drei Viertel der Befragten sehen sich als Teilnehmer einer oder mehrerer der angegebenen Richtungen, ein Viertel hält generell auf Abstand.

In bezug auf soziale Lage und Herkunft ist die Mitgliedschaft in fast allen Richtungen verhältnismäßig breit gestreut. Aber es gibt gewisse Abweichungen vom Durchschnitt: Bei den Angehörigen der als „progressiv" eingestuften Stile sind Väter aus der Mit-

telschicht überrepräsentiert, bei den Vätern der jugendlichen Mitglieder der Richtungen, die wir als „konservativ" bezeichnet haben, dagegen Arbeiter aller Qualifikationsniveaus, auch selbständige Landwirte. Das Alter spielt auch eine Rolle, mit zunehmendem Alter wächst die Zuordnung zu progressiven Stilen, die Jüngeren sind bei den verschiedenen Fan-Gruppen überrepräsentiert. Deutlich ausgeprägter als die Zusammenhänge zwischen sozialer Lage bzw. Herkunft und Stilzugehörigkeit ist die Verbindung zwischen Bildungsstatus und Stilrichtung: An Gymnasien und Hochschulen sind die Anhänger der Protestgruppen deutlich überrepräsentiert, an Hauptschulen, Berufsschulen und Realschulen sowie bei den nach einer solchen Schulbildung bereits berufstätigen Jugendlichen überwiegen die konservativen Stile.

Außerdem ist die Entfaltung dieser beiden Richtungen stark vom Wohnort abhängig: die progressiven Stile konzentrieren sich eindeutig in den Großstädten. Das Jugendleben in der Provinz zeigt auch heute noch grundsätzlich zwei Alternativen: einen Teil der Ortsjugend, der sich den traditionellen Vereinigungen anschließt, dem Sportverein, dem Fanfarenzug, der Freiwilligen Feuerwehr usw., und einen anderen Teil, der sich auf selbsteingerichtete Jugendtreffs stützt oder seinen Bezugspunkt außerhalb des Orts, etwa in der nächsten Stadt, sucht.

(1) Jugend 81: Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder / Jugendwerk der Dt. Shell, Hamburg 1981. – Zu beziehen über: Jugendwerk der Deutschen Shell, Überseering 35, 2000 Hamburg 60

	Ich rechne mich selbst dazu / lebe so ähnlich	Gehöre nicht dazu, finde solche Leute aber ganz gut	Die Gruppe ist mir ziemlich egal / kann ich tolerieren	Die Gruppe kann ich nicht so gut leiden	Das sind Gegner / Feinde von mir, ich bekämpfe sie	Noch nie gehört, kann mir nichts darunter vorstellen
	%	%	%	%	%	%
(1) Als politisch angesehene öffentliche Gruppenstile						
(a) engagierte Protestgruppen						
Umweltschützer	31	50	15	3	1	0
Gruppen mit alternativer Lebensweise	6	56	27	6	1	3
Kernkraftgegner	20	33	25	16	5	1
Hausbesetzer / Instandbesetzer	2	45	27	19	6	1
Rock-gegen-Rechts-Gr.	4	22	18	25	6	25
(b) konservative Gruppenstile						
Fußball-Fans	18	17	40	21	3	1
Disco-Fans	16	18	36	24	5	1
Bundeswehr-Fans	3	11	32	35	14	4
national eingest. Gr.	1	3	16	41	33	6
(2) Als aggressiv angesehene Gruppenstile						
Punks	2	15	41	34	4	3
Rocker	2	6	21	52	17	2
Gruppen, die versuchen, ihre Ideen mit Gewalt durchzusetzen (RAF)	1	2	8	47	39	3
(3) Jugendkulturelle Fan-Gruppen						
Fans v. Musikgruppen	36	30	29	3	1	0
Motorrad-Fans	23	33	33	9	1	1
(4) Neue Jugendreligionen	1	6	29	44	15	6
(5) Popper	2	9	37	39	10	3

Chronik

56 1955–58: „Halbstarkenkrawalle", „Randalierende Jugend" – Rock'n Roll-Großveranstaltungen (Bill Haley) und Rock'n Roll-Filme

57 Höhepunkt und Ende der Motorrad-Renaissance im Nachkriegsdeutschland – Stereoschallplatten auf dem Markt – Fernsehen erreicht 1. Zuschauermillion (ARD)

58 Massenprotest gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffenträgern

60 Ende der 50er/Anfang der 60er: „Exis" (Existentialisten, Jazz-Fans) gegen „Rocker" – Jazzkeller und Milchbars als Jugendtreffs

62 Höhepunkt der Ostermarschbewegung – „Krawalle" in München-Schwabing; in vier Tagen werden 200 Jugendliche festgenommen

63 Compact-Tonbandkassetten auf dem Markt – erster großer Fernsehauftritt der Beatles

64 Ausbreitung der „Gammler"-Bewegung – Langhaarigkeit als Ausdruck des Protestes, Konsumkritik

65 ab Mitte der 60er: Republikanische Klubs, Entstehung der Außerparlamentarischen Opposition (APO) – Verbreitung Führerscheinloser, billiger Mofas – Berliner Polizei verhaftet fünf Gammler, die mit Kreide an die Gedächtniskirche geschrieben hatten „Jesus war der erste Gammler" – nach einem Konzert der Rolling Stones in der westberliner Waldbühne stundenlange Straßenschlachten – Proteste gegen die geplanten Notstandsgesetze beginnen

66 Höhepunkt der Beat-Welle in der BRD (Bands, Beatclubs) – Beginn der Welle von Aufklärungs- und Sexfilmen

67 Studenten- und Schülerbewegung – Kommunen, Wohngemeinschaften, Kinderläden

68 Höhepunkt der Protestbewegung (Aktionen gegen Notstandsgesetze, Springer-Konzern, Vietnam-Krieg u.a.) – Kommerzialisierung der „Hippie-Kultur" („Flower Power", „Underground")

69 seit den 60er Jahren Entwicklung der Kultur der Fußballfans (Fanclubs) – „Haschwelle"

70 Anfang der 70er zunehmende Ablösung von Tanzlokalen und Beatschuppen durch Diskotheken – „Jesus People" (Jugendreligion)

71 Phase linksradikaler Parteigründungen (ML-Bewegung)

72 Entstehung eines terroristischen Flügels aus der Studentenbewegung (RAF)

73 Gründung der Wehrsportgruppe Hoffmann – Beginn der Basisgruppenbewegung („undogmatische Linke") – neue Renaissance des Mo-

Gedächtniskirche geschrieben hatten „Jesus war der erste Gammler" – nach einem Konzert der Rolling Stones in der westberliner Waldbühne stundenlange Straßenschlachten – Proteste gegen die geplanten Notstandsgesetze beginnen

66 Höhepunkt der Beat-Welle in der BRD (Bands, Beatclubs) – Beginn der Welle von Aufklärungs- und Sexfilmen

67 Studenten- und Schülerbewegung – Kommunen, Wohngemeinschaften, Kinderläden

68 Höhepunkt der Protestbewegung (Aktionen gegen Notstandsgesetze, Springer-Konzern, Vietnam-Krieg u.a.) – Kommerzialisierung der „Hippie-Kultur" („Flower Power", „Underground")

69 seit den 60er Jahren Entwicklung der Kultur der Fußballfans (Fanclubs) – „Haschwelle"

70 Anfang der 70er zunehmende Ablösung von Tanzlokalen und Beatschuppen durch Diskotheken – „Jesus People" (Jugendreligion)

71 Phase linksradikaler Parteigründungen (ML-Bewegung)

72 Entstehung eines terroristischen Flügels aus der Studentenbewegung (RAF)

73 Gründung der Wehrsportgruppe Hoffmann – Beginn der Basisgruppenbewegung („undogmatische Linke") – neue Renaissance des Mo-

torrads

74 seit Mitte der 70er: Ausdehnung des Konsums „harter" Drogen (Heroin), Anti-Drogen-Kampagnen – Welle von Jugendreligionen – Gründung von Stadtzeitungen

75 seit Mitte der 70er: Krawalle in Fußballstadien; Blüte der Fan-Clubs – Disco-Sound wird leitende Musik-Mode – Beginn der Alternativ-Bewegung – Hausbesetzungen – Feminismus – ab 75 Ausbildungsplatzmangel für Lehrlinge

76 Hard-Rock-Revival, Entwicklung des Punk-Stils – Renaissance kleiner Rock-Gruppen – Kurzhaarigkeit als Proteststil – seit 76 „Hitler-Welle" (Vermarktung des Faschismus)

77 Anti-AKW-Kampagnen um Gorleben – Schleyer-Entführung, Mescalero-Affäre, Mogadischu, Tod in Stammheim – seit 77 zunehmende terroristische Gewalt rechtsradikaler Gruppen

78 Entstehung der Grünen – „Tunix"-Kongreß in Westberlin macht Alternativbewegung zum öffentlichen Thema – Disco-Welle (Travolta)

79 Holocaust (Fernsehserie zur Judenvernichtung) – Anti-AKW-Demonstrationen – Abhau-Tourismus" / alternative Reise- und Stadtführer

80 Aufschwung der Friedensbewegung – „Bremer Krawalle" um Rekrutenvereidigung der Bundeswehr – Auseinandersetzung um Gorleben auf dem Höhepunkt

81 Rasante Entwicklung der Hausbesetzerbewegung in Westberlin und in anderen Städten – Friedensbewegung – Massenverhaftungen in Nürnberg – Jugendprotest wird ein Thema der öffentlichen Diskussion

Wie jedes Jahr Streit um die Berlinale

Neben dem Streit um das Fluchtspektakel geht es vor allem um das Geschäft mit dem Film

Mit Krach – wie sie im vergangenen Jahr geendet hatten, so begannen sie auch wieder: die „Internationalen Filmfestspiele Berlin". Diesmal ging der Streit um den Eröffnungsbeitrag für den 12. Februar. Berlinale-Leiter Moritz de Hadeln hatte es „aus künstlerischen Gründen" abgelehnt, den amerikanischen Spielfilm „Mit dem Wind nach Westen" zu zeigen; und noch bevor er den Film gesehen hatte, hatte er schon erklärt, daß dieser Film seines Erachtens vom Inhalt her nicht als Festival-Film geeignet sei.

„Mit dem Wind nach Westen" schildert die spektakuläre Flucht zweier DDR-Familien 1979 mit einem Fesselballon, wobei der Film – der Spannung wegen – noch einiges dazugibt, was in der Realität nicht geschehen ist. So z.B., daß die Flucht entdeckt wird; wobei dann unerklärlich bleibt, warum die DDR-Truppen nicht eingreifen; oder ein tödlich verlaufender Fluchtversuch eines Bekannten der beiden Familien. Dazu kommen klischeehafte Beschreibungen der DDR: die letzte Apfelsine am Marktstand als Beispiel schlechter Lebensmittelversorgung; die Oma, die sagt, „wir dürfen doch kein Westfernsehen gucken". Die Gründe für die Flucht bleiben weitgehend im Dunkeln – möglicherweise gehen die Autoren davon aus, daß man sich das denken können müßte.

Die Ablehnung de Hadelns entfachte einen Proteststurm von Teilen der CDU und der Springer-Presse. Zuerst befand CDU-Innensenator Lummer, der Film sei durchaus geignet für die Festspiele. Axel Cäsar Springer ent-

Ländern fördern sollen. Kultursenator Kewenig (CDU) wie auch der Vorsitzende des Kuratoriums der Berliner Festspiele GmbH v. Schoeler unterstützten die Haltung de Hadelns, indem sie einhellig dafür eintraten, daß die Filmfestspiele unabhängig sein und bleiben müßten in ihren Entscheidungen.

So wurde am vergangenen Freitag die Berlinale mit dem französischen Film „Tausend Milliarden Dollar" von Henri Verneuil eröffnet; ein Film, der den Anspruch hat, die multinationalen Konzerne anzugreifen.

Parallel dazu fand die Gala-Premiere von „Mit dem Wind nach Westen" statt, unter der persönlichen Schirmherrschaft von Axel Cäsar Springer. Der Tagesspiegel kommentiert: „Nun, da der Film, der Unterhaltungswerte besitzt, selbst zu einem Politikum wurde, wird es schwer sein, ihn noch ohne Vorbelastung zu betrachten. Die einen sehen in ihm nur noch den abgelehnten Festivalbeitrag für die

Richtung des Festivals nicht paßt." (Tsp., 12.2.82)

Der Streit um die Berlinale hat mittlerweise schon Tradition: 1981 war sie mit Boykottdrohungen der Bundesvereinigung des Deutschen Films beendet worden, weil im Wettbewerb nur ein „unrepräsentativer" deutscher Film gelaufen war, und es auch insgesamt nur sehr wenige deutsche Beiträge gegeben hatte. 1979 waren die gesamten Festivaldelegierten des Ostblocks mitsamt ihren Filmen ausgezogen, weil sie sich durch den amerikanischen Spielfilm „Deer Hunter" provoziert gefühlt hatten. 1978 hatte es Krach mit der FIAP gegeben, weil die Festspiel-Leitung die Berlinale ohne vorherige Absprache um ein halbes Jahr vorverlegt hatte, um den Status des Wettbewerbs und damit die Attraktivität des Festivals zu verbessern.

Daß der Tagesspiegel mit seiner Vermutung, daß es bei der Auseinandersetzung um „Mit dem Wind nach Westen" nicht nur um diesen Film geht –

tend – das waren die 1951 gegründeten „Internationalen Filmfestspiele Berlin" in den ersten Jahren ihrer Existenz tatsächlich: Filme, Stars und Produzenten aus der ganzen Welt, ausverkaufte Festspielhäuser, abgesperrte Hotels und Kinos, Autogrammschlachten. Vom künstlerischen Niveau her wurden sie von vielen mit Cannes und Venedig gleichgesetzt. Berlin war auf dem Wege, wieder die Filmstadt zu werden, die sie vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs gewesen war, als 90% der gesamten deutschen Filme in Berlin produziert wurden. Zudem waren die alten Studios wieder aufgebaut worden und produzierten einen Film nach dem anderen.

Aber dann begann das Fernsehen: Während 1958 in der gesamten BRD 108 Filme produziert wurden, waren es 1963 nur noch 66. Und trotz einsetzender staatlicher Förderungsmaßnahmen ging diese Entwicklung erstmal weiter. Obendrein fand eine Umstrukturierung statt, dergestalt, daß die ausländischen, vor allem die amerikanischen Filme einen immer größeren Anteil am Verleih bekamen. Innerhalb der BRD ging der Anteil der Kinofilm-Herstellung am Gesamtumsatz der Filmherstellung immer weiter zurück. Besonders folgenreich war diese Entwicklung für Berlin, das seinen Schwerpunkt in der Spielfilm-Herstellung hatte: 1974 wurden nur noch 12% aller deutschen Filme in Berlin produziert.

Der Streit um die Filmfestspiele ist daher in Zusammenhang zu sehen mit den Bemühungen des Senats, Berlin wieder als Filmstadt attraktiv zu machen; Bemühungen, mit denen schon der SPD-Senat begonnen hatte.

In einem Bericht des Senats an den Ausschuß für kulturelle Angelegenheiten am 15.4.78 heißt es: „Der Senat von Berlin geht bei seinen Überlegungen davon aus, daß der Film eine Doppelfunktion als Wirtschafts- und Kulturgut erfüllt: Wirtschaftsgut deshalb, weil mit Herstellung und Verteilung zahlreiche hierauf spezialisierte Industrie- und Gewerbezweige beschäftigt sind (Produzenten, Synchronisationsbetriebe, Atelierbetriebe, Rohfilmerzeuger, Kopierwerke, Verleiher, Filmtheater); Kulturgut deshalb, weil Filme jeder Qualität einerseits das Bewußtsein ihres Publikums dokumentieren und zugleich beeinflussen, andererseits auch Zeugnis von dem – in der Geschichte des Films sich wandelnden – Bewußtsein ihrer künstlerischen Protagonisten ablegen. In diesem Sinne ist Filmförderung eine Angelegenheit sowohl der Wirtschafts- als auch der Kulturpolitik."

Die Konsequenz aus diesen Überlegungen war für den Senat ein weiterer Ausbau der Filmförderung, die in Westberlin – ähnlich wie andere Bereiche staatlicher Förderung – einige zusätzliche Attraktivitäten hat.

Schon 1953 war die Filmkredittreu-

Nachdem die Verleiher keine Verleihgarantien mehr übernahmen, war dieser Kredit nur noch wenig in Anspruch genommen worden, da das persönliche Risiko für den Produzenten zu hoch war.

Daher beschloß der Senat zur Belebung der Berliner Filmszene am 20.12.77:

– Filmproduzenten, die Bankkredite zur Finanzierung von Filmproduktionen in Berlin bewilligt erhalten haben und diese aus dem Erlös aus der Auswertung des Films ganz oder teilweise nicht abdecken können, kann das Finanzierungsrisiko bis zu höchstens 30 v.H. (jedoch nicht mehr als 2000000 DM im Einzelfall) der Herstellungskosten je Film zu Lasten des Haushalts gemindert werden.

– Zur Förderung der Errichtung und des Aufbaus von filmtechnischen Be-

> *„Wieder zu dem machen, was sie einmal waren: leuchtende Festspiele . . ."*

trieben (Ateliers) kann sich Berlin bis zu 50 v.H. am Grund/Stammkapital von Unternehmen beteiligen."

Dazu kommen ab 1978 Finanzierungshilfen über Kredite bis zu 50%, bei besonders förderungswürdigen Filmen bis zu 70% der Herstellungskosten. Kriterien für die Förderungswürdigkeit sind neben künstlerischen Aspekten vor allem Projekte, die einen hohen Berlin-Effekt in wirtschaftlicher Beziehung erwarten lassen, insofern als „daß wesentlich mehr als der Betrag des durch den Kreditauftrag zu beschaffenden Bankkredits in Berlin für die Produktion ausgegeben wird."

Eine weitere Möglichkeit, zu einem „Berlin-Effekt" bei der Filmförderung zu kommen, ist, eine Abschreibungsgesellschaft aufzuziehen, und über Ausnutzung der in der Industrie üblichen Steuerpräferenzen den Film über die Abschreibungsverluste zu finanzieren. Auch wenn ein Senatsdirektor Schlegel sagt: „Aber der ausschließliche Grund für die Produktion von Filmen über eine Abschreibungsgesellschaft darf nicht die Verlustzuweisung sein. Wir verlangen das direkte Engagement." (zitiert nach: H. Borgelt, Filmstadt Berlin, S. 187), so kann man sicher sein, daß jeder westdeutsche Zahnarzt auf seine Kosten kommt.

Offen bleibt dabei allerdings bisher, ob auch das Kinopublikum auf seine Kosten kommt. Nach den Vorkritiken der Zeitungen jedenfalls läßt auch in diesem Jahr der Wettbewerb der Berlinale keine großen Knüller erwarten. Interessant scheint allerdings wieder das „Forum des internationalen Jungen Films" zu sein, daß wie schon in



„Mit dem Wind nach Westen", ein Streifen über die spektakuläre Flucht zweier DDR-Familien. Sehr typisch, daß es ein Hollywood-Unternehmen ist.

wickelte in seinem Blätterwald eine breit angelegte Kampagne für den Film und erklärte die Ablehnung zu einem Politikum, sah die Festspiel-Leitung gar vom ostdeutschen Geheimdienst unterwandert. Das Berliner Abgeordnetenhaus und sogar der Innerdeutsche

Berlinale, die anderen nur noch das emotionsbelastete Mittel ungebührlicher Werbung. Ob sich diese politische Kampagne im Dienste eines Films letztlich auszahlt, bleibt noch abzuwarten; es könnte sein, daß durch die Parteigänger dieser Filmpremiere mancher

genausowenig wie in früheren Jahren – sondern um die ganze Richtung der Festspiele, dafür ist ein Hinweis eine Äußerung Jürgen Wohlrabes, des Vize-Fraktionsvorsitzenden der Berliner CDU. Er äußerte gegenüber der Bild-Zeitung, daß es nicht genug sei,

der Film sei durchaus geignet für die Festspiele. Axel Cäsar Springer ent-
ten. Die einen sehen in ihm nur noch den abgelehnten Festivalbeitrag für die
setzung um „Mit dem Wind nach Westen" nicht nur um diesen Film geht –



„Mit dem Wind nach Westen", ein Streifen über die spektakuläre Flucht zweier DDR-Familien. Sehr typisch, daß es ein Hollywood-Unternehmen ist.

wickelte in seinem Blätterwald eine breit angelegte Kampagne für den Film und erklärte die Ablehnung zu einem Politikum, sah die Festspiel-Leitung gar vom ostdeutschen Geheimdienst unterwandert. Das Berliner Abgeordnetenhaus und sogar der Innerdeutsche
Ausschuß des Bundestages wurden für die Auseinandersetzung bemüht.

Aber de Hadeln hielt an seiner Ablehnung fest. In einem Interview mit der Westberliner Stadtzeitung „Zitty" erklärte er, daß seiner Ansicht nach der Film unabhängig von der Qualität für die Festspiele ungeeignet sei, weil nach den Regeln der FIAP(Internationaler Filmproduzentenverband) Filmfestspiele die Freundschaft zwischen den

Berlinale, die anderen nur noch das emotionsbelastete Mittel ungebührlicher Werbung. Ob sich diese politische Kampagne im Dienste eines Films letztlich auszahlt, bleibt noch abzuwarten; es könnte sein, daß durch die Parteigänger dieser Filmpremiere mancher
vom Kinobesuch sogar abgehalten wird. (. . .) De Hadeln wollte nicht mit dem Feuer spielen. ‚Mit dem Wind nach Westen' jedenfalls wäre so oder so ins Gespräch gekommen. Und das war der geschickte Schachzug des amerikanischen Verleihs, der Moritz de Hadeln in eine Zwickmühle brachte. Und daraus versuchen jetzt mit biedermännischem Gesicht jene ihren Vorteil zu schlagen, denen ohnehin die ganze

genausowenig wie in früheren Jahren – sondern um die ganze Richtung der Festspiele, dafür ist ein Hinweis eine Äußerung Jürgen Wohlrabes, des Vize-Fraktionsvorsitzenden der Berliner CDU. Er äußerte gegenüber der Bild-Zeitung, daß es nicht genug sei,
wenn die Berlinale ihrem Auftrag genüge, „die Brücke von Ost nach West zu sein", sondern der Senat müsse sie „wieder zu dem machen, was sie einmal war: leuchtende Festspiele (. . .) Notwendige Maßnahmen sind eine organisatorische und personelle Straffung." Groß, international und unterhaltend – das ist die Forderung der CDU an die Berlinale.

Groß, international und unterhal-

daher in Zusammenhang zu sehen mit den Bemühungen des Senats, Berlin wieder als Filmstadt attraktiv zu machen; Bemühungen, mit denen schon der SPD-Senat begonnen hatte.

In einem Bericht des Senats an den Ausschuß für kulturelle Angelegenheiten am 15.4.78 heißt es: „Der Senat von Berlin geht bei seinen Überlegungen davon aus, daß der Film eine Doppelfunktion als Wirtschafts- und Kulturgut erfüllt: Wirtschaftsgut deshalb, weil mit Herstellung und Verteilung zahlreiche hierauf spezialisierte Industrie- und Gewerbezweige beschäftigt sind (Produzenten, Synchronisationsbetriebe, Atelierbetriebe, Rohfilmerzeuger, Kopierwerke, Verleiher, Filmtheater); Kulturgut deshalb, weil Filme jeder Qualität einerseits das Bewußtsein ihres Publikums dokumentieren und zugleich beeinflussen, andererseits auch Zeugnis von dem – in der Geschichte des Films sich wandelnden – Bewußtsein ihrer künstlerischen Protagonisten ablegen. In diesem Sinne ist Filmförderung eine Angelegenheit sowohl der Wirtschafts- als auch der Kulturpolitik."

Die Konsequenz aus diesen Überlegungen war für den Senat ein weiterer Ausbau der Filmförderung, die in Westberlin – ähnlich wie andere Bereiche staatlicher Förderung – einige zusätzliche Attraktivitäten hat.

Schon 1953 war die Filmkredittreuhand GmbH von fünf Berliner Banken gegründet worden. 250 Millionen an Krediten waren von ihr in den ersten 25 Jahren vergeben worden – mit Verlusten von nahezu Null. Das Land Berlin hatte in der Regel gegenüber der Bank Ausfallbürgschaften übernommen, so daß es bei einer Pleite Sache der öffentlichen Hand war, das Geld beizutreiben und die sich mit dem Produzenten auseinandersetzen mußte.

men bis zu 70% der Herstellungskosten. Kriterien für die Förderungswürdigkeit sind neben künstlerischen Aspekten vor allem Projekte, die einen hohen Berlin-Effekt in wirtschaftlicher Beziehung erwarten lassen, insofern als „daß wesentlich mehr als der Betrag des durch den Kreditauftrag zu beschaffenden Bankkredits in Berlin für die Produktion ausgegeben wird."

Eine weitere Möglichkeit, zu einem „Berlin-Effekt" bei der Filmförderung zu kommen, ist, eine Abschreibungsgesellschaft aufzuziehen, und über Ausnutzung der in der Industrie üblichen Steuerpräferenzen den Film über die Abschreibungsverluste zu finanzieren. Auch wenn ein Senatsdirektor Schlegel sagt: „Aber der ausschließliche Grund für die Produktion von Filmen über eine Abschreibungsgesellschaft darf nicht die Verlustzuweisung sein. Wir verlangen das direkte Engagement." (zitiert nach: H. Borgelt, Filmstadt Berlin, S. 187), so kann man sicher sein, daß jeder westdeutsche Zahnarzt auf seine Kosten kommt.

Offen bleibt dabei allerdings bisher, ob auch das Kinopublikum auf seine Kosten kommt. Nach den Vorkritiken der Zeitungen jedenfalls läßt auch in diesem Jahr der Wettbewerb der Berlinale keine großen Knüller erwarten. Interessant scheint allerdings wieder das „Forum des internationalen Jungen Films" zu sein, daß wie schon in
den letzten Jahren die aktuellen Entwicklungen aufnimmt. Spannend sicher auch die Info-Schau mit ihren Schwerpunkten beim asiatischen Film und Frauenfilmen. Dazu stehen drei Retrospektiven auf dem Programm: eine ist dem Schauspieler James Stewart gewidmet, eine dem amerikanischen Regisseur Curtis Bernhardt, und eine zeigt DDR-Kinderfilme aus den letzten 30 Jahren. *nia. Westberlin*

Fernsehtip

In der Reihe „Wiedergesehen – Neugesehen" wird das Fernsehspiel **„Kubinke"** nach dem Roman von Georg Hermann wiederholt. Georg Hermanns Bücher wurden 1933 verbrannt, er selbst starb während des Krieges im Konzentrationslager Auschwitz. In seinem Roman „Kubinke", der zu den „klassischen" Berliner Romanen gerechnet wird, entwickelt er entlang der Geschichte vom Friseurgehilfen Emil Kubinke vor allem eine Anklage gegen die sozialen Verhältnisse vor dem 1. Weltkrieg. *Sonntag, 21.2., 15.05 im ARD* – Nach 12 Filmen über die Frau folgt in der Reihe **„Frauen der Welt"** **„Die Herren"**, „ein Pamphlet gegen die Männerwirtschaft". Die Autorinnen wollen Aspekte der patriarchalischen Ordnung beschreiben – „einer Ordnung, die nicht nur die Frau zum Eigentum des Mannes macht, sondern auch die Männerwelt aufteilt in Starke und Schwache, in Herrscher und Beherrschte". *Sonntag, 21.2., 22.40 Uhr im ARD.* – Freunde des Grusel-Films kommen mit zwei alten „Klassikern" zu ihrem Vergnügen: **„Der Rabe"** – nicht zu verwechseln mit der Filmkomödie, die als Neuverfilmung jetzt in den Kinos läuft – 1935 entstanden nach Motiven von Edgar Allan Poes Gedicht „The Raven", mit Bela Lugosie und Boris Karloff. Daneben **„Frankenstein"** nach dem Roman von Mary Wollstonecraft-Shelleys, entstanden 1931, Boris Karloff in seiner Rolle als Monster. Beide Filme, noch mit den dramaturgischen Elementen des Stummfilms ausgestattet, zusammen: *Montag, 22.2., 23.00 Uhr im ARD.* – **„Sportler, Siege und Sponsoren – Der unaufhaltsame Abschied vom Amateur"**, unter dem Motto will Autor Blödorn über den Niedergang des Amateurs, die Macht der Wirtschaft und das Ende des „freien Sports" berichten. *Donnerstag, 25.2., 20.15 Uhr im ARD.* – Über eine Heinz Rühmann-Reihe (zum 80. Geburtstag) muß nicht jeder erfreut sein, aber der Film **„Es geschah am hellichten Tag"** nach dem Roman von Friedrich Dürrenmatt hat auch sonst Substanz, weil die Story spannend und gut ist. *Samstag, 27.2., 20.15 Uhr im ZDF*